

## 11

Bonn, 13. Januar 1956

*Sprecher: Adenauer, Albers, Bitter, von Brentano, Cillien, Dichtel, Gerstenmaier, Globke, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Kaiser, Kilb, Krone, Pferdmenges, Scharnberg, Schröder, Sieveking, Storch, [Stücklen], Wackerzapp, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.*

*Bericht über die politische Lage. Bericht über den Stand der Vorarbeiten zur Sozialreform. Bundestagswahlgesetz. Bundesparteitag 1956 und Wahlen in Baden-Württemberg. Vorbereitung der Bundestagswahl 1957. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 17.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine lieben Parteifreunde! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, lassen Sie mich einige Worte sprechen zum Hinscheiden unseres Freundes Robert Tillmanns.<sup>1</sup> (*Die Anwesenden erheben sich.*) Wir alle waren damals, als so plötzlich die Nachricht von seiner Erkrankung kam, erschüttert; wir waren aber erfreut, als dann gleich hinterher die Nachricht eintraf, daß Lebensgefahr nicht vorliege. Um so tiefer waren wir getroffen, als er dann plötzlich schmerzlos aus diesem Leben abgeschrieben ist. Wir haben in ihm verloren einen treuen, lauterer Freund und einen guten Kameraden in dem Kampf, den wir hier zu führen haben. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß er sich mit ganzer Kraft zwei Aufgaben gewidmet hat: einmal der Verbindung mit Berlin und zweitens der großen Aufgabe der Verbindung mit unseren evangelischen Mitstreitern.

Die Lücke, die sein Tod gerissen hat, ist sehr schmerzlich. Sie muß ausgefüllt werden; aber wie wir sie ausfüllen werden, das wissen wir noch nicht. Und die Lücke bleibt zunächst Lücke, so daß der Nachfolger von Robert Tillmanns gerade auf dem entscheidenden Gebiet der Verbindung der beiden christlichen Konfessionen miteinander ein großes Vorbild und damit auch eine große Aufgabe hat.

Wir alle – ich glaube das sagen zu dürfen – haben in Robert Tillmanns einen guten Freund verloren. Und da man im heutigen Leben so wenig Freunde hat, ist der Verlust eines solchen Freundes für uns alle besonders schmerzlich. Er wird in der Geschichte unserer Partei seinen Ehrenplatz haben, und wir werden ihm ein treues Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

---

<sup>1</sup> Tillmanns war am 12. November 1955 verstorben.

*Kaiser:* Vielleicht, meine Freunde, ist es gut, noch einmal des 80. Geburtstages des Ersten Vorsitzenden unserer politischen Gemeinschaft, Konrad Adenauers, zu gedenken. Ich durfte dies schon am Geburtstage selbst, am 5. Januar, hier im Beisein unserer Freunde, der Vorsitzenden unserer Landesverbände, tun. Ich habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß wir, die Repräsentanten, die Vorsitzenden der Landesverbände unserer Christlich-Demokratischen Union, unter allen Gratulanten, die an jenem Tag vor Konrad Adenauer erschienen waren, ihm mit am nächsten stehen. Er ist seit den Tagen von Goslar der Erste Vorsitzende unserer politischen Gemeinschaft.

Ich persönlich – so habe ich damals zu sagen versucht – war besonders bewegt darüber, daß die christlichen Demokraten von ganz Deutschland vor ihm erschienen waren. Es waren nicht nur die Vorsitzenden der Landesverbände der Bundesrepublik und des Landesverbandes Berlin, sondern auch die Exil-CDU der Sowjetzone und der Landesverband Oder-Neiße vertreten. Zum ersten Mal waren auch die Vertreter der christlichen Demokraten von der Saar unter uns.

Ich habe dann zwei Gedanken zum Ausdruck gebracht: 1. daß wir diesem Mann, Konrad Adenauer, Dank schulden für das Werk, das er nach dem furchtbaren Zusammenbruch, der durch Adolf Hitler über unser Land und Volk gebracht worden war, für Deutschland geschaffen hat. Ich habe weiter gesagt, alles, was in der Bundesrepublik geschieht, geschieht nicht nur für den Bereich der Bundesrepublik, sondern für Gesamtdeutschland. Die Stufen der Politik um Deutschland können nur die sein: zunächst die Sicherung dieses Raumes der Bundesrepublik. Das zweite wird sein die Wiedervereinigung mit dem Bereich der Sowjetzone. Der dritte Akt ist der Versuch, mit den Nachbarvölkern über die Probleme, die das Land östlich der Oder-Neiße für uns einschließt, in Kontakt zu kommen.

Wir sind Gott dankbar dafür, daß wir Konrad Adenauer haben, der trotz seiner jetzt schon 80 Jahre in dieser aufrechten Haltung und Straffheit, um die ihn die ganze Welt beneidet, sein Werk verrichtet und für uns weiterhin ein Beispiel ist. Mehr Worte bedarf es nicht. Unser Freund Gerstenmaier hat gestern vor dem versammelten Bundestag in ergreifender Weise die Gedanken zum Ausdruck gebracht, die unser ganzes Volk gegenüber Konrad Adenauer bewegen.<sup>2</sup>

Wir, Ihre engeren Freunde, Herr Bundeskanzler, versichern Ihnen unsere Verehrung und unsere Treue. Wir wollen mit Ihnen weiter für Deutschland eintreten und Ihnen darauf die Hand reichen. (*Beifall.*)

*Adenauer:* Meine lieben Freunde! Jetzt muß ich doch mit einigen Worten auf die Vollendung meines 80. Lebensjahres zurückkommen. Ich danke zunächst Ihnen, Herr Kollege Kaiser. Ich danke Ihnen allen, die Sie mir in diesen Tagen so von Herzen kommende Glückwünsche übersandt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist lebensgefährlich, 80 Jahre alt zu werden, und es ist nicht leicht, diese Lebensgefahr zu überwinden. Ich muß gestehen, dadurch, daß mir das gelungen ist, habe ich doch die Hoffnung geschöpft, noch eine

---

2 Sten.Ber. Bd.28 2.WP S. 6486–6488.

gewisse Vitalität zu haben. Ich habe Herrn Krone – ich glaubte, dazu gerade auch ihm gegenüber verpflichtet zu sein – gesagt, was mir mein ärztlicher Berater, Professor Martini<sup>3</sup>, vorher geschrieben hatte. Er hat mir geschrieben: „Ich sehe zwar Ihrem 80. Geburtstag nicht mit der Sorge entgegen, wie viele Ihrer nichtmedizinischen Freunde, weil ich die Kraftreserven kenne, die Sie haben, aber immerhin, halten Sie Maß!“

Meine Damen und Herren! Das war ein Brief, der mich doch wieder mit innerer Stärke erfüllt hat. Ich darf das hier im Kreise von Freunden sagen; nicht meiner Person wegen, sondern der Sache wegen. An sich – habe ich immer gesagt – soll man Leute, die 80 Jahre alt geworden sind, möglichst bald in eine Ecke stellen oder „totschlagen“. (*Heiterkeit.*) Wenn das Leben zu nichts mehr nutze ist, dann trägt man es eben noch, aber viel daran ist nicht mehr.

Gestern hat Herr Kollege Gerstenmaier eine Rede gehalten, die mich mit neuem Lebensmut erfüllt hat. Er hat mir gestern einmal klargemacht – und ich bin seiner Rede sehr aufmerksam gefolgt, es war eine meisterhafte Rede in der ganzen Anlage –, worin die Bedeutung des Alters in der gegenwärtigen Zeit besteht. Mit einem Wort zusammengefaßt: in der Summe der Erfahrungen in einer unendlich wechselvollen Zeit. Er hat damit etwas sehr Richtiges gesagt. Erfahrungen, wenn man einigermaßen offenen Auges durch das Leben geht, sind eigentlich durch nichts zu ersetzen, nicht durch Wissenschaft, nicht durch Lernen, nicht durch angeborene Klugheit. Das ist es alles nicht, sondern wenn man durch eine wechselvolle Zeit hindurchgeschritten ist, bald an höherer, bald an weniger höherer Stelle, und das alles in sich aufgenommen hat, dann bekommt man doch ein Gefühl dafür, was das Echte, das Wahre und das Bleibende ist. Man bekommt ein viel stärkeres Gefühl dafür, als wenn man sich das mit dem Verstand zurechtlegt oder aus irgendeinem anderen Motiv heraus. Man hat es denn selbst erlebt und an sich erfahren. Und das ist ein wertvoller Besitz, den man sich so erworben hat.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich diesen wertvollen Besitz unserer Partei weitervermitteln könnte, weil ich glaube, damit wirklich den Bestrebungen, die uns seinerzeit zusammengeführt haben, etwas zu helfen. Es ist mir viel gedankt worden. Ich habe sehr viel Glückwünsche bekommen in diesen Tagen, sehr viel von Kindern übrigens. Die Summe der Glückwünsche wird jetzt, wie mir gesagt worden ist, zwischen 17.000 und 18.000 betragen. In vielen Fällen merkt man doch aus den Glückwünschen eine innere Anteilnahme an meiner Aufgabe und auch an meiner Person. Ich habe mich besonders darüber gefreut, daß ich in ziemlich umfangreichem Maße Geldmittel zur Verfügung gestellt bekommen habe für soziale und karitative Zwecke. Das war mir eine besonders große Freude. Das ist namentlich geschehen von Berlin, von den großen Wirtschaftsverbänden, aber auch von meiner Heimatgemeinde und von kleinen Kreisen. Merkwürdigerweise wurde dabei, soviel ich bisher von der ganzen Korrespondenz gesehen habe, keine besondere Bitte ausgesprochen. Ich hatte geglaubt, es würde Gott weiß was von mir verlangt werden. Das Schöne daran ist,

---

3 Dr. Paul Martini (1889–1964), Professor für Innere Medizin, Bonn (ab 1932).

daß mir sehr nette – ich kann Ihnen gar nicht sagen, von wem alles – und herzliche Glückwünsche übermittelt worden sind. Daraus habe ich nun entnehmen können, daß ich doch – und das, was ich jetzt sage, kommt mir aus dem Herzen – völlig unverdienterweise als der Mann eingeschätzt worden bin, auf den man in Deutschland und auch in anderen Ländern achtet.

Ich darf in diesem Kreise vielleicht noch etwas sagen. Mein Leben hat einen merkwürdigen Gang gehabt. Es hat mir so recht gezeigt, daß wir eigentlich selbst über unser Leben nur sehr selten entscheiden können. Ich habe niemals in das öffentliche Leben gehen wollen. Ich wollte – ich darf das hier im Freundeskreis einmal sagen – Notar auf dem Lande werden; in vollem Ernst! Ich wollte Notar auf dem Lande werden, um ohne viel Arbeit ein behagliches und gesichertes Leben zu führen. (*Heiterkeit.*)

Ja, meine Damen und Herren, ich habe das auch noch gewollt, als ich schon Beigeordneter von Köln geworden war.<sup>4</sup> (*Weber:* Davon haben wir aber nichts gemerkt!) Bitte, ich habe eine Reihe von Gesuchen um Ernennung zum Notar an den damaligen Oberlandesgerichtspräsidenten gerichtet. Das war meine feste Absicht. Und als ich Beigeordneter von Köln wurde, habe ich von vornherein gesagt, hier will ich nicht bleiben. Ich habe mich abonniert – ich kann das alles belegen – auf die Zeitschrift für die freiwillige Gerichtsbarkeit, weil ich das Notariat weiter im Auge behielt. Aber, meine Damen und Herren, man denkt, man überlegt sich, und eine andere Kraft greift einen dann und führt einen. Ich glaube, der Mensch kann da nichts Besseres tun, als sich dieser Führung zu überlassen, um auf alle Fälle die Aufgaben, mögen sie groß oder klein sein, zu erfüllen, die ihm nun aufgetragen sind.

Das ist das Wesentliche für den Menschen, und das ist auch das Wesentliche für den Christen. Es ist aber auch das Wesentliche für die Politiker, obgleich die Politiker nach meinen Erfahrungen schlechte Christen sind. Ich schließe mich ein und schließe keinen von uns aus! Aber nun darf ich Ihnen recht von Herzen danken für die Wünsche, die Sie mir eben ausgesprochen haben.

Nun dürfen wir wohl in die Tagesordnung eintreten. Ich möchte Ihnen zunächst bekanntgeben, wer sich entschuldigt hat: Entschuldigt haben sich Herr Matthes, Mainz; Herr Lensing, dessen Frau gestorben ist und der selbst schwer krank ist; Herr Bach, Herr Arnold, Herr Dr. Müller, Herr Altmeier und Herr Kiesinger, der auch noch erkrankt ist. Sie werden damit einverstanden sein, daß ich Herrn Lensing in Ihrem Auftrag das Beileid des Parteivorstandes zum Heimgang seiner Frau ausspreche. (*Zuruf:* Wollen Sie sich nicht setzen, Herr Bundeskanzler?) Ich stehe lieber. Ich finde, daß man im Stehen besser spricht als im Sitzen, und zwar habe ich die merkwürdige Eigenschaft, mit den Füßen zu agieren, nicht mit den Händen. (*Kaiser:* Wie die Soldaten!) Das kann man auch tun, wenn man nicht Soldat ist. (*Heiterkeit.*)

---

4 Im Jahr 1906 (vgl. dazu SCHWARZ: Adenauer S. 133f.).

## BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich muß jetzt Ihre Aufmerksamkeit für einige Zeit in Anspruch nehmen, weil das Jahr 1956 ein sehr schweres Jahr sein wird mit großen Aufgaben und weil im Grunde genommen der Ausgang der Bundestagswahl des Jahres 1957 im wesentlichen entschieden wird durch die Arbeit, die wir im Jahre 1956 leisten oder die wir nicht leisten. Ich möchte zunächst sprechen über die innere Lage bei uns, die mir Sorgen macht. Ich darf hier folgendes einfließen lassen: Ich bitte Sie, mit Takt der Öffentlichkeit von dem Kenntnis zu geben, was heute hier besprochen wird, damit nicht unnötige Mitteilungen an die Presse gelangen. Wir müssen uns hier einmal offen aussprechen, weil nach meinem Empfinden die Situation, ich sage nicht gefährlich, aber doch so geworden ist, daß wir sehr achtsam sein müssen.

Ehe ich weiter darauf eingehe, will ich Ihnen sagen, warum die Situation so geworden ist: einmal, weil wir die Souveränität wiedererlangt haben. Die Wiedererlangung der Souveränität war ein großes Geschenk – vom deutschen Volk nicht gewürdigt; aber sie brachte uns und bringt uns auch große Verantwortung, die wir vorher nicht hatten, solange wir durch eine Hohe Kommission geleitet oder kommandiert wurden. Der zweite Grund, warum unsere gesamte Lage von mir so beurteilt wird, ist der, daß wir einen gewissen Wohlstand erreicht haben, und der Mensch – wir sehen es wieder – verträgt Wohlstand am allerschlechtesten. Das sind die beiden Wurzeln der Schwierigkeiten, denen wir entgegensehen.

Lassen Sie mich nun ein Wort sagen zur gewerblichen Wirtschaft. Der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik geht es zum größten Teil gut, wenn nicht sehr gut. Allerdings wird immer wieder vergessen, daß sehr große Teile der gewerblichen Wirtschaft eine nicht ausreichende Kapitalunterlage haben und daß vieles von dem, was wir sehen, Fassade ist – Fassade ist vielleicht etwas zu hart ausgedrückt –, aber nicht gut fundiert ist, so daß wir, wenn eine wirtschaftliche Baisse käme – durch irgendein politisches Ereignis ausgelöst –, zu befürchten hätten, daß wir in Deutschland sehr böse Dinge bekommen würden. So sehr wir auch Anlaß haben, uns darüber zu freuen, daß es der gewerblichen Wirtschaft im großen und ganzen gutgeht, so dürfen wir die Augen nicht davor schließen, daß die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu der Wirtschaft anderer Länder nicht genügend fundiert ist, um Stürme überstehen zu können.

Noch etwas anderes macht mir in den letzten Tagen große Sorge, nämlich die Frage, über die wir noch zu Rate sitzen müssen mit einigen Herren von der Bundestagsfraktion, weil dort große Gefahren drohen, der Loslösung der gewerblichen Wirtschaft vom Wirtschaftsministerium und damit von der Bundesrepublik.<sup>5</sup> Meine

---

5 Zu den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in dieser Zeit mit Erhard vgl. KOERFER S. 84–127. – In einem sechsseitigen Schreiben an Adenauer vom 9. Dezember 1955 hatte Erhard auf die wirtschaftspolitischen Erfolge hingewiesen, die gegen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzt worden seien, und die mangelhafte Unterstützung seiner Vorstellungen beklagt. Adenauer zeigte sich offenbar wenig überzeugt, wie seine Frage-

Damen und Herren! Die Lohnerhöhung im Bergbau um durchschnittlich 9% ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart worden<sup>6</sup>, ohne daß das Wirtschaftsministerium daran beteiligt worden ist. Was eine solche Lohnerhöhung für Folgen haben wird, gerade im Bergbau, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Ich brauche nur das eine Wort zu sagen: Lohnpreisspirale.

Ein zweites Zeichen dafür, daß die gewerbliche Wirtschaft sich vom Wirtschaftsministerium löst, ist der Beschluß, den ich heute morgen in der „Kölnischen Rundschau“ lese. Diese Nachricht ist fett überschrieben: „Arbeitszeitfrage wird ohne den Staat gelöst. Köln, 12. Januar 1956. Führende Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des DGB sind am Donnerstag in ihrer dritten Arbeitszeit-Konferenz in Köln übereingekommen, die Frage der Arbeitszeitverkürzung und das Problem der Lohngestaltung in der westdeutschen Wirtschaft künftig als gemeinsame Aufgabe beider Sozialpartner in eigenverantwortlicher Selbstverwaltung ohne Hinzuziehung staatlicher Instanzen zu regeln.“

Das, meine Damen und Herren, halte ich für eine völlige Unmöglichkeit. Schließlich hat der Staat, also hier das Wirtschaftsministerium und die Bundesregierung, doch die oberste Verantwortung dafür, was auch auf dem Gebiete der Wirtschaft in der Bundesrepublik vor sich geht. Wenn es ihr schlechtgehen wird eines Tages, dann kommen die Herrschaften gelaufen, sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, und dann soll der Staat die Sache ausbügeln. Ich muß das einmal sehr deutlich aussprechen, um auch Ihnen verständlich zu machen, mit welcher großen Sorge ich diese Entwicklung betrachte. Wenn infolge der Eigenverantwortlichkeit ohne Hinzuziehung staatlicher Instanzen diese Dinge geregelt werden, dann kann es sehr leicht passieren, daß diese Lohnpreisspirale von Leuten, die nicht die Verantwortung für die Währung haben, in Gang gesetzt wird.

Das ist eine Entwicklung, die anfang mit der Lohnfestsetzung im Bergbau. Die politischen Dinge bewegen mich im allgemeinen nur im Kopf, nicht im Herzen, aber das hat mich im Innersten gepackt, weil ich da den Anfang sehe und hier zu meinem großen Bedauern sehen muß, daß diese wirtschaftlichen Faktoren gar keine Einsicht darin haben, welche Bedeutung der Staat für die Allgemeinheit hat, und daß es sich nicht nur darum handelt in unserem Leben, daß der eine und der andere Verband darüber miteinander verhandeln, gleichgültig, was die staatlichen Instanzen dazu sagen.

Wir haben die Soziale Marktwirtschaft, d.h., wir haben das Recht und die Pflicht als Regierung, auch als politische Parteien – denn nach dem Grundgesetz wird der Staat getragen von den politischen Parteien<sup>7</sup> –, das Wohl der Societas, d.h. der

---

zeichnen und Marginalien („Landwirte, Mittelstand, Sozial-Schwache“) andeuten (ACDP VII-002-279).

6 Die IG-Bergbau hatte sogar eine Erhöhung um 12% gefordert (FAZ vom 26. Januar 1955).

7 Art. 21 GG besagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Allgemeinheit, zu wahren bei der Marktwirtschaft. Wie wir die Dinge anfassen, das weiß ich noch nicht. Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich glaube, es ist müßig, jetzt hier eine lange Diskussion darüber zu entfesseln. Aber ich hoffe, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß auf diese Weise die Sache nicht geht; denn das würde schließlich das Ende unserer ganzen Wirtschaft – lassen wir uns doch darüber klar sein – bedeuten.

Nicht nur der gewerbliche Mittelstand, sondern der gesamte Mittelstand ist eine der tragenden Schichten unseres Volkes und daher soziologisch von der denkbar größten Bedeutung. Weder der unterste Stand noch der oberste Stand hat die soziologische Bedeutung wie der Mittelstand. Daher werden wir – es ist ja ein sehr guter Anfang im Bundestag gemacht worden – gerade dem gewerblichen Mittelstand und dem freien Mittelstand unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Meine Damen und Herren! Neuerdings macht sich die Landwirtschaft sehr bemerkbar. Ich bin auch davon überzeugt, daß hier von Agitatoren, namentlich von Leuten aus der vergangenen Zeit, ins Feuer geblasen wird, und daß auch radikale Erwägungen dahinterstecken. Aus den Unterredungen, die ich mit dem Präsidenten der Bauernvereinigungen – ich hatte gestern abend die letzte<sup>8</sup> – in den letzten Wochen gehabt habe, und aus dem, was mir Herr Lübke vorgetragen hat, habe ich doch die Überzeugung gewonnen, daß sich die Landwirtschaft infolge der vollkommenen Umänderung unserer gesamten Volkswirtschaft und unserer Technik und der Vollbeschäftigung in der Industrie in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet und daß wir da unbedingt helfen müssen. Weil ich weiß, daß gegen die Landwirte – ich habe das gestern auch Herrn Rehwinkel und Herrn Bauknecht gesagt – aus den Notjahren vielfach ein gewisses Ressentiment besteht und der Eindruck von damals, daß es der Landwirtschaft im allgemeinen gutgehe, während es allen anderen Leuten schlechtging, noch in die jetzige Zeit hinüberwirkt, möchte ich dazu einige Worte sagen: Die Leute-Not auf dem Lande ist erschreckend. Ich weiß von Betrieben hier im Rheinland, die früher ständig 30 bis 35 Leute beschäftigten, die heute froh sind, wenn sie jetzt noch 4 Leute haben.

Das Dorf verstädtert immer mehr. Die Leute gehen zur Industrie arbeiten, weil sie da alle 14 Tage mit einer gefüllten Lohntüte nach Hause kommen, weil sie Bargeld haben und ihre Arbeitszeit begrenzt ist, und nicht, wie beim Landwirt, jahreszeitmäßig unbegrenzt, und weil sie ein freies Leben haben. Das ist auch eine Entwicklung, der wir nur mit größter Besorgnis entgegensehen, einmal wiederum aus soziologischen, dann aber auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Es ist in den vergangenen Jahren wohl von uns allen viel zu sehr übersehen worden, daß die Landwirtschaft ein Teil der gesamten Wirtschaft ist und daß es auch der gewerblichen Wirtschaft und der Großwirtschaft nicht gutgehen kann, wenn die

---

8 Mit Edmund Rehwinkel, Bernhard Bauknecht, Johannes Hummel sowie Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke und Ministerialdirigent im Kanzleramt Franz Haenlein (TERMINKALENDER; Bericht in UfD vom 18. Januar 1956).

Landwirtschaft absolut krank ist. Wir müssen dafür sorgen, und zwar mehr, als das bisher geschehen ist, daß die gewerbliche Wirtschaft in den Händen des Wirtschaftsministeriums und die Landwirtschaft in den Händen des Landwirtschaftsministeriums bleibt. Ich habe immer wieder in Kabinettsitzungen – ich will gar nicht an die berühmte Milchgeschichte, die sich ereignete, als ich krank war, erinnern<sup>9</sup> – zu meinem Bedauern erleben müssen, welche Gegensätze sich da auf tun, obgleich sie tatsächlich zueinander gehören und man nur eine gesamte Volkswirtschaft haben kann und nicht eine gewerbliche Wirtschaft für sich und eine Landwirtschaft für sich. Ich habe eben von dem Hof gesprochen, der früher 35 Leute hatte, heute aber nur noch vier Leute beschäftigt. Was können die Leute machen? Sie können nur weiterkommen, wenn sie sich Maschinen anschaffen. Aber das kostet Geld. Sie können die Maschinen nicht auf einmal bezahlen. Deshalb sind tatsächlich viele Landwirte durch den Ankauf solcher Maschinen kurzfristig verschuldet. Und sie müssen sehr hohe Steuern bezahlen. Ich habe namentlich von Herrn Struve<sup>10</sup>, Herr von Hassel, eine sehr gute Darlegung dieser Tage über die Verhältnisse in Ihrem Lande bekommen, und zwar über die wirklich gut wirtschaftenden und gutwilligen Leute, die nun festsitzen und überhaupt kein bares Geld mehr haben.

Diese ganzen Fragen müssen uns jetzt beschäftigen. Es kommt noch ein parteipolitisches Element hinzu. In der Landwirtschaft sind tätig vier Millionen Wähler, davon gehören drei Millionen Wähler zu den Koalitionsparteien, hauptsächlich aber zu uns. Das ist ein sehr wichtiges Element bei unserer ganzen Betrachtung. Ich werde zum Schluß auf die Bedeutung der nächsten Bundestagswahl zurückkommen. Wir werden die Tatsache, daß diese drei Millionen Wähler in der Landwirtschaft fast restlos zu uns gehören, auch zu berücksichtigen haben.

Damit komme ich zu unserer finanziellen Lage. Ich bitte Sie, doch immer auseinanderzuhalten die Kassenlage und die Haushaltslage. Es sind zwei an sich völlig verschiedene Dinge, wenn auch selbstverständlich gefüllte Kassen nicht entstehen können, wenn nicht eine günstige Haushaltslage vorhanden ist. Herr Schäffer, mit dem ich manche Meinungsverschiedenheit gehabt habe und auch in Zukunft wahrscheinlich noch haben werde – gegen den ich auch im Kabinett habe einige Male entscheiden müssen und auch in Zukunft werde entscheiden müssen –, hat sich, das dürfen wir wirklich nicht vergessen, in den vergangenen Jahren durch seine eiserne, ich will nicht sagen starre Haltung ein großes Verdienst an der heutigen gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Deutschland erworben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Er oder sein Ministerium – man weiß oft nicht, wer es ist – gehen manchmal in ihrer Haltung

---

<sup>9</sup> Das Bundeskabinett hatte am 9. November 1955 beschlossen, die von Minister Heinrich Lübke vorgeschlagene Milchpreiserhöhung für den Verbraucher um zunächst 5 Pfennig, dann 3 Pfennig je Liter nicht vorzunehmen, sondern die Trinkmilch ab 1. Dezember für 4 Monate zu subventionieren (FAZ vom 10. November 1955).

<sup>10</sup> Detlef Struve (1903–1987), 1946–1950 Landrat Rendsburg (CDU), 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1972 MdB, 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein.

über das Ziel hinaus. Er wird am 31. März in der Kasse etwa sechs Milliarden DM haben. Davon entfallen drei Milliarden auf Forderungen, die unsere Verbündeten an uns haben aufgrund von Verträgen, die sie noch nicht abgerufen haben. Es ist also gewissermaßen fremdes Geld. Es werden im Laufe der nächsten Jahre durch die Aufrüstung außerordentlich große Ansprüche an die Kasse gestellt. Der Fehler scheint mir – ich habe darüber vor einigen Wochen eine Besprechung gehabt, an der auch Kollege Pferdenges teilgenommen hat – darin zu liegen, daß diese ungeheuer große Geldsumme auf täglichen Abruf bei der Bank Deutscher Länder liegt und infolgedessen dem wirtschaftlichen Kreislauf mehr oder weniger entzogen wird.<sup>11</sup>

Man sollte eigentlich nicht immer so sehr schreien: Er hat die ganze Kasse voll, er muß hergeben, sondern man sollte viel eher sagen, und das scheint mir viel richtiger zu sein: Wir müssen einen Weg finden, diese Summen, die dasein müssen, weil ihnen Forderungen gegenüberstehen, in den wirtschaftlichen Kreislauf einzugliedern, damit das Blut im Wirtschaftskörper leichter und schneller fließt, das jetzt dadurch gehemmt ist, weil man eine solche Menge aufstaut.

Ich bitte auch bei den Ansprüchen, die gestellt werden, nicht immer nur zu sagen, der Mann weiß gar nicht, wo er bleiben soll mit dem Geld. Er bleibt schon mit dem Geld! Er wird es ausgeben müssen. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß man – das ist z.B. eine Bemerkung, die man in einem solchen Kreise machen kann – in einem Wahljahr auch einmal einen Groschen mehr ausgeben kann als in einem Nichtwahljahr. Ich möchte mich deutlicher gar nicht ausdrücken, damit das nicht mißverstanden wird. Aber man soll doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir müssen vor allem auch daran denken, daß, wenn man in einem Wahljahr Steuern senkt und im Jahre darauf wieder Steuern erhöhen muß – wie das in England geschehen ist<sup>12</sup> –, dann die letzten Dinge schlimmer sein werden als die ersten.

Sie ersehen daraus – ich brauche nur noch das Wort „Vollbeschäftigung“ hinzuzufügen – einen Tatbestand, der mindestens so gefährlich ist wie die Arbeitslosigkeit, weil er eben, wenn nicht Maß gehalten wird, zu immer größeren Lohnforderungen führt, die vom Unternehmer – der sagt, ich verdiene, warum soll der Arbeitnehmer nicht auch verdienen – ohne weiteres akzeptiert werden, und damit eine Nachfrage nach Gütern geschaffen wird, die nicht befriedigt werden kann, die schließlich zu einer Entwertung des Geldes, auch des Spargeldes, und somit zu einer weiteren Notlage

---

11 Gemeint ist der sog. Julisturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau deutscher Militärverbände hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM.

12 Für das Haushaltsjahr 1955/56 waren im Haushaltsentwurf vom 19. April 1955 Steuerermäßigungen von 133,85 Millionen Pfund vorgesehen (AdG 1955 S. 5130f.); im Nachtragshaushalt vom 26. Oktober wurden z.T. erhebliche Steuererhöhungen nötig (EBD. S. 5428f.).

der Sozialrentner – ich nehme mal dieses Wort, Sie wissen, welchen Kreis ich damit beschreiben will – führt.

Die Aufrüstung wird natürlich große Anforderungen an uns stellen; aber wenn man jemals davon überzeugt sein kann, daß diese Aufrüstung notwendig war und ist, dann jetzt, wo der böse Wille der Russen absolut klar für jeden erkenntlich ist. Dem Russen imponiert nur die Macht und nichts anderes. Es hat mich sehr gefreut, dieser Tage zu hören – was auch meine Meinung war –, daß in Genf in einem engen Kreis sogar von den Franzosen ausgesprochen worden ist: Hätten wir am 30. August des Jahres 1954 nicht die EVG getötet, sondern ihr zugestimmt, dann wäre der Verlauf dieser Konferenz ganz anders gewesen, als er es nun gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Einige von uns haben wohl doch in der Beurteilung der Fehler und Schwächen beim Militär, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, des Guten einiges zuviel getan. Tadelsmöglichkeiten bieten sich bei jeder Wehrmacht, gleichgültig in welchem Lande. Ich habe oft tief bedauert, daß einige von uns geradezu so weit gehen, daß sie in einem General oder Major oder Oberstleutnant einen Kerl zweiter Klasse sehen, den man nur mit äußerster Vorsicht betrachten dürfe und dem man, wenn irgend möglich, Handschellen anlegen müsse. Das ist unwürdig, es ist unrecht und ist auch unchristlich! Sicher hat es beim Militär Leute gegeben, die wir ablehnen, aber ebenso sicher ist es, daß es beim Militär auch viele Leute gegeben hat, vor denen wir Respekt hatten und auch jetzt noch Respekt haben müssen.

Wir sollten nicht den schweren Fehler gerade von unserer Partei aus machen – die Sozialdemokratie ist darin unendlich viel klüger –, daß wir mit einem geradezu angeborenen Mißtrauen jedem Militär entgegensehen. Das ist ganz falsch. Im Gegenteil, wir müssen, wenn wir nicht erreichen wollen, daß das Militär sich zu einem eigenen Körper zusammenschließt und damit zu einer Gefahrenquelle wird, dem Militär so gegenüber treten, daß es sich als ein Teil des ganzen Staatswesens fühlt und aufgeht in diesem Staat. Aber manche treiben genau die entgegengesetzte Politik; sie schweißen geradezu die Leute zu einem eigenen Körper zusammen.

Ich will hier nicht eingehen auf die Schwierigkeiten im Verteidigungsministerium.<sup>13</sup> Das würde zu weit führen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß da manches hätte anders sein können. Ich möchte nur für unseren Kollegen Blank ein Wort hier einlegen. Der Mann ist fast am Ende seiner Kraft. Er hat all die Jahre nun diese Aufgabe gut geführt. Er war bei den Verhandlungen im Ausland ausgezeichnet, aber welchen Angriffen der Mann hier im Innern ausgesetzt ist – auch innerhalb unserer Partei –, das geht über seine Nervenkraft, das hält er einfach nicht aus. Und da sollte man auch eine gewisse Rücksicht nehmen auf den Mann von uns, der dahin gekommen ist, der nicht die sogenannte Beamtenlaufbahn oder Militärlaufbahn zurückgelegt hat, sondern

---

13 Zu den Aufbauproblemen vgl. SCHWARZ 1 S. 292–302. – Zwei undatierte, die wesentlichen Punkte der „Durchführungsprobleme“ zusammenfassende Vermerke in NL Blank ACDP I-098-005. Innerhalb der Koalition kam Kritik vor allem von der CSU.

der als Gewerkschaftler bewußt und gewollt von mir auf diesen Posten gesetzt worden ist.

Ich möchte ein Wort sagen über diesen Personalgutachterausschuß.<sup>14</sup> Ob er noch einmal geschaffen würde, stelle ich dahin. (*Weber*: Hoffentlich nicht!) Ich will darüber nichts sagen. Was geschehen ist, ist geschehen. Aber was ich für so völlig falsch gehalten habe, ist folgendes: Ich habe dem auch sehr oft und laut Ausdruck gegeben, und ich hoffe, daß in einer Unterredung, die in der nächsten Woche sein soll – Herr Globke, stimmt das? –, (*Globke*: Ja!) wir mit den Vertretern dieses Ausschusses doch zu einer Verständigung kommen werden.<sup>15</sup> Was ich jetzt sage, muß ebenfalls vertraulich sein. Sie werden zu Hause aber danach gefragt werden. Ich zweifle nicht, daß der Gutachterausschuß seine Aufgabe sehr ernst nimmt. Nach meiner Meinung geht er sogar etwas zu weit in der Umgrenzung seiner Aufgabe. Aber was mein Gerechtigkeitsgefühl im Innersten empört, das ist, daß er sich für verpflichtet hält, einem Mann, der vom Verteidigungsministerium vorgeschlagen ist, die charakterliche Eignung abzusprechen, ohne dem Mann nun zu sagen, was man ihm denn vorwirft. Dann hat er in seiner Geschäftsordnung – er war völlig frei darin, sich eine Geschäftsordnung zu schaffen – die furchtbare Bestimmung: Wenn ein Abgeordneter neues Material beibringt, kann eventuell eine Nachprüfung stattfinden. Und dieser Unglückliche weiß gar nicht, was ihm vorgehalten wird. Wie soll der nun Material beibringen? Bedenken Sie doch, was es für einen gereiften Mann und seine Familie heißt, daß ihm von einem solchen Gremium die charakterliche Eignung abgesprochen wird. Wenn man ihm die fachliche Eignung abspricht, Gott, das muß man sich gefallen lassen, aber die charakterliche Eignung, also die Bewertung des Menschen und seines Charakters, durch ein solches Verdikt abzusprechen, ohne daß dem Betreffenden gesagt wird, das und das haben wir dir vorzuwerfen, bitte, äußere dich dazu, dafür habe ich absolut kein Verständnis. Ich verstehe nicht, wie man das überhaupt tun kann. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Man hat zwei Gründe angegeben vom Gutachterausschuß. Der eine Grund ist der: Wenn wir sagen, was wir gegen den betreffenden Mann haben, dann werden uns in Zukunft die Leute keine Mitteilungen mehr über andere Bewerber machen. Nun, meine Damen und Herren, da muß ich schon sagen, das ist ja doch ein scheußliches Verhalten! (*Zuruf*: Das ist ein Denunzieren!) Wenn irgend jemand gegen einen Mann, der Oberst oder General werden soll, etwas sagt, aber nur unter der Bedingung, daß der Betreffende das überhaupt nicht hört oder zu hören bekommt, auf einen solchen Denunzianten verzichte ich! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Der zweite Grund ist nach meiner Meinung ebenfalls nicht stichhaltig. Es wird von den Herren gesagt, wenn irgendein

14 Gesetz vom 23. Juli 1955 (BGBl I S. 451); Zusammensetzung des Ausschusses in BT-Drs. 1619 vom 13. Juli 1955.

15 Am 19. Januar 1955 (TERMINKALENDER). – Kritik am Ausschluß wurde v.a. gegen dessen Geschäftsordnung laut, die festlegte, daß Entscheidungsgründe nicht mitgeteilt werden mußten und eine Revision nicht möglich war (vgl. SCHWARZ 1 S. 296).

gewerblicher Unternehmer eine Stelle ausschreibt, dann sucht sich das Unternehmen einen Mann aus, und den anderen werden die Bewerbungen zurückgeschickt, ohne daß ihnen der Grund genannt wird. Nach meinen Erkundigungen ist das übrigens zum Teil falsch. In vielen Fällen wird den Leuten gesagt, aus dem und dem Grunde konnten wir Sie nicht berücksichtigen. Aber davon abgesehen, hier handelt es sich um Leute, die doch im Militärdienst gestanden haben, die von uns Pensionen beziehen und vom Verteidigungsministerium vorgeschlagen werden. Das ist doch etwas völlig anderes. Diese ganze Angelegenheit, meine Damen und Herren, kann nach meiner Auffassung – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – nur ein ernstes Kopfschütteln auslösen; weil man so wenig angeborenen Gerechtigkeitssinn hat – und das hat mich in der ganzen Sache am meisten empört – und nicht den Mut aufbringt, einem Mann zu sagen, das und das werfen wir dir vor.

Ob die Ablehnungen zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sind, darum handelt es sich bei mir nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich gar nicht weiß, warum die Ablehnungen erfolgt sind. Auch ich weiß es nicht. Noch einen Fehler begehen wir damit. Wer will sich schließlich einer solchen Feme stellen? Wer wird sich, wenn er eine einigermaßen ihn befriedigende zivile Stellung hat, der Gefahr aussetzen, daß er zurückgeschickt wird, weil er sich charakterlich nicht eignen soll? (*Zurufe*: Sehr richtig!) Nun höre ich, daß wir in der Sache – es ist jetzt etwas ruhiger darüber geworden – zu einer Verständigung kommen. Aber ich bin der Auffassung – wie auch seinerzeit der Vorstand unserer Fraktion war –, daß, wenn sich der Gutachterausschuß nicht bequemt, seine Geschäftsordnung dementsprechend zu handhaben, man da mit der Gesetzgebung eingreifen muß.

Eine der wesentlichen Aufgaben der Innenpolitik, die vor uns stehen, ist die Sozialreform. Darüber wird Ihnen Herr Heck ausführlich berichten. Ich brauche deshalb jetzt in meiner Übersicht nicht näher darauf einzugehen. Aber die Frage muß in ihren Hauptgrundsätzen im Jahre 1956 gelöst werden. Wir werden gesetzgeberisch nicht alles fertigbekommen bis zur nächsten Wahl; denn es ist ein höchst umfangreiches Aufgabengebiet. Trotzdem müssen die Hauptgrundsätze feststehen, nach denen wir diese Aufgabe lösen wollen. Diese Grundsätze müssen – die Leitung unserer Bundestagsfraktion stimmt mit mir darin überein – vom Plenum des Bundestages gebilligt sein, ehe dieses Jahr zu Ende geht.

Seitdem wir das letzte Mal zusammen waren, haben sich Christliche Gewerkschaften gebildet. Ich möchte ein Wort dazu sagen. Die Herren, die sich aus einem inneren Gewissenszwang heraus gedrungen gefühlt haben, die Christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen, werden, soviel ich weiß, im Laufe des Monats Februar der Öffentlichkeit einen Bericht darüber geben, ob sie Erfolg gehabt haben oder nicht.

Unsere Fraktion und unsere Partei bewahren strikte Neutralität. Ich glaube, das ist auch richtig. Aber eines möchte ich doch in diesem Kreise hier sagen: Ich glaube, durch die Tatsache der Gründung der Christlichen Gewerkschaften ist doch dem DGB und den Industriegewerkschaften eine sehr heilsame Lektion erteilt worden, und

daß unsere Leute, die im DGB zusammengeschlossen sind, nun nachstoßen sollen, damit nun tatsächlich die Gewerkschaften sich nicht einfach – oder ein Teil der Gewerkschaften, ich darf nicht verallgemeinern – noch fühlen als die Wegbereiter eines sozialistisch-kommunistischen Systems.

Ich komme zu der Frage der Koalition. Auch darüber glaube ich Ihnen Rechenschaft schuldig zu sein. Ich habe Ihnen auf den Tisch legen lassen die Rede, die der Vorsitzende der FDP, Herr Dr. Dehler, auf dem Parteitag in Oldenburg im März des vergangenen Jahres gehalten hat. (*Von Brentano*: Nein, ist nicht dabei! – *Kilb*: Steht auf Seite 2! – *Zurufe*: Die ganze Rede ist nicht dabei!) Haben Sie nicht die ganze Rede dabei, Herr Kilb? (*Kilb*: Nein, nicht die ganze Rede!) Aber ich hatte darum gebeten! Dann müssen wir sie Ihnen noch nachschicken. Ich hatte die ganze Rede gewünscht. Sie umfaßt 33 Schreibmaschinenseiten.<sup>16</sup> Ich habe sie genau gelesen. Sie muß von uns allen gelesen werden, weil sie den eigentlichen Kern der ganzen Auseinandersetzung zeigt. Es ist notwendig, beim Studium dieser Rede auch zu lesen, bei welchen Stellen der Sprecher, der Herr Dehler, den Applaus – und manchmal den sehr starken Applaus – des ganzen Parteitages der FDP bekommen hat.

Ich bitte Sie, Herr Heck, möglichst schnell allen Mitgliedern des Vorstandes die ganze Rede zu schicken. Und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, die ganze Rede auch zu lesen. Diese ganze Rede des Herrn Dr. Dehler ist von Anfang bis zum Ende fast ausschließlich eine Kampfansage gegenüber der CDU und CSU auf allen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete der Außenpolitik. Wenn Sie die Rede gelesen haben, dann wird Ihnen auch klar das treibende Moment des Herrn Dehler und seiner näheren Freunde in diesen ganzen Dingen. Sie wollen unter allen Umständen verhindern, daß die CDU/CSU noch einmal eine Mehrheit im Bundestag bekommt. Das ist das treibende Moment, nicht etwa, wie gesagt worden ist und wie leider Gottes die Zeitungen, die fast alle mehr oder weniger liberal im schlechten Sinne beeinflusst sind, schreiben, persönliche Gegensätze zwischen Herrn Dehler und mir. Die hat es auch gegeben. Aber, meine Damen und Herren, Sie kennen mich insoweit, daß ich mir aus diesen persönlichen Gegensätzen wirklich nicht sehr viel mache, die sind mir mehr oder weniger gleichgültig, darüber kommt man eben hinweg, nein, ist der Kampf gegen die CDU/CSU an sich, den Herr Dehler und – wie ich wiederhole – seine engeren Freunde führen wollen.

Und nun haben im Laufe des Jahres 1955 – ich habe während meiner Krankheit den ganzen Kram genau gelesen – Herr Dehler und auch Herr Middelhaue sich jeder ihnen bietenden Gelegenheit bemächtigt, um einen Giftpfeil in der Öffentlichkeit gegen die CDU/CSU abzufeuern. Und schließlich haben sie sich auch – das mag vielleicht der Auffassung, daß es so richtig sei, entsprechen, das kann ich nicht beurteilen – der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland und der Frage der

---

<sup>16</sup> FDP-Bundesparteitag am 25. März 1955 in Oldenburg. Text der Rede (ms.) in ACDP VII-002-258.

Wiedervereinigung Deutschlands bemächtigt. Und ausgerechnet nach dem Scheitern der zweiten Genfer Konferenz – und diese zweite Genfer Konferenz war ja ein hundertprozentiges Scheitern – haben sie in aller Öffentlichkeit verlangt, daß wir unverzüglich in Verhandlungen mit Moskau treten sollten. Ihnen schwebt vor – der Ausdruck ist mir gegenüber von einem führenden Mann der FDP gebraucht worden – eine Art von Titoismus, vorläufig; nicht etwa im Innern des Landes, also keine kommunistische Wirtschaft, aber diese Schaukelpolitik, die Jugoslawien einnimmt, durch die sich auch die Westmächte eine Zeitlang haben täuschen lassen.<sup>17</sup>

Wenn Tito glaubt, durch sein Land damit etwas zu erreichen, so können wir nichts darüber sagen; es mag sein, aber das eine ist totensicher: Deutschland erreicht auf diesem Wege niemals das, was wir wollen, nämlich eine Einheit in Frieden und Freiheit, niemals! Dafür ist Deutschland ein viel zu starkes Land, ein Land mit einer zu starken Industrie, mit viel zu starken Bodenschätzen, als daß man es – solange dieser große Gegensatz in der Welt zwischen Ost und West besteht – wie Jugoslawien bestehen läßt, so daß es nicht in der Lage ist, seine Neutralität zu schützen. Ein solcher Zustand würde geradezu die Gefahr eines heißen Krieges dadurch heraufbeschwören, daß eine der beiden Mächtegruppen zugreift auf Deutschland.

Es besteht auch die andere Gefahr, meine Damen und Herren, daß man uns schließlich in einem solchen Falle den Russen überläßt, um selbst aus der ganzen Sache herauszukommen. Ich bin totensicher davon überzeugt, daß die Amerikaner, wenn es zu einer solchen Politik Deutschlands käme, ihre Europapolitik radikal ändern würden. Und was das für uns bedeuten würde, wenn Amerika seine Europapolitik ändern und mit den Russen Kippe machen und ihnen sagen würde, dann nehmt sie euch, wir wollen uns von diesen Gebieten zurückziehen, das brauche ich Ihnen nicht weiter auszuführen.

Darum halte ich diese Politik der FDP für so dumm. Ich habe das auch wörtlich dem Herrn Dehler in den Koalitionsverhandlungen gesagt, wie dumm so etwas ist; es ist so dumm wie nur irgend denkbar. Ich habe nur folgende Erklärung dafür; das ist aber meine subjektive Meinung: Das Ganze soll eine Vorbereitung sein für die Wahl 1957. Dann will man sagen: Die CDU hat nicht diese Möglichkeit ergriffen, um zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen. Wenn dann die Russen durch irgendeine Andeutung erklären sollten, auf dem Wege ließe sich vielleicht zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kommen, dann bekämen damit – man muß diesen Dingen ins Auge sehen – die FDP und die SPD eine Wahlparole, die gefährlich wäre. Hierauf müssen wir uns also rechtzeitig vorbereiten und wappnen.

Ich möchte nun ein Wort sagen über den jetzigen Stand der Dinge mit der FDP. Es war ein unglücklicher Zufall, der besser vermieden worden wäre, daß man während der Koalitionsverhandlungen im Wahlrechtsausschuß des Bundestages angefangen hat, nun weiter über das Wahlrecht zu verhandeln, und daß es zu Beschlüssen gekommen

---

17 Vgl. zu Dehlers Haltung KLINGL S. 227–235; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 64–88.

ist mit dem bekannten Grabensystem.<sup>18</sup> (*Krone*: Nein, keine Beschlüsse! – *Cillien*: Es war nur ein Antrag!) Aber doch mit unserer Meinung als einer Mehrheit! Wir waren in der Leitung der Fraktion der Auffassung, daß man jetzt nicht diese Wahlrechtsfrage behandeln soll. Es ist aber geschehen. Natürlich haben sich die FDP-Leute dieser Sache bemächtigt. Auch die Öffentlichkeit hat sich der Sache bemächtigt. Und daraus ist dann das Märchen entstanden, daß der eigentliche Kern des Gegensatzes die Wahlrechtsfrage sei. Das ist sie bisher nicht. Ich möchte das sehr nachdrücklich betonen!

Der Kern der ganzen Sache ist, daß sich die FDP in ihren leitenden Persönlichkeiten fortgesetzt in einer Weise gegen die CDU/CSU gewendet hat, wie es mit den Pflichten einer Koalitionspartei nicht vereinbar ist. Die Sache ist noch nicht ausgestanden. Sie schwebt noch. Herr Dehler hat eine recht knappe Mehrheit bekommen, trotz des Lärms, der vorher in den Landesparteien der FDP und in den Zeitungen gemacht worden ist. Es haben sich vier oder fünf Leute von der FDP (*Zuruf*: Vier!) nicht an der Abstimmung beteiligt. Von diesen hätten drei für Wellhausen und einer für Dehler gestimmt. Sie sehen also daraus, daß die Mehrheit für Dehler so knapp wie nur denkbar ist.<sup>19</sup> Wir müssen jetzt die weitere Entwicklung in der FDP abwarten. Wohin sie führen wird, weiß ich nicht. Selbst wenn man glaubt, etwas zu sehen, sollte man nicht darüber sprechen, weil man damit nur schaden würde.

In dem Teil um Dehler ist in der FDP noch etwas maßgebend, das ist die nationalistische Herrschaft innerhalb der FDP in Nordrhein-Westfalen. Die Partei in Nordrhein-Westfalen wird, soviel ich weiß, im großen und ganzen gelenkt von Herrn Achenbach<sup>20</sup>. Da zeigt sich auch eine sehr gefährliche Linie ab; denn dieser Geist des Nationalismus ist jetzt, wo es den Leuten wieder bessergeht, plötzlich wieder lebendig geworden. Auch dieser Gefahr müssen wir ins Auge sehen. Wenn z.B. in Bauernversammlungen im Kreis Ahrweiler die Bauern sagen: Unter den Nazis ist es uns bessergegangen, dann muß ich doch sagen, das ist entsetzlich, wenn derartige Aussprüche laut werden. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß auch von Leuten innerhalb der FDP ganz planmäßig darauf hingearbeitet wird, der FDP einen nationalistischen Anstrich zu geben, um ihr dadurch bei der Wahl eine größere Attraktion zu verleihen.

---

18 Koalitionsgespräche hatten am 6., 7. und 13. Dezember 1955 stattgefunden. Zusammensetzung sowie Stellungnahme zu der von der FDP geforderten Tonbandmitschrift dieser Gespräche in ACDP VII-002-258; Entwurf einer Koalitionsvereinbarung in Informationsrundbrief der FDP-Bundestagsfraktion Nr. 58 vom 19. Dezember 1955 (vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 20. Dezember 1955). Am 14. Dezember 1955 hatten die Fraktionen von CDU/CSU und DP im neu gebildeten Sonderausschuß für Wahlrechtsfragen den Antrag auf Einführung des Grabenwahlsystems eingebracht (vgl. KLINGL S. 235–238; LANGE S. 634ff.; SCHWARZ 1 S. 308; MENDE: Freiheit S. 360–365).

19 Am 10. Januar 1956 hatten Neuwahlen des FDP-Vorstands stattgefunden; Dehler war mit 27 gegen 22 Stimmen in seinem Amt bestätigt worden (KLINGL S. 237).

20 Dr. Ernst Achenbach (geb. 1909), 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP). – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 529 Anm. 29.

Wie es mit dem nationalistischen Geist in Deutschland ist, das können Sie an der Saar erkennen, wobei ich ohne weiteres konzedere, daß an der Saar durch die Unterdrückung, die durch Grandval und Hoffmann während all dieser Jahre ausgeübt worden ist, der nationale Gedanke überhitzt werden konnte. Aber davon abgesehen, den meisten ist es nicht bekannt, wie sich der Kampf um das Statut an der Saar abgespielt hat. Den meisten ist nicht bekannt, daß der Herr Schneider, der Führer der FDP dort, der von einem Teil der hiesigen Partei schon als der kommende Vorsitzende der FDP für Deutschland angesprochen wird, sich in seiner Zeitung an der Saar<sup>21</sup> hat abbilden lassen in voller SA-Uniform, Hand in Hand mit dem Herrn von Papen, und zwar mit irgendeinem nationalsozialistischen Ausspruch darunter; eine Darstellung, die – wie der Herr Dulles dem Herrn von Brentano gesagt hat – in Amerika geradezu erschütternd gewirkt hat.

Und den meisten ist es auch nicht bekannt, daß der Herr Ney, den wir schon einmal auf dem Parteitag in Berlin erlebt haben, in die Wahlversammlungen – wie sehr gemäßigte Leute sich ausgedrückt haben – mit wilhelminischem Pathos hineingegangen ist; also, ganz alter Stil! Und den meisten ist auch nicht bekannt, daß die Störungen der Versammlungen, die dort stattgefunden haben, zum Teil künstlich von hier aus durchgeführt worden sind. Ausländische Berichterstatter haben die Autos gezählt, die aus der Bundesrepublik gekommen sind und vor den Türen der Säle gewartet haben, wo die Störungen vorgekommen sind.<sup>22</sup>

Und was dem Ganzen wirklich die Krone aufsetzt und ein Zeichen ist für ein solch mangelndes politisches Verständnis, das ist folgendes: Ich meine, wir alle, auch die CDU des Saarlandes, hätten ein Interesse daran, einen möglichst großen Teil der CVP wieder in ein vernünftiges christliches Lager zu führen; nicht den Herrn Hoffmann! Nun hat die CVP dem Herrn Ney folgendes Angebot vor der Wahl<sup>23</sup> gemacht: Setze fünf Angehörige der CVP, die du, Ney, auswählen kannst, auf die Liste der CDU, dann wollen wir unsere gesamten Anhänger veranlassen, ebenfalls CDU zu wählen. Und das hat der Herr Ney abgelehnt und gesagt, die CVP wird dahinschmelzen wie der Schnee vor der Sonne. Eine größere politische Dummheit, als sie da gemacht worden ist, kann ich mir nicht vorstellen. Deshalb möchte ich folgendes sagen – es ist schade, daß Herr Altmeier nicht hier ist, (*Zuruf*: Herr Zimmer ist aber da!) Herr Zimmer ist in der Beziehung sehr viel gezimmerter als Herr Altmeier –: Große Vorsicht gegenüber Herrn Ney und der Saar-CDU, solange Herr Ney sie kommandiert. Eine solche politische Unfähigkeit, wie wir sie da erlebt haben, ist geradezu unerhört.

Ich bin der Auffassung, die Saar wird durch alles das, was da vor sich gegangen ist, wenn sie jetzt nicht sehr klug ist, viel größere Schwierigkeiten von Frankreich

---

21 Die 1951 gegründete „Deutsche Saar-Zeitung“ (vgl. SCHNEIDER S. 348f.).

22 Schilderung des Abstimmungskampfes bei SCHMIDT 3 S. 159–364.

23 Am 18. Dezember 1955. – Ergebnis: CDU 25,4 %, DPS 24,2 %, CVP 21,8 %, SPD 14,3 %, KP 6,6 %, SPS 5,8 %. Zum Wahlkampf vgl. SCHMIDT 3 S. 387–420.

bekommen, als sie sich träumen läßt. Man soll sich darüber klar sein, daß die Zustimmung Frankreichs zu der Saarregelung nötig ist und daß man an einer Abstimmung gar nicht vorbeikommt. Man soll sich auch darüber klar sein, daß, je schwächer eine französische Regierung ist – und die kommenden französischen Regierungen werden, wenn nicht ein Wunder passiert, sehr schwach sein –, um so sorgfältiger wird sie sich hüten, ihren Gegnern das Argument zu geben: Ihr gebt an der Saar zu viel nach. Deswegen halte ich die Saarfrage für eine Frage, die noch außerordentlich viel Kopfzerbrechen und Kopfschmerzen machen wird und die mit größter Delikatesse behandelt werden muß.

Nun möchte ich Ihnen etwas sagen, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist: Am 6. Oktober hatte ich eine Zusammenkunft mit Pinay und Faure<sup>24</sup> in Luxemburg über die Saarfrage und über andere Fragen.<sup>25</sup> Ich habe den Herren gesagt: Nach dem Verlauf der Genfer Konferenz können Sie nicht erwarten, daß die endgültige Regelung der Saarfrage nunmehr aufgeschoben wird bis zu einem Friedensvertrag, von dem wir nicht wissen, wann er kommen wird. Wir müssen jetzt zu bestimmten Abmachungen und bestimmten Terminen kommen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir sagen, nach drei, höchstens vier Jahren, gleichgültig, ob ein Friedensvertrag geschlossen ist oder nicht, soll die endgültige Regelung durch eine Volksabstimmung kommen.

Ich habe den Herren weiter gesagt: Sie können natürlich, ohne Ihr Kabinett zu fragen, jetzt nicht sagen, wir sind damit einverstanden. Aber ich muß diese Forderung erheben, und ich hoffe, daß Sie einsehen, daß das notwendig ist. Und keiner der beiden Herren hat mir widersprochen. Und ich kann mir nicht helfen, ich glaube, daß auf diesem Wege vielleicht die Lösung der ganzen Saarfrage viel schneller und schmerzloser gekommen wäre, als sie jetzt wahrscheinlich folgen wird.

Tief empört bin ich – ich muß das aussprechen – über das Verhalten der Familie Röchling. Hier in diesem Raum, in dem wir jetzt sitzen, hat, während ich oben mit Pinay gesessen habe, eine Verhandlung stattgefunden zwischen Herrn Abs und Herrn Kranzbühler, dem Vertreter der Familie Röchling. Herr Kranzbühler hat gesagt: Wenn jetzt der Bund uns nicht für dieses Werk 200 Millionen DM bezahlt, dann wird die Familie Röchling morgen abschließen mit der französischen Schwerindustrie, die uns durch ein Schweizer Bankenkonsortium eine Offerte für 270 Millionen Schweizer Franken gemacht hat. Und unter dem Druck, daß die Familie Röchling nach der Erklärung des Herrn Kranzbühler bereit war, dieses Werk an die französische Schwerindustrie zu einem schamlosen Preis zu verkaufen, haben wir uns gezwungen gesehen, zu sagen, gut, 200 Millionen DM. Und was ist aus dieser Sache geworden?<sup>26</sup> Welche Hetze ist daraus entstanden? Ich kann nur sehr wünschen, daß diese ganze Frage mit

---

24 Edgar Faure (1908–1988), französischer Politiker; 1946–1958 Abgeordneter der Assemblée Nationale (bis 1955 radikalsozialistische Partei), 1952 und 1955/56 Ministerpräsident, 1953–1955 Finanz-, später Außenminister, 1958 Finanzminister.

25 SCHMIDT 3 S. 292–297.

26 Vgl. Nr. 7 Anm. 35; zum „Fall Röchling“ SCHMIDT 3 S. 73–110.

großer Behutsamkeit und großer Klugheit geregelt wird. Pinay, der vielleicht nicht mehr Außenminister wird, hat mich während meiner Krankheit in Rhöndorf besucht und ausdrücklich gesagt: Die Abstimmung über das Statut ist eine Abstimmung, die wir respektieren. Wir sind Demokraten, und wir respektieren den darin zum Ausdruck gekommenen Willen der Saarbevölkerung.<sup>27</sup> Das ist sehr korrekt und sehr anständig.

Nun, meine Freunde, ich bin zur Saar gekommen auf dem Weg über die FDP. Bei der nächsten Wahl wird möglicherweise auch von seiten der FDP die Saarfrage nach vorn geschoben und gesagt werden, daß sie, insbesondere aber der Herr Dehler, es gewesen seien, die das Deutschtum verteidigt hätten.<sup>28</sup> Aber wir müssen jetzt die Entwicklung der FDP sich selbst überlassen. Die 22 Stimmen für Wellhausen zeigen doch, daß ein Riß durch die gesamte Partei geht, und es wäre falsch von uns, wenn wir uns irgendwie da hineinmischen. Wir müssen das den Anhängern der FDP überlassen, ob sich der vernünftige Teil, der auch bereit ist, mit uns als anständigen Koalitionsfreunden zusammenzuhalten, behauptet oder nicht. Wir werden zunächst – ich glaube, Herr Krone, das entspricht auch Ihrer Ansicht und auch der Ansicht der DP – keine Koalitionsbesprechungen abhalten. (*Krone*: Heute noch einmal über Wahlrecht!) Aber nicht über die eigentlichen Dinge, die uns voneinander trennen! Wir wollen abwarten, bis sich Herr Dehler uns nähert. Also, über die Wahlrechtsfrage werden heute Besprechungen mit der FDP stattfinden mit dem Ziel, zu einer fairen Lösung zu kommen. Hierbei muß jeder dazu beitragen, um zu einer Lösung zu kommen, und keiner darf sich auf den Standpunkt – den einstweilen die FDP noch vertritt – stellen: Unser Wille muß geschehen, sonst tun wir nicht mehr mit. Herr Scharberg wird heute darüber referieren.

Damit kann ich das Thema „FDP“ verlassen. Ich hoffe, daß die Koalition zusammenbleibt; ich weiß nicht, ob sie zusammenbleiben wird.<sup>29</sup> Aber ich möchte namentlich Ihnen, soweit Sie aus Ländern kommen, wo gewisse Folgen dann eintreten können, wenn hier ein Bruch der Koalition eintritt, folgendes sagen: Es ist bei der sehr ernstesten außenpolitischen Lage nicht zu ertragen, daß der Vorsitzende der zweitgrößten Koalitionspartei draußen im Lande Reden hält, die unsere Verbündeten vor den Kopf stoßen und die die Gefahr in sich bergen, daß man draußen in der Welt, insbesondere in Amerika, sagt, wenn die CDU/CSU ihrer eigenen Leute sicher wäre, dann ließe sie sich das nicht gefallen, sondern sie würde sagen, dann wollen wir lieber einen Schnitt dadurch machen. Das außenpolitische Interesse ist so entscheidend dabei, daß wir unter Umständen vor einem Bruch mit der FDP nicht werden zurückschrecken können und dürfen.

---

27 Am 23. Oktober 1955. – Communiqué sowie weitere Berichte in AdG 1955 S. 5462; vgl. auch Erklärung des französischen Außenministeriums vom 29. Oktober 1955 S. 5432.

28 Vgl. zur Haltung Dehlers und der FDP in der Saarfrage KLINGL S. 199–202.

29 Bruch der Koalition nach dem Austritt von 16 Abgeordneten aus der FDP-Fraktion am 23. Februar 1956 (ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 103–108; KLINGL S. 238–242).

Nun zur außenpolitischen Lage! Meine Damen und Herren! Ich habe eben schon gesagt, daß den Russen nur die Macht imponiert. Ich habe die Meinung, daß die Russen die gute Behandlung, die sie auf der ersten Genfer Konferenz erfahren haben, als ein Zeichen der Schwäche der anderen aufgefaßt haben; nicht etwa der wirklichen Schwäche, sondern einer moralischen Schwäche, die sie daran hindert, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Die Russen haben daraufhin die zweite Genfer Konferenz vor die Hunde gehen lassen, und darauf haben sie diese Geschichte in Asien gemacht<sup>30</sup>, von der man nicht weiß, wohin sie schließlich führen wird. Insbesondere was Indien angeht, so hört man über Nehru<sup>31</sup>, auch von Leuten, die kompetent sein müssen, doch verschiedenartige Urteile. Mich hat sehr stark beeindruckt ein Urteil eines nichtdeutschen Diplomaten, der längere Zeit dort gewesen ist und gesagt hat, Nehru verfolge z.Z. in Indien die einzig mögliche Politik. Er kann unmöglich Indien sich dem Westen anlehnen lassen. Das würden die Inder nicht mitmachen. Aber er verfolgt den Kommunismus in seinem eigenen Lande, und er hat aufgrund von Gesetzen, die im Kriege ergangen sind, Tausende von Kommunisten in indischen Gefängnissen.

Ob das alles so stimmt, kann ich nicht beurteilen, aber Indien, dieses ungeheuer große Land mit seinen zahlreichen Völkern, die zum Teil auf einer schrecklich niedrigen Stufe stehen, ist ein geheimnisvolles Land. Wir müssen natürlich Freundschaft mit ihm pflegen, nicht zuviel und nicht zuwenig. Zuviel ist schlecht; genauso schlecht wie zuwenig. Wir müssen die Entwicklung einmal abwarten.

Was Sowjetrußland angeht, so sollten wir uns immer eins klarmachen: Auch die russischen Bäume wachsen nicht in den Himmel! Die Russen haben mir gesagt, sie könnten sich natürlich alles leisten, aber die Aufrüstung und die Anforderungen, die von den anderen Ländern an sie wegen Unterstützung gestellt würden, hinderten sie doch sehr stark daran, die inneren Aufgaben in Rußland zu erfüllen. Deswegen würden sie es begrüßen, wenn ihre Last erleichtert würde. Die Russen werden aber zunächst nichts tun aus sehr verständlichen Gründen. Dieses Jahr sind die Wahlen in Amerika.<sup>32</sup> Wie sie ausfallen werden, wird höchstwahrscheinlich davon abhängen, ob sich Eisenhower wieder zur Wahl stellt oder nicht. Stellt er sich nicht zur Wahl und wird ein Demokrat gewählt, dann erfolgt eine Auswechslung des ganzen obersten Apparates, und es kommen auch gewisse Änderungen, nicht in der Grundhaltung, wie ich glaube annehmen zu können, aber doch in den Methoden. Und darauf warten die Russen zunächst einmal. Die Russen haben auch gar kein Verlangen, jetzt nach

---

30 Bulganin und Chruschtschow hatten sich vom 20. November bis 18. Dezember 1955 zu Staatsbesuchen in Indien, Burma und Afghanistan aufgehalten (AdG 1955 S. 5483, 5491, 5506, 5516, 5525 sowie Bericht darüber vor dem Obersten Sowjet S. 5538–5541).

31 Dschawaharlal Nehru (1889–1964), 1946–1964 indischer Premierminister.

32 Am 6. November 1956. – Ergebnis: Eisenhower erhielt 58 % der Wahlmänner, Adlai E. Stevenson 42 %; Zusammensetzung des neuen Senats: Demokraten 49, Republikaner 47 Sitze; Wahlen zum Repräsentantenhaus: Demokraten 232, Republikaner 199 Sitze (AdG 1955 S. 6094f.).

den Wahlen in Frankreich<sup>33</sup> wirklich etwas zu leisten. Diese Wahlen in Frankreich eröffnen ihnen alle Möglichkeiten. Und endlich warten sie auf die Bundestagswahl im Jahre 1957 in der Hoffnung, daß dann ein starker Einbruch in der CDU/CSU erfolge und vielleicht die Sozialdemokraten mit der FDP im Sinne des Titoismus vorgehen werden, also mit einer neutralen Haltung.

Deswegen glaube ich nicht, daß vor den Bundestagswahlen irgend etwas geschehen wird, was wirklich von tiefgehender Bedeutung sein könnte. Wir sollten uns auch nicht die Hoffnung machen, daß etwas Derartiges jetzt geschieht. Das ist sehr hart für uns Deutsche wegen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Aber wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen und müssen eine reale Politik treiben. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht zu einem wesentlichen Moment der Wahlpropaganda des Jahres 1957 wird. Ich halte das geradezu für ein moralisches Unrecht gegenüber den Deutschen, die von uns getrennt sind, wenn Parteien in Deutschland, obwohl sie genau wissen, daß z.Z. nichts zu machen ist, immer wieder schreien, schreien und nochmals schreien und somit die Regierung beschuldigen, daß sie schuld ist, indem sie sagen: daß unser Rufen kein Gehör findet, liegt an euch.

Die Wiedervereinigung Deutschlands darf nicht zu einer Propagandaformel werden. Allmählich droht sie es zu werden. Bis sich die außenpolitische Lage geändert hat oder anfängt sich zu ändern – und früher wird nichts erfolgen auf dem Gebiet der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands –, haben wir folgende Aufgaben zu erfüllen: 1. Wir müssen attraktiv bleiben in der Bundesrepublik für unsere Menschen in der Zone. 2. Wir müssen das kirchliche Moment in der Zone unterstützen. Von diesem Gesichtspunkt aus halte ich – das möchte ich doch unseren evangelischen Freunden sagen – Ausführungen, wie sie der Propst Grüber<sup>34</sup> gemacht hat, für verheerend und skandalös. Und endlich muß jeder von uns persönlich durch Päckchen oder sonstwie die Aufrechterhaltung der Bande mit den Menschen in der Zone – in den Ferien oder wann es auch immer sei – pflegen, damit sie den Eindruck bekommen, der Westen hat uns nicht verlassen, sondern er steht auf der Wacht und wird wirklich in dem Augenblick, wo auch nur eine gewisse Aussicht auf Erfolg besteht, handeln.

Meine Damen und Herren! Nun zur Bundestagswahl 1957! Diese Bundestagswahl 1957 wird außenpolitisch und innenpolitisch von der größten und entscheidendsten Bedeutung sein; viel entscheidender, als es die Bundestagswahl des Jahres 1953 sein konnte. Und verhehlen wir es uns nicht, wir müssen diese Bundestagswahl des Jahres

---

33 Am 2. Januar 1956. – Ergebnis: KP 25,6 %, Sozialisten 15 %, Radikalsozialisten 13,6 %, MRP 10,6 %, Unabhängige Republikaner und Bauern 14,1 %, Poujadisten 11,4 %, Gaullisten 4,2 %, Splittergruppen 3,8 % („Die Welt“ vom 5. Januar 1956).

34 D. Heinrich Grüber (1891–1975), evangelischer Pfarrer; 1945 Probst an der Berliner Marienkirche, 1949–1958 Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der DDR (Memoiren: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. 1968). – Grüber äußerte bei einer Veranstaltung der Ost-CDU, die Forderung auf freie Wahlen sei das „dümmste Schlagwort“, das z.Z. gebraucht werde („Die Welt“ vom 10. Januar 1956).

1957 eventuell unter viel schwierigeren Verhältnissen durchkämpfen, als sie im Jahre 1953 bestanden haben. Im Jahre 1953 handelte es sich um zwei wesentliche Dinge, einmal um die EVG – sie ist dahin –, und das zweite war der steigende Wohlstand. Daran haben sich die Leute lange gewöhnt. Sie wollen nun immer mehr haben und sind mit dem, was sie bis jetzt erreicht haben, nicht mehr zufrieden. Deswegen müssen wir uns sehr gut vorbereiten für diesen Wahlkampf, und zwar zunächst in unserer inneren Organisation. Herr Heck wird sich darum besonders bemühen.

Wir müssen zweitens in den knapp eineinhalb Jahren – an sich ist es nur noch ein Drittel Jahr, denn die Entscheidung wird fallen im Juni 1957, ehe die Leute in die Ferien gehen – eine besonders gute Politik treiben. Ich habe eben schon angedeutet die Landwirtschaft, den Mittelstand und die Sozialreform. Das sind die wesentlichsten Dinge, die wir weitertreiben müssen. Dann sollten wir auch in viel stärkerem Maße, als das bisher infolge des Verhaltens der Franzosen möglich war, den Europa-Gedanken lebendig machen. Er lebt doch noch in unserem Volke, und er lebt namentlich in der Jugend.

Wir müssen uns weiter – und damit möchte ich schließen – in sehr starkem Maße zurückbesinnen auf das eigentliche Fundament unserer Partei, auf das christliche Fundament. Wir haben uns nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zusammengefunden in einer natürlichen Reaktion gegen die Gottlosigkeit und die Unfreiheit des Nationalsozialismus. Aber auch das ist schon wieder in Vergessenheit geraten. Es droht uns aber und dem Christentum in der Welt jetzt gegen die innere Freiheit, die religiöse Freiheit, eine viel größere Gefahr, als sie damals der Nationalsozialismus darstellte. Das ist der Kommunismus, der Kommunismus im Sinne des dialektischen Materialismus, wie er insbesondere von Sowjetrußland führend gepredigt und betätigt wird. Die führenden Russen sind nach meiner Überzeugung wirklich davon durchdrungen, daß sie eine Weltmission haben. Sie sind davon durchdrungen, daß es dem Kommunismus gelingen wird, die Welt zu erobern, nicht immer mit der Waffe, sondern auch auf anderem Wege. Wir müssen – und das muß sehr gut vorbereitet sein – unsere Bevölkerung immer wieder darauf hinweisen, welche ungeheure Gefahr unserer Weltanschauung, unserer christlichen Lebensauffassung, und der Freiheit, die wir haben wollen, droht. Wenn wir das gut machen, dann wird es uns doch gelingen, das deutsche Volk aus der geistigen Lethargie, in die es allmählich dadurch hineingekommen ist, daß so viel verdient und gekauft wird, herauszuführen und auf den Plan zu rufen, um dieser Losung zu folgen.

Wenn die nächste Wahl verlorengehen und die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann werden nach meiner festen Überzeugung der wirtschaftliche Wohlstand und die außenpolitischen Errungenschaften, die wir haben, in kürzester Zeit verspielt werden. Dann wird das Wort von finis Germaniae Wahrheit, weil wir dann in kurzer Zeit ein sowjetrussischer Satellitenstaat irgendeiner Art werden würden.<sup>35</sup> Sehen Sie, meine Freunde, wie es in der Welt aussieht. Sehen Sie, wie es

<sup>35</sup> Dazu KONRAD REGEN: *Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957?* In: BLUMENWITZ u. a. S. 294–315.

in Frankreich und in Italien aussieht! Denken Sie daran, daß wir Deutsche – und unter den Deutschen unsere Partei – doch der Damm sind, der das westliche Europa und somit auch die übrigen Teile des nördlichen Europas allein noch schützen kann vor der kommunistischen Flut. Wenn wir uns das bei unserer ganzen Arbeit, insbesondere bei der Wahlarbeit, vor Augen halten, dann glaube ich, können wir davon überzeugt sein, daß das deutsche Volk auch im Jahre 1957 wieder unserer Führung folgen wird. (*Lebhafter Beifall.*)

*Kaiser:* Wie sollen wir nun verfahren?

*Adenauer:* Vielleicht vermißt der eine oder andere von Ihnen noch dieses oder jenes, was ich nicht berührt habe. Deswegen wäre es vielleicht richtig, wenn Sie jetzt Fragen stellten.

*Kaiser:* Ich glaube, daß es unsere Freunde interessiert hätte, etwas über die Persönlichkeit des Mannes zu erfahren, der von Moskau nach hier gekommen ist, über Sorin<sup>36</sup>.

Über die Saarfrage, Herr Bundeskanzler, brauchen wir nicht zu sprechen. Ich stehe unter dem Eindruck einer Ausschußsitzung des Bundestages, die wir gestern hatten<sup>37</sup>, unter dem Vorsitz von Mommer, dem Experten von der SPD. Es waren von Brentano und Hallstein dabei. Ich kann nur sagen, die gestrige Besprechung hat mich mit einer Zuversicht erfüllt, daß die Sache gut und ganz in Ihrem Sinne ihren Verlauf nehmen wird. Ich habe gehört, daß die umstrittene Persönlichkeit, Dr. Ney, heute hier in Bonn sein wird, der ein Gespräch mit Herrn von Brentano führen wird.<sup>38</sup> Wir dürfen also diese Frage ausscheiden.

Ich habe noch einen Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß Sie, der Bundeskanzler und Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, alsbald einen Besuch an der Saar machen. Das Volk an der Saar wartet darauf. Das wird sich in absehbarer Zeit verwirklichen lassen. Es ist zwar noch vieles zu klären, aber es wird klappen.

Ich würde auch darum bitten, daß wir die Frage der Gewerkschaften, soweit eine Gründung erfolgt ist, ausscheiden. Man müßte zuviel dazu sagen. Auch hier wird sich im Laufe der nächsten Wochen das eine oder andere klären.

*Adenauer:* Zur Saar noch folgendes: Der Schlüssel zur Lösung der Saarfrage liegt ja jetzt in Frankreich. Er liegt nicht etwa bei uns im Bundestag. Daß unsere Partei sich hier verständigt benimmt, ist gut, aber der Schlüssel liegt in Frankreich. Und was in Frankreich wird nach dieser Wahl, das weiß der liebe Gott.

---

36 Valerian Aleksandrowitsch Sorin (1902–1986), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1945–1947 Botschafter in Prag, 1947–1955 stv. Außenminister, 1955–1956 Botschafter in Bonn, 1965–1971 in Paris. – Vgl. Nr. 10 Anm. 47.

37 Unterausschuß „Saar“ des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (vgl. DATENHAND-  
BUCH 1949–1982 S. 572).

38 Dr. Hubert Ney, am 10. Januar zum Ministerpräsidenten gewählt, wurde begleitet von Finanzminister Professor Dr. Adolf Blind und Gotthard Lorscheider (UiD vom 18. Januar 1956; biographische Angaben in SCHMIDT 3 S. 375).

Gestern abend war bei mir ein Vertreter vom New Yorker „Herald“<sup>39</sup> und fragte mich, was denken Sie, was jetzt in Frankreich werden wird? Ich konnte ihm nur sagen: Sind Sie schon einmal bei einer Kartenlegerin gewesen? Wenn nicht, dann gehen Sie einmal dorthin.

*Hellwig:* Das gute Klima der gestrigen Sitzung des Saarausschusses ist jetzt schon wesentlich gestört. Ich bin eben angerufen worden, daß Herr Mommer Druck bekommen hätte von der Saar, keinesfalls alle nichtkommunistischen Parteien zu laden, sondern nur die drei im Heimatbund zusammengeschlossenen Parteien; also gerade das, was wir gestern einstimmig als Zeichen einer verhängnisvollen Haltung bezeichnet haben, wird hier wieder rückgängig gemacht. Ich muß mir zunächst einmal das Protokoll der Sitzung ansehen, um das klarzustellen.

Von der Saar wird Druck ausgeübt, unter allen Umständen die CVP von uns fernzuhalten, während wir gestern übereinstimmend die Meinung vertreten haben, daß wir alle nichtkommunistischen Parteien hören müssen, auch wenn sie eine abweichende Meinung von uns vertreten, damit sich die CVP Saar nicht durch ein derartiges Verhalten unsererseits zu einer Irredenta entwickelt, worauf von französischer Seite nur gewartet wird.

*Gerstenmaier:* Dieser Unterausschuß hat mir einen Brief geschrieben mit dem Ansuchen, diese Leute laden zu dürfen. Er hat sie einzeln aufgeführt. Ich habe die Genehmigung erteilt aufgrund dieses Schreibens und im Blick darauf, daß diese Leute, die aufgeführt worden sind, tatsächlich geladen werden. Dazu gehört Herr Hoffmann.

Ich erkläre hiermit – und Sie können das Ihrem Ausschuß sagen –, wenn es dabei nicht bleibt, ist dieses Gesuch von Mommer hinfällig, und eine Genehmigung werde ich nicht erteilen. Die Genehmigung bleibt bestehen, wenn es so bleibt, wie es im Brief geschrieben steht. Wenn es anders gemacht wird, ist die Genehmigung hinfällig.

*Adenauer:* Sollen wir die Frage Saar aussetzen? Wir bekommen noch viel zu hören über die Saar im Laufe der Zeit.

*Kaiser:* Ich wollte Herrn Hellwig sagen, daß wir bei dem Beschluß von gestern bleiben. Von sozialdemokratischer Seite wurde etwas geäußert, aber darum brauchen wir uns nicht zu kümmern. Einer meiner Mitarbeiter fährt heute an die Saar, um den Boden zu bereiten für das, was wir gestern beschlossen haben. Das wird in Ordnung kommen. Herr von Brentano wird in diesem Zusammenhang mit dem etwas schwierigen Dr. Ney sprechen.

*Albers:* Herr Bundeskanzler, Sie sprachen davon, die Fragen Mittelstand, Landwirtschaft und Sozialreform wenigstens in den Grundsätzen bis zur nächsten Wahl zu klären. Ich bin anderer Meinung. In einem Punkt müssen wir bis zur nächsten Wahl uns entscheiden, nämlich in der Frage der Sozialreform. (*Adenauer:* Das habe ich auch gesagt!) Dann bin ich damit einverstanden. Auch in der Frage der Rentenversicherung müssen wir Ordnung schaffen. Zu der Frage der Gewerkschaften

---

39 Luke Paul Carroll (1915–1982), 1940–1960 bei „New York Herald Tribune“, zuletzt stv. Herausgeber (TERMINKALENDER).

sage ich ganz offen, mir wäre es lieber gewesen, wir wären einig geblieben innerhalb des christlichen Arbeiterlagers. Ich fürchte eines im Gegensatz zu Ihrer Auffassung. (*Adenauer*: Welches war denn meine Auffassung?) Ihre Auffassung war, daß Sie meinten, durch die Gründung der Christlichen Gewerkschaften werde jetzt der DGB zu einer anderen Einsicht, so habe ich es verstanden, gegenüber den Wünschen der christlichen Arbeiterschaft gebracht. Wenn es anders sein sollte, nehme ich die Korrektur an.

Ich bedaure es außerordentlich, daß wir uns in dem Lager der Arbeiterschaft – und es ist ein großer Teil der Belegschaften – in dieser Frage nicht einig bleiben konnten. Ich weiß, so ging es an sich nicht weiter, und wir hätten uns in diesem Jahre über diese Frage entscheiden müssen, aber nicht so voreilig und nicht in der Form, wie das geschehen ist. Und noch eins! Was ich jetzt in dieser sogenannten christlichen Gewerkschaftszeitung an Verächtlichmachung über Kaiser, Albers und andere Freunde gelesen habe, Herr Bundeskanzler, das habe ich – ich stehe seit 1919 mit Ihnen in Köln in der Politik – selbst in der „Rheinischen Zeitung“ nicht gefunden.

*Adenauer*: Ich habe ausdrücklich gesagt, wir wollen uns neutral verhalten in der ganzen Sache. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, Herr Albers, daß doch manche unserer christlichen Freunde, die im DGB zusammengefaßt sind, die Gelegenheit nützen sollten in ihrem Sinne. Und mehr brauchen wir heute nicht zu sagen. Wir wollen damit das Thema verlassen.

Werden sonst noch Fragen gestellt? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort zum Punkt 2 unserer Tagesordnung Herrn Dr. Heck.

#### BERICHT ÜBER DEN STAND DER VORARBEITEN ZUR SOZIALREFORM

*Albers*: Ich würde vorschlagen, daß wenigstens bei dem Referat von Herrn Heck Herr Arbeitsminister Storch dabei ist. Er müßte herangeholt werden. In den letzten Tagen ist ein großes Kesseltreiben gegen diesen Mann erfolgt im „Spiegel“<sup>40</sup> und anderen Schriften.

*Adenauer*: Wir haben doch den Arbeitsminister eingeladen. Er hat gesagt, ich habe eine Sitzung. Dann hat er darum gebeten, wir möchten bis 12 Uhr damit warten. Wir haben jetzt 10 Minuten nach 12. Ich möchte wirklich gern, daß diese Sache, solange wir noch frisch sind, d.h. vor Tisch, wenigstens angefangen wird. Wenn also die Versammlung damit einverstanden ist, gebe ich das Wort Herrn Dr. Heck.

*Heck*: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung des Parteitages wurde vor einem halben Jahr auf Initiative von Robert Tillmanns – für den ich heute leider hier sprechen muß – ein Arbeitskreis gebildet, dem die Aufgabe gestellt war, Vorschläge zur Sozialreform für den Parteivorstand auszuarbeiten.<sup>41</sup> An diesem Arbeitskreis wurden beteiligt:

---

40 Vgl. Titelgeschichte im „Spiegel“ Nr. 1 vom 4. Januar 1956 S. 12–20.

41 Zum Folgenden HOCKERTS S. 320–336.

1. der Sozialpolitische Ausschuß der Bundespartei, stellvertreten durch Herrn Direktor Lünendonk<sup>42</sup>,
2. die Sozialausschüsse, vertreten durch Herrn Rohbeck<sup>43</sup>,
3. Parteifreunde, die dem Wissenschaftlichen Beirat beim Arbeitsministerium angehören,
4. von den Professoren, die im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers die Rothenfelser Denkschrift verfaßt haben, Professor Dr. Neundörfer,
5. die Bundesgeschäftsstelle.

Diese Zusammenstellung hat sich als sehr nützlich erwiesen, da von vornherein die notwendige Koordinierung sichergestellt ist. Die Ergebnisse dieser Arbeiten, die ich anschließend vortragen werde, wurden außerdem noch besprochen mit den Herren Arndgen, Horn, Sabel und Schneider<sup>44</sup> von der Fraktion. Herr Albers konnte an diesen Besprechungen nicht teilnehmen, weil er krank war. Es hat sich gezeigt, daß diese Herren die Vorstellungen, die von uns erarbeitet wurden, grundsätzlich billigen. Eine weitere mehrstündige Aussprache hat mit Ministerialdirektor Jantz<sup>45</sup> stattgefunden. Dabei hat sich ergeben, daß im Arbeitsministerium in den meisten grundsätzlichen Fragen gleiche bzw. ähnliche Vorstellungen bestehen. Schon in der ersten Sitzung des Arbeitskreises wurde völlige Übereinstimmung darüber erzielt, daß für die Beratungen des Arbeitskreises die Grundlagen und Grundsätze, wie sie im ersten und zweiten Abschnitt der Rothenfelser Denkschrift zusammengefaßt sind, zugrunde gelegt werden sollen. Es dürfte zweckmäßig sein, diese Grundlagen und Grundsätze, kurz zusammengefaßt, hier zu wiederholen. Zur Wahl und zur Struktur der Lebensverhältnisse:

1. Es steht fest, daß die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten bei nur geringfügig steigender Tendenz ihren Bestand halten wird.
2. Der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung hat sich in den letzten 80 Jahren erheblich verschoben. Heute erreichen vier- bis fünfmal soviel Menschen ein hohes Alter wie vor 80 Jahren. Dagegen ist in diesem Zeitraum die Geburtenziffer erheblich zurückgegangen. Vor 80 Jahren kamen auf 1.000 Einwohner jährlich 35 Kinder, die bei einer mittleren Lebenserwartung von 35 Jahren, wie sie damals üblich war, zusammen etwa 1.200 Lebensjahre erreichten.

1950 wurden auf 1.000 Einwohner nur noch 17 Kinder geboren, die aber bei einer Lebenserwartung von 65 Jahren zusammen doch etwa 1.100 Lebensjahre erreichen werden, d.h., die sinkende Geburtenziffer wird ungefähr durch die höhere

---

42 Heinrich Lünendonk (geb. 1906), Mitgründer der CDU Hessen, 1946–1971 Landesversicherungsanstalt Hessen (1950–1964 Vizepräsident, 1964–1971 Direktor des Vorstands), 1948–1966 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik.

43 In der Vorlage: Lobeck. – Arthur Rohbeck (1897–1974), Versicherungsangestellter.

44 Georg Schneider (1892–1977), 1953–1961, 1962–1965 MdB (CDU). – Vgl. PROTOKOLLE I S. 640 Anm. 117.

45 In der Vorlage: Jansen. – Dr. Kurt Jantz (1908–1984), 1953–1973 Bundesarbeitsministerium (1955 Leiter der Abt. Sozialversicherung und Generalsekretär für die Sozialreform).

Lebenserwartung ausgeglichen. Dagegen verschiebt sich der Altersaufbau der Bevölkerung zusehends. Unter 20 Jahren waren bei der deutschen Bevölkerung 1900 46 %, 1925 36 % und 1950 31 %. Nach den statistischen Vorausberechnungen werden es 1975 nur noch 28 % sein.

Menschen von 20 bis 60 Jahren:

1900	47 %
1925	55 %
1950	55 %
1975	52 %

Menschen über 60 Jahre:

1900	7 %
1925	9 %
1950	14 %

Voraussichtlich werden die über Sechzigjährigen 1975 20 % der Bevölkerung ausmachen.

Einigermaßen konstant bleibt nur die Mittelgruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen, durch deren Arbeit im großen und ganzen das ganze Volk ernährt und versorgt werden muß. 1950 gehörten zu dieser Gruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen, die voll leistungsfähig sind, insgesamt 26,4 Millionen der deutschen Bevölkerung, darunter 11,9 Millionen Männer und 14,5 Millionen Frauen. Davon waren Erwerbspersonen 11,2 Millionen Männer und 6 Millionen Frauen. Hausfrauen ohne Beruf waren 6,7 Millionen. In abhängiger Stellung arbeiteten 12,4 Millionen, davon 8,8 Millionen Männer und 3,5 Millionen Frauen.

Selbständig tätig waren 2 Millionen Männer und 0,4 Millionen Frauen. Mitarbeitende Familienangehörige waren 0,4 Millionen Männer und 2 Millionen Frauen, Hausfrauen ohne Beruf, wie schon gesagt, 6,7 Millionen, insgesamt also 11,6 Millionen, die selbständig tätig waren oder als Mitarbeitende einer Familie angehörten oder als Hausfrauen ohne Beruf.

Diese Aufschlüsselung ist deshalb wichtig, weil aus ihr hervorgeht, daß neben den 12,4 Millionen Männern und Frauen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte in abhängiger Stellung tätig sind, die 11,6 Millionen, die als Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder Hausfrauen arbeiten, volkswirtschaftlich nicht geringe Bedeutung haben. Beide Gruppen zusammen, also etwa 24 Millionen, müssen die 49 Millionen Einwohner der Bundesrepublik versorgen. Es ist deswegen eine wichtige Aufgabe, für die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit dieser 24 Millionen zu sorgen. Die sehr starken Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen Proletariat und Bürgertum und zwischen Arbeitern und Angestellten haben sich weitgehend auf eine mittlere Ebene nivelliert. Dagegen sind folgende Tatsachen bei einer Analyse der Verhältnisse von heute wichtig:

50 % der westdeutschen Bevölkerung wohnen in kleinen Gemeinden unter 10.000 Einwohnern,

29 % in Großstädten über 100.000 Einwohnern,  
21 % in Mittelstädten.

In kleinen Gemeinden, d.h. für 40 % der westdeutschen Bevölkerung, ist das Kleinhaus mit ein bis zwei Wohnungen die normale Wohnform. Der größere Teil davon ist Eigentum der Bewohner. 700.000 Arbeiter und 1,1 Millionen Sozialrentner und Pensionäre besitzen ein eigenes Haus, also auch Rente aus nutzbarem Vermögen. 25 % der westdeutschen Bevölkerung wohnen im Vielparteien-Miethaus.

#### Kontakt zum Boden

Von 14,6 Millionen Haushaltungen in der Bundesrepublik bewirtschaften 4,3 Millionen einen Garten oder sonstiges Land. Dazu kommen noch zwei Millionen landwirtschaftliche Betriebe; also fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung hat Kontakt zum Boden.

#### Zusammenleben Verwandter unter einem Dach

Bei allen Wohnformen machen die einschichtigen Vollfamilien, d.h. Haushalte, die aus Ehegatten oder Ehegatten und Kindern bestehen, nur die Hälfte aller Haushalte aus. In dicht besiedelten älteren Großstadtquartieren aber gibt es

5 % Haushalte, in denen auch die Großeltern leben,

29 % Haushalte, die nur aus einer Person bestehen.

In kleinbäuerlichen Dörfern oder in Dörfern, in denen auch Arbeiter leben, gibt es 41 % Haushalte, in denen die Großeltern mit unter einem Dach wohnen, und nur 6 % Alleinstehende.

Das gleiche Ergebnis findet sich in reinen Arbeitersiedlungen im Weichbild von Großstädten:

33 % Haushalte, in denen die Großeltern mitleben,

8 % Alleinstehende.

Daraus ergibt sich, daß für mindestens die Hälfte aller Empfänger von Altersrente die Rente nicht die einzige Unterhaltsbeihilfe ist.

#### Struktur der Haushalte

Von 15,3 Millionen Haushalten sind nur 2,8 Millionen Einzelhaushalte. 60 % aller Haushalte sind Haushalte ohne Kinder unter 15 Jahren, d.h. reine Erwachsenenhaushalte. Insgesamt leben 94 % der westdeutschen Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten. Von diesen 94 % Mehrpersonenhaushalten haben

53,3 % nur ein Geldeinkommen,

31,1 % zwei Geldeinkommen,

10,4 % drei Geldeinkommen,

3,0 % vier Geldeinkommen,

1,3 % fünf und mehr Geldeinkommen,

d.h., 45,8 % der Mehrpersonenhaushalte haben ein Haushaltseinkommen, das sich aus

mehreren Geldeinkünften zusammensetzt. Von den 21,6 Millionen Erwerbspersonen sind

9,7 Millionen Haushaltsvorstände	= 44,9 %
1,5 Millionen leben in Einzelhaushalten	= 7,0 %
10,4 Millionen	= 48,1 %

leben als Haushaltsmitglieder und decken ihre Grundbedürfnisse in Gemeinschaft mit Verwandten.

Ich glaube, daß diese Tatbestände – vorweg ins Gedächtnis zurückgerufen – wichtig sind, um die realen Verbrauchseinkommen richtig beurteilen zu können. Ich darf noch eine kurze Bemerkung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seit Beginn der sozialen Gesetzgebung durch Bismarck machen. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet haben sich seit Beginn der Industrialisierung und mit der Sozialgesetzgebung bedeutsame Wandlungen vollzogen. Die Kapitalkumulation der Wirtschaft ist der wirksame Motor des wirtschaftlichen Fortschrittes geworden und hat es ermöglicht, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer fortlaufend gewachsen ist. Seit in der Entwicklung des industriellen Zeitalters die Kapitalbildung das Wachstum der Bevölkerung nachhaltig zu übertreffen begann, wirkten die Verteilungsgesetze der freien Marktwirtschaft eindeutig dahin, den Faktor Arbeit gegenüber dem Faktor Kapital zu begünstigen. Seither haben die Arbeitseinkommen stark steigende, die Besitzeinkommen aber langsam sinkende Tendenz. Das Ergebnis davon ist, daß heute bereits der Arbeiter im Regelfall nicht hilfsbedürftig ist. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß das Arbeitseinkommen des heutigen Arbeitnehmers kein fundiertes Einkommen ist, d.h., es fließt, solange er arbeitet, also etwa zwischen dem 20. und dem 65. Lebensjahr, hört in der Krankheit und in der Invalidität fast auf, es fließt und ruht ebenso während der Zeit der Arbeitslosigkeit.

Das heute zu lösende Problem ist vornehmlich folgendes: dem Arbeitseinkommen jene Stetigkeit zu geben, aus der sich das Gefühl der Sicherheit nährt. Dabei ist ein Zweites zu beachten: Das Arbeitsverhältnis muß in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung individuell eingegangen sein; die wirtschaftliche Einheit aber in einem Volk, das Bestand haben soll, ist nicht der einzelne, sondern die Familie. Relativ gut steht sich heute der ledige, vollkräftige Arbeiter. Relativ schlecht geht es den Alten und den Familien mit unmündigen Kindern bei niedrigem Einkommen. Die Probleme, vor denen die Sozialreform heute steht, sind also, kurz zusammengefaßt, folgende:

1. Wie ermöglichen wir den Alten einen Lebensabend, in dem der erarbeitete Lebensstandard einigermaßen erhalten bleibt?
2. Wie sichern wir den Lebensunterhalt derer, die unverschuldet, durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit, aus dem Arbeitsleben ausscheiden?
3. Wie verhindern wir, daß bei Familien mit mehreren Kindern der normale Lebensstandard und damit der Wille zum Kind ernsthaft gefährdet wird?
4. Wie erhalten wir die Gesundheit und damit die Arbeitskraft unseres Volkes?

5. Wie stärken wir den Willen zum Eigentum, und wie ermöglichen wir den breiten Schichten unseres Volkes die Bildung von Eigenheimen?

Die Prinzipien, die der Lösung dieser Probleme zugrunde gelegt werden sollen, sind die Solidarität als wechselseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit, wie sie der Natur des Menschen entsprechen, und die Subsidiarität als Prinzip der Ordnung in den Verhältnissen der einzelnen Solidaritätsgemeinschaften zueinander. Darüber weitere Ausführungen zu machen, erübrigt sich, da Inhalt und Bedeutung dieser Prinzipien hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Bisher wurden vom Arbeitskreis für die Sozialreform folgende Probleme behandelt:

1. Die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität,
2. die Sicherung für den Fall der Krankheit,
3. Sicherung der Gesundheit und der Arbeitskraft.

Die Beratungen konnten bei folgenden Problemen noch nicht mit einem Ergebnis abgeschlossen werden:

1. Hilfe für die Familie,
2. Eigentumsbildung,
3. Ausbau der Fürsorge.

Die Arbeiten auf diesen drei Gebieten werden aber noch rechtzeitig vor dem Parteitag zum Abschluß kommen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß das wichtigste der zu lösenden Probleme die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität ist und daß diese Aufgabe noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch geregelt werden soll. Dabei ergeben sich drei Problemkreise mit je verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die ich kurz vortragen werde und deren Lösung von seiten der Partei zu treffen ist, ehe die konkreten Arbeiten an der Gesetzgebung begonnen werden.

Erster Problemkreis: Trennung von Alter und Invalidität. Es ist zu entscheiden, ob die Risiken von Alter und Invalidität in Zukunft, wenn auch nicht organisatorisch, so doch materiell und finanziell getrennt werden sollen. Das Alter ist ein normales Lebensrisiko, während die Invalidität ein anomales Lebensschicksal darstellt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß Staatszuschüsse zur Sicherung des Alters infolge des Strukturwandels der Gesellschaft seit Bismarck ihre innere Berechtigung verloren haben. Da die Frühinvalidität nach wie vor ein von dem einzelnen nicht vorherzusehendes Arbeitsschicksal darstellt, wurden hier Staatszuschüsse als berechtigt angesehen. Zu entscheiden ist also, ob hier entsprechend der bisherigen Regelung die klare materielle und finanzielle Trennung zwischen der Behandlung des Alters und der Invalidität erfolgen soll, wie sie der Arbeitskreis empfiehlt.

Der zweite Problemkreis: Der zu erfassende Personenkreis. Hier ergibt sich die Frage, ob alle Staatsbürger oder alle Erwerbstätigen oder nur alle Arbeitnehmer von der Sozialversicherungspflicht für das Alter und die Invalidität erfaßt werden sollen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle. Für Angestellte und Arbeiter mit hohem

Arbeitseinkommen soll die Versicherungspflicht bestehenbleiben, das versicherungspflichtige Einkommen aber begrenzt werden. Es wird auch die Möglichkeit erwogen, Arbeitnehmer mit sehr hohem Einkommen nicht versicherungspflichtig zu machen bzw. sie aus der Versicherungspflicht zu entlassen. Der Arbeitskreis war weiterhin der Auffassung, daß es unter den Selbständigen ebenfalls sicherungsbedürftige Berufsgruppen gibt und daß für die sicherungsbedürftigen Selbständigen – dabei ist gedacht an Kleingewerbetreibende, kleine Landwirte und einige freie Berufe – eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden soll. Aber auch hier wurde daran gedacht, Selbständige mit kleinem Einkommen in die Versicherungspflicht mit einzubeziehen, soweit sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie auf freiwilliger Basis eine entsprechende Selbstvorsorge getroffen haben.

Als weitere Frage ergibt sich, ob eine freiwillige Versicherung in der Sozialversicherung ermöglicht werden soll. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die freiwillige Versicherung nur als freiwillige Weiterversicherung im Anschluß an eine Pflichtversicherung möglich gemacht werden sollte.

Der nächste Problemkreis ergab sich aus den Fragen nach Art und Umfang der Sicherung für das Alter und die Invalidität in der sozialen Rentenversicherung. Zunächst zur Alterssicherung! Bisher ist die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei dieser Altersgrenze bleiben müsse. Offen bleibt die Frage, ob eine Sonderregelung für Frauen notwendig sei oder nicht.

Zur Rentenformel für die Altersrente! Folgende Formeln standen zur Debatte:

1. Die Einheitsrente, d.h. eine Rente, bei der alle Versicherten eine gleich hohe Rente zur Deckung eines Mindestbedarfes erhalten;
2. die Leistungsrente, d.h., alle Versicherten erhalten eine Rente, die der individuellen Lebensarbeitsleistung entspricht und in einem festen Verhältnis zwischen erzieltm Arbeitsverdienst und den geleisteten Beiträgen steht;
3. Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Arbeitskreis hat sich gegen die Einheitsrente und gegen die Leistungsrente ausgesprochen. Er empfiehlt die Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei stehen wiederum drei Möglichkeiten zur Wahl:

1. Soll die Rente wie bisher in Anpassung an die politische Lage von Fall zu Fall erhöht werden?
2. Oder soll die Rente automatisch den Lebenshaltungskosten angepaßt werden?
3. Oder soll die Rente der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden?

Der Arbeitskreis empfiehlt die Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter, und zwar nicht nur für die Festsetzung der Renten, sondern auch während der Laufzeit der Renten.

Dann zum Komplex Invalidität! Hier empfiehlt der Arbeitskreis, alle Maßnahmen, die der Prävention und der Rehabilitierung dienen und die bisher schon in beachtlichem Umfang von den Landesversicherungsanstalten durchgeführt wurden, grundsätzlich vor Gewährung einer Rente in Anwendung zu bringen, um Gesundheit

5. Wie stärken wir den Willen zum Eigentum, und wie ermöglichen wir den breiten Schichten unseres Volkes die Bildung von Eigenheimen?

Die Prinzipien, die der Lösung dieser Probleme zugrunde gelegt werden sollen, sind die Solidarität als wechselseitige Verbundenheit und Verantwortlichkeit, wie sie der Natur des Menschen entsprechen, und die Subsidiarität als Prinzip der Ordnung in den Verhältnissen der einzelnen Solidaritätsgemeinschaften zueinander. Darüber weitere Ausführungen zu machen, erübrigt sich, da Inhalt und Bedeutung dieser Prinzipien hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Bisher wurden vom Arbeitskreis für die Sozialreform folgende Probleme behandelt:

1. Die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität,
2. die Sicherung für den Fall der Krankheit,
3. Sicherung der Gesundheit und der Arbeitskraft.

Die Beratungen konnten bei folgenden Problemen noch nicht mit einem Ergebnis abgeschlossen werden:

1. Hilfe für die Familie,
2. Eigentumsbildung,
3. Ausbau der Fürsorge.

Die Arbeiten auf diesen drei Gebieten werden aber noch rechtzeitig vor dem Parteitag zum Abschluß kommen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß das wichtigste der zu lösenden Probleme die Sicherung für das Alter und für den Fall der Invalidität ist und daß diese Aufgabe noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch geregelt werden soll. Dabei ergeben sich drei Problemkreise mit je verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die ich kurz vortragen werde und deren Lösung von seiten der Partei zu treffen ist, ehe die konkreten Arbeiten an der Gesetzgebung begonnen werden.

Erster Problemkreis: Trennung von Alter und Invalidität. Es ist zu entscheiden, ob die Risiken von Alter und Invalidität in Zukunft, wenn auch nicht organisatorisch, so doch materiell und finanziell getrennt werden sollen. Das Alter ist ein normales Lebensrisiko, während die Invalidität ein anomales Lebensschicksal darstellt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß Staatszuschüsse zur Sicherung des Alters infolge des Strukturwandels der Gesellschaft seit Bismarck ihre innere Berechtigung verloren haben. Da die Frühinvalidität nach wie vor ein von dem einzelnen nicht vorherzusehendes Arbeitsschicksal darstellt, wurden hier Staatszuschüsse als berechtigt angesehen. Zu entscheiden ist also, ob hier entsprechend der bisherigen Regelung die klare materielle und finanzielle Trennung zwischen der Behandlung des Alters und der Invalidität erfolgen soll, wie sie der Arbeitskreis empfiehlt.

Der zweite Problemkreis: Der zu erfassende Personenkreis. Hier ergibt sich die Frage, ob alle Staatsbürger oder alle Erwerbstätigen oder nur alle Arbeitnehmer von der Sozialversicherungspflicht für das Alter und die Invalidität erfaßt werden sollen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle. Für Angestellte und Arbeiter mit hohem

Arbeitseinkommen soll die Versicherungspflicht bestehenbleiben, das versicherungspflichtige Einkommen aber begrenzt werden. Es wird auch die Möglichkeit erwogen, Arbeitnehmer mit sehr hohem Einkommen nicht versicherungspflichtig zu machen bzw. sie aus der Versicherungspflicht zu entlassen. Der Arbeitskreis war weiterhin der Auffassung, daß es unter den Selbständigen ebenfalls sicherungsbedürftige Berufsgruppen gibt und daß für die sicherungsbedürftigen Selbständigen – dabei ist gedacht an Kleingewerbetreibende, kleine Landwirte und einige freie Berufe – eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden soll. Aber auch hier wurde daran gedacht, Selbständige mit kleinem Einkommen in die Versicherungspflicht mit einzubeziehen, soweit sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie auf freiwilliger Basis eine entsprechende Selbstvorsorge getroffen haben.

Als weitere Frage ergibt sich, ob eine freiwillige Versicherung in der Sozialversicherung ermöglicht werden soll. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die freiwillige Versicherung nur als freiwillige Weiterversicherung im Anschluß an eine Pflichtversicherung möglich gemacht werden sollte.

Der nächste Problemkreis ergab sich aus den Fragen nach Art und Umfang der Sicherung für das Alter und die Invalidität in der sozialen Rentenversicherung. Zunächst zur Alterssicherung! Bisher ist die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei dieser Altersgrenze bleiben müsse. Offen bleibt die Frage, ob eine Sonderregelung für Frauen notwendig sei oder nicht.

Zur Rentenformel für die Altersrente! Folgende Formeln standen zur Debatte:

1. Die Einheitsrente, d.h. eine Rente, bei der alle Versicherten eine gleich hohe Rente zur Deckung eines Mindestbedarfes erhalten;
2. die Leistungsrente, d.h., alle Versicherten erhalten eine Rente, die der individuellen Lebensarbeitsleistung entspricht und in einem festen Verhältnis zwischen erzieltm Arbeitsverdienst und den geleisteten Beiträgen steht;
3. Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Arbeitskreis hat sich gegen die Einheitsrente und gegen die Leistungsrente ausgesprochen. Er empfiehlt die Anpassung der Rente an die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei stehen wiederum drei Möglichkeiten zur Wahl:

1. Soll die Rente wie bisher in Anpassung an die politische Lage von Fall zu Fall erhöht werden?
2. Oder soll die Rente automatisch den Lebenshaltungskosten angepaßt werden?
3. Oder soll die Rente der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden?

Der Arbeitskreis empfiehlt die Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter, und zwar nicht nur für die Festsetzung der Renten, sondern auch während der Laufzeit der Renten.

Dann zum Komplex Invalidität! Hier empfiehlt der Arbeitskreis, alle Maßnahmen, die der Prävention und der Rehabilitation dienen und die bisher schon in beachtlichem Umfang von den Landesversicherungsanstalten durchgeführt wurden, grundsätzlich vor Gewährung einer Rente in Anwendung zu bringen, um Gesundheit

und Arbeitskraft soweit wie möglich wiederherzustellen. Im übrigen wird dieses Kapitel „Rehabilitation“ noch in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden. Nach Abschluß des Rehabilitationsverfahrens ist die Frage, ob sofort eine Dauerrente oder zunächst eine Rente auf Zeit gewährt werden soll. Der Arbeitskreis empfiehlt, die Rente auf Zeit soll erst dann in eine Dauerrente umgewandelt werden, wenn feststeht, daß es sich um eine dauernde, nicht behebbare Invalidität handelt.

Zur Frage der Höhe der Invaliditätsrente! Während der Arbeitskreis für die Altersgrenze die Auffassung vertrat, daß für sie der im Arbeitsleben erworbene Lebensstandard sichergestellt werden soll, kann dieser Anspruch billigerweise an die Invaliditätsrente nicht gestellt werden. Sie muß aber auf alle Fälle eine ausreichende Lebenssicherung des Invaliden ermöglichen. Da der Rentenanspruch bei vorzeitiger Invalidität, der sich aus gezahlten Beiträgen für die Altersrente ergibt, im allgemeinen nicht ausgesprochen wird, um dieses Ziel zu erreichen, sind hier entsprechende Zuschüsse durch den Staat erforderlich. Grundsätzlich gilt für alle Alters- und Invalidenrenten, daß auf sie ein Rechtsanspruch erhoben werden muß. Die entscheidende Forderung für Alters- und Invalidenrente aber ist, daß die laufenden Renten mit Inkrafttreten des Gesetzes den neuen Rentenformeln angepaßt werden müssen. Um eine beschleunigte Abwicklung zu ermöglichen, empfiehlt der Arbeitskreis, die laufenden Renten an die neuen Rentenformeln in pauschaler Form anzupassen.

Zur finanziellen Deckung der Alters- und Invalidensicherung in der sozialen Rentenversicherung gibt es generell drei Möglichkeiten, die im Arbeitskreis diskutiert wurden:

1. das Anwartschaftsdeckungsverfahren,
2. das Jahresumlageverfahren,
3. das Abschnittsdeckungsverfahren.

Der Arbeitskreis hat sich für das Abschnittsdeckungsverfahren entschieden mit dem Ziel, die Rentenbeiträge und -leistungen über einen zu bestimmenden Zeitraum konstant zu halten. Dieses Verfahren hat den Vorzug, daß es im Hinblick auf die kommende Überalterung der Versicherten eine für den dadurch bewirkten Mehraufwand ausreichende Reservebildung ermöglicht. Die Durchführung dieser Vorschläge wird – darüber war sich der Arbeitskreis klar – vor allem durch die Anpassung der laufenden Renten einen beachtlichen Mehraufwand erfordern.

Der Arbeitskreis sieht folgende Möglichkeiten, diesen Mehraufwand zu decken:

1. Rückgriffe auf Teile des beim Rentenversicherungsträger angesammelten Vermögens,
2. Übertragung eines Beitragsprozentsatzes aus der Arbeitslosenversicherung auf die Rentenversicherung,
3. Erhöhung der Beiträge,
4. Beteiligung des Bundes an der Aufbringung der Mittel.

Der Arbeitskreis hielt sich nicht für kompetent, darüber hinaus konkrete Vorschläge zu machen.

Bevor ich zum zweiten und dritten Teil meiner Ausführungen übergehe, darf ich noch einmal mit Nachdruck unterstreichen, daß es die einmütige Auffassung des Arbeitskreises war, diese Vorschläge der Alters- und Invalidensicherung unter allen Umständen noch in dieser Legislaturperiode durchzuführen. Er empfiehlt, sorgsam darauf zu achten, daß die Durchführung dieses Kernstückes der Sozialreform nicht dadurch gefährdet wird, daß über die vorhandenen Mittel anderweitig verfügt wird und der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages nicht durch anderweitige Gesetzesanträge so belastet wird, daß eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes in Frage gestellt wird.

Wenn sich die Neuordnung der Alters- und Invalidenversicherung noch voll auf die Wahl im September 1957 auswirken soll, müßte das Gesetz so rechtzeitig verabschiedet und die verwaltungstechnischen Maßnahmen so vorbereitet werden, daß die neuen Renten spätestens im Monat Juni zur Auszahlung kämen. Der Arbeitskreis empfiehlt weiterhin, sobald die grundsätzlichen Fragen entschieden sind, auf Parteiebene mit den von der Union geführten Länderregierungen Fühlung aufzunehmen, um zu erreichen, daß das Gesetz zur Sicherung des Alters und der Invalidität ohne vermeidbare Verzögerung im Bundesrat behandelt werden kann.

Ich komme nun zu den Vorschlägen: Ausweitung der Sicherung bei Krankheit! Der Arbeitskreis war sich von vornherein darüber einig, daß die bisherige Form der sozialen Krankenversicherung mit Selbstverwaltung der Versicherten und Arbeitgeber beibehalten werden müsse.

Zu dem Personenkreis, der erfaßt werden soll! Auch hier steht theoretisch zur Frage, ob die Krankenversicherungspflicht auf alle Staatsbürger oder auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden solle oder ob man sich, wie bisher, auf alle Arbeitnehmer beschränken müsse. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die Krankenversicherungspflicht wie bisher auf alle Arbeitnehmer beschränkt bleiben solle, die Grenze für die Versicherungspflicht aber etwas erhöht werden müsse, und daß bei der Festsetzung der Versicherungspflichtgrenze die Familie und die Anzahl der Kinder berücksichtigt werden sollten.

Zur Diskussion stand dann, ob die freiwillige Weiterversicherung in der sozialen Krankenversicherung unbegrenzt beibehalten werden könne! Hier war der Arbeitskreis der Auffassung, daß die freiwillige Weiterversicherung so lange möglich sein sollte, als das Einkommen des Versicherten die Versicherungspflichtgrenze nicht um mehr als die Hälfte übersteige. Diese Begrenzung soll jedoch keine Gültigkeit haben für Versicherte, die das 50. oder 55. Lebensjahr erreicht haben und zu diesem Zeitpunkt mehr als zehn Jahre lang in der sozialen Krankenversicherung versichert waren. Auch bei der Krankenversicherung wurde die Auffassung vertreten, daß es unter den Selbständigen im Falle der Krankheit verschiedene bedürftige Berufsgruppen gibt und daß für diese Berufsgruppen eine eigenständige Sicherungseinrichtung geschaffen werden sollte.

Zum Thema Art und Umfang der Leistungen! Die Sozialversicherung hat schon bisher auf medizinischem Gebiete Leistungen zur Verhütung, zur Heilung und zur

Genesung gewährt. Die Teilnehmer des Arbeitskreises glaubten jedoch, es sei notwendig, daß für diese drei Leistungsarten folgende Forderungen noch einmal ausdrücklich betont werden sollten:

1. Zur Verhütung von Krankheiten sollen vorbeugende ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen ermöglicht werden.
2. Zur Heilung Erkrankter müssen alle nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mittel, die der Heilung dienen können, zur Anwendung kommen.
3. Es müssen alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, eine teilweise bzw. vorzeitige Invalidität zu verhindern.

Die wirtschaftliche Sicherung für die Erkrankten und deren Angehörigen war bisher für Arbeiter und Angestellte geregelt. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß für den weitaus größten Teil der Angestellten die Unterscheidung nicht mehr gilt, die früher einmal zu dieser unterschiedlichen Regelung geführt hat. Er hält es deswegen für notwendig, daß auch für Arbeitnehmer, die im Lohnverhältnis stehen, die Lohnfortzahlung bis zur sechsten Woche angestrebt werden muß. Diese Lohnfortzahlung soll wie bei Angestellten durch die Arbeitgeber erfolgen. Um hier eine untragbare Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu verhindern, soll ein Ausgleich über Berufsgenossenschaften angestrebt werden. Inwieweit die Entlastung, die die Kranken durch eine solche Regelung erfahren, und die Mehrbelastung, die sich für Arbeitgeber ergibt, dadurch ausgeglichen werden können, daß der Arbeitgeberbeitrag zur sozialen Krankenversicherung herabgesetzt wird, hängt davon ab, in welchem Umfange die Kranken an der Aufbringung der Kosten für Rehabilitationsverfahren beteiligt werden.

Ein Fragenkreis, mit dem sich die Mitglieder sehr lange beschäftigen, war der: Welche Möglichkeiten gibt es, den Mißbrauch der sozialen Krankenversicherung einzuschränken? Nach dieser Diskussion blieb das Ergebnis übrig, daß eine Kostenbeteiligung der Versicherten wohl der einzige wirksame Weg sei, hier Einhalt zu gebieten. Der Arbeitskreis war sich auch darüber klar, daß in der Lohnfortzahlung bis zur sechsten Woche eine große Versuchung zum Krankfeiern liegt. Er hält diese Regelung deswegen nur dann für möglich, wenn durch einen vertrauensärztlichen Dienst dafür gesorgt wird, daß das unberechtigte Krankfeiern unmöglich gemacht wird. Zur Aufbringung der Kosten war der Arbeitskreis der Meinung, daß die Kosten für die soziale Krankenversicherung wie bisher durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt werden müssen.

Der dritte Teil, der bisher abschließend behandelt wurde, war das Kapitel „Rehabilitation“. An der Rehabilitation sind von der Aufgabe her beteiligt: 1. die Krankenversicherung, 2. der kassenärztliche Dienst, 3. die Arbeitsverwaltung, 4. die Berufsverbände, 5. die Invalidenversicherung, 6. die Fürsorge. Der Arbeitskreis hielt es nicht für zweckmäßig, für die Rehabilitation eine eigene Institution zu schaffen. Er glaubte, daß es zweckmäßig sei, die beteiligten Institutionen entsprechend der Aufgabe zu koordinieren, wobei die Federführung jeweils bei der Institution zu belassen ist, die

von der Aufgabe her in den einzelnen Stadien der Rehabilitation sachlich zuständig ist.

Was den Personenkreis betrifft, war zu entscheiden, ob die Rehabilitation auf die Arbeitnehmer zu beschränken sei oder ob sie auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden solle. Hier war der Arbeitskreis der Auffassung, daß die Einrichtungen der Rehabilitation allen Erwerbstätigen zugänglich gemacht werden müssen.

Art und Umfang der Rehabilitation! Hier sind zu unterscheiden: medizinische Maßnahmen, die der Wiederherstellung der Arbeitskraft dienen, berufliche Maßnahmen, deren Ziel es sein soll, die in ihrer Arbeitsfähigkeit Beschränkten auf eine Arbeit vorzubereiten, die sie noch zu leisten vermögen, und wirtschaftliche Maßnahmen, die den Unterhalt des Geschädigten und seiner Familie während der Dauer des Rehabilitationsverfahrens sicherstellen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß dieser dritte Aufgabenbereich der Rehabilitation in enger Zusammenarbeit zwischen Krankenversicherung, Arbeitsverwaltung, Berufsverbänden, Invalidenversicherung und Fürsorge mit dem vertrauensärztlichen Dienst und den behandelnden Ärzten durchgeführt werden müsse.

Zur Aufbringung der Kosten! Es ist kaum möglich, auch nur einigermaßen eine Übersicht über das zu gewinnen, wie hoch die durch die Rehabilitation anfallenden Kosten sein werden. Der Arbeitskreis hielt sich auch nicht für kompetent, für die Aufbringung der Kosten einen konkreten Vorschlag zu machen. Er war jedoch der Auffassung, daß für die medizinische Behandlung die Krankenkasse, für die beruflichen Maßnahmen die Arbeitsverwaltung bzw. die Berufsgenossenschaft, für die wirtschaftlichen Maßnahmen die Arbeitsverwaltung und die Invalidenversicherung in Anspruch genommen werden müssen. Soweit die genannten Institutionen den Anforderungen nicht gewachsen sind, wird eine Deckung durch eine staatliche Rehabilitationskasse unumgänglich sein. Ich sagte am Eingang schon, daß die Themen „Wie helfen wir der Familie?“, „Eigentumsbildung und Fürsorge“ noch abschließend behandelt werden. Das Thema ist allerdings schon in den vergangenen sechs Monaten mitbehandelt worden, so daß ich mit Sicherheit sagen kann, daß spätestens bis Mitte März dem Vorstand die Ergebnisse der Beratungen über diese drei Probleme vorgelegt werden können.

*Adenauer:* Herr Heck! Sind diese Entscheidungen in der Hauptsache einmütig getroffen worden? (*Heck:* In diesem Arbeitskreis ja!) Meine Damen und Herren! Wir haben dem Herrn Heck für diesen Vortrag herzlich zu danken. (*Lebhafter Beifall.*) Wir sind um so mehr dazu berechtigt und verpflichtet, weil er durch das Hinscheiden unseres Freundes Dr. Tillmanns hier helfend einspringen mußte.

Nun ist die Frage: Wie sollen wir die Diskussion gestalten? Sollen wir abwarten, bis auch der Rest vorliegt, oder sollen wir jetzt über diesen Teil schon diskutieren? Wenn wir uns dafür entscheiden, diesen Teil jetzt schon zu diskutieren, dann entsteht die Frage, ob wir das Material haben. (*Zurufe:* Nein! Nein!) Augenblick, meine Herren, seien Sie doch nicht so schrecklich unruhig, Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. Herr Albers, haben wir dieses Material aufgrund des Vortrages von

Herrn Heck so in uns aufnehmen können, daß wir mit wirklichem Ernst darüber jetzt diskutieren können? (*Albers*: Nein! – *Mehrere Zurufe*: Nein!) Oder empfiehlt es sich, daß Herr Heck uns seinen Vortrag – in wenigen Tagen wird das möglich sein – schriftlich zugehen läßt, damit wir dann die Sache, jeder für sich, gründlich überlegen können, um dann in eine Diskussion einzutreten? (*Zurufe*: Ja!) Das würde also zur Folge haben, daß wir heute nicht mehr darüber diskutieren.

*Albers*: Herr Bundeskanzler! Jetzt bin ich wieder einmal mit Ihnen einig. Das Thema ist viel zu groß und so weitschichtig, als daß wir es jetzt in allen seinen Punkten überschauen könnten. Wir können also heute nicht über diese unübersichtliche Materie diskutieren. Wir müssen das Material in Händen haben. Ich würde also auch vorschlagen, heute keine Aussprache darüber zu machen.

*Adenauer*: Mir scheint das – auch darin bin ich mit Herrn Albers, wie sooft, einig – der richtige Vorschlag zu sein. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß diese Entscheidungen des Parteivorstandes, die wir dem Parteiausschuß und dem Parteitag vortragen müssen, auch für die Bundestagsfraktion von der größten Bedeutung sind. Daher ist es vielleicht erwägenswert, ob wir nicht aus der Bundestagsfraktion und aus Mitgliedern des Vorstandes ein Gremium bilden sollen, das sich zunächst mit diesem Bericht einmal beschäftigt. Was halten Sie davon? (*Krone*: Zum Teil sind die Herren ja dabeigewesen.) Ja, zum Teil, zum Teil aber auch nicht, und wir wollen doch keinesfalls in die Lage kommen, daß bei einem so großen Werk – ich meine, nicht nach dem Umfang allein, sondern auch nach dem Inhalt – schließlich zwischen dem Parteitag und der Fraktion eine Differenz entsteht. Es ist die Frage, wie können wir das vermeiden, Herr Krone?

*Krone*: Erstens durch den ergänzten Bericht, der schriftlich kommt, den wir einem Teil der Fraktion zur Verfügung stellen, und dann durch den ergänzenden Bericht, über den wir dann hier zusammen mit den zuständigen Herren der Fraktion im Bundesvorstand sprechen.

*Gradt*: Ich habe etwas Bedenken gegen diesen Vorschlag. Wenn das, was Herr Heck gesagt hat, nämlich die Empfehlungen des Arbeitskreises, einem solchen Kreise bekanntgegeben werden – so daß es also nicht mehr nur zu unserer Orientierung, sondern auch zur Besprechung mit anderen sachverständigen Freunden dient –, dann gerät das Ergebnis leicht in die Öffentlichkeit. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß wir das, was wir vorhin als Programm für die Vorbereitung der kommenden Auseinandersetzung gehört haben, schon in der Öffentlichkeit diskutieren und zerreden lassen sollten; denn das geschieht, wenn wir es einem großen Kreis bekanntgeben.

Mir scheint – ich weiß nicht, ob das Ihre Überlegung war, Herr Bundeskanzler – der andere Gedanke richtiger zu sein, daß wir nämlich aus dem Vorstand einen engeren Kreis von Freunden beauftragen, die sich zunächst mit dem Material, das Herr Heck vorgetragen hat, vertraut machen. Die Arbeiten an den noch offenen Punkten könnten inzwischen weitergehen. Wir könnten dann vor der nächsten Vorstandssitzung, die ja wahrscheinlich zusammen mit einer Sitzung des Bundesparteiausschusses abgehalten wird, das gesamte Material bekommen, so daß wir dann im Parteivorstand und dann

am anderen Tage im Parteiausschuß darüber reden könnten. Dann haben wir eine Plattform, und die Sache wird nicht vorher zerredet.

*Adenauer:* Man muß auf eine weitere Schwierigkeit aufmerksam machen. Das Kabinett muß eine Gesetzesvorlage machen. Das Kabinett, das fleißig an der Arbeit ist, einen besonderen Ausschuß eingesetzt hat und in der nächsten Woche unter meinem Vorsitz wieder zusammentreten wird, spielt also bei der ganzen Sache eine wichtige Rolle; denn es ist keine Materie, die man irgendwie dem Parlament allein zur Einbringung überlassen kann.

Ich möchte Sie daher zunächst fragen, Herr Heck, ist es nicht möglich, daß Sie die wichtigsten und entscheidendsten Punkte zunächst einmal herausgreifen? Ich rühme mich nicht, ein Kenner der ganzen Materie zu sein, aber unterstellen kann ich eine gewisse Ahnung. Mir scheint, als ob sich der Vorstand, der Ausschuß und der Parteitag zunächst beschränken sollten auf einige ganz entscheidende und neue Punkte, die in dem Vortrag eben zum Ausdruck kamen, sonst ist weder hier noch im Parteiausschuß noch auf dem Parteitag eine nutzbringende Diskussion möglich.

Ich darf Sie z.B. auf zwei Punkte aufmerksam machen: Der eine Punkt, eine ganz neue Sache – ich weiß nicht, ob das in einem anderen Land schon ist –, ist der, daß sich die Altersrente nach dem jeweiligen Stand des Lohnes richten sollte, damit wir es nicht so haben wie jetzt, wo die Leute mit 20 Jahren oder wann einzahlen, und die Einzahlungen sind dann infolge der rasenden wirtschaftlichen Entwicklung, wenn die Leute in den Genuß der Altersrente kommen sollten, schließlich entwertet. Es ist ein neuer Weg vorgeschlagen, wonach sich die Altersrenten nach dem jeweiligen Lohnniveau richten sollen, das ja wachsen wird. Wir müssen mit einer guten Entwicklung rechnen. Die andere Frage ist die, wie halten wir es mit den freien Berufen, wieweit nehmen wir sie herein und wieweit nicht? Ich würde vorschlagen, den Stoff für die Sitzungen des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und des Parteitages auf diese Hauptsätze zu beschränken, damit wir da wirklich zu einer klaren Diskussion und Entscheidung kommen können. (*Weber:* Herr Bundeskanzler! Ich hätte eine Frage zu stellen: Ich habe gehört, man beabsichtige, bis zum Ende dieser Wahlperiode nur über große Grundsätze abstimmen zu lassen. Will man nun dazu übergehen, zu diesen einzelnen Abschnitten doch Gesetzesvorschläge zu machen?) Es ist ausdrücklich gesagt worden, daß z.B. die Auszahlung der neuen Renten bis zum Juni 1957 erfolgen müsse. Aber auch die anderen Dinge sind so umfangreich und kompliziert – das wird Herr Kollege Storch, der eben eingetroffen ist, uns bestätigen können –, daß man sie unmöglich durch die ganze Gesetzgebungsmaschine in kurzer Zeit hindurchpeitschen kann. (*Weber:* Ich halte es auch für absolut unmöglich, daß darüber schon bis Herbst 1957 in Form von Gesetzesvorlagen abgestimmt werden kann.) Darüber sind wir uns einig. Wir wollen also einige Sachen vorziehen und in gesetzliche Form bringen. Aber das andere, nämlich das ganze Reformwerk, sollten wir unter einem Gesichtspunkt betrachten und es wenigstens schon gesetzlich festlegen.

Ich darf zurückkommen auf meinen Vorschlag, der dahin geht, die Diskussion im Vorstand, im Parteiausschuß und auf dem Parteitag dadurch zu vereinfachen,

klar und übersichtlich zu machen, indem man sich auf ganz wesentliche Punkte des Gesamtwerkes beschränkt.

*Zimmer:* Ist der Sozialpolitische Ausschuß der Partei bereits gehört worden? Hat er bereits über die Grundsätze beraten? Soviel ich gehört habe, war ein Sonderausschuß eingesetzt, der Grundsätze ausgearbeitet hat. Der Sozialpolitische Ausschuß ist von Vertretern aller Länder besetzt.

*Heck:* Der Sozialpolitische Ausschuß hat über das Thema der Sozialreform Sitzungen abgehalten und über die Grundsätze diskutiert, auch über die Einzelfragen, die ich hier vorgetragen habe.<sup>46</sup> Er hat dann dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses für die Beratungen in diesem Arbeitskreis nach dieser Diskussion freie Hand gegeben. Er war der Auffassung, daß, nachdem man in grundsätzlichen Dingen die Meinungen gehört hatte, Herr Lünendonk in diesem kleinen Arbeitskreis befugt sei, Themen für diesen Arbeitskreis festzulegen.

*Zimmer:* Aus diesem Mitgliederkreis wird das aktivste Interesse den Dingen entgegengebracht werden. Ich bitte daher um Prüfung, ob es zweckmäßig ist, diesen Sozialpolitischen Ausschuß zu dem vorgetragenen Ergebnis Stellung nehmen zu lassen. Wir würden dann die Beschickung dieses Ausschusses, die in den Händen der Landesverbände liegt, besonders beachten müssen. Es können also nicht nur die technischen Sozialpolitiker – wenn ich sie so nennen darf – hingeschickt werden, weil es sich um fundamentale und auch allgemeine politische Vorgänge handelt. Ich würde also darum bitten zu prüfen, ob nicht eine abschließende Sitzung stattfinden kann.

*Adenauer:* Das wird Sache des Herrn Lünendonk sein. Er ist doch in diesem Arbeitskreis und ist Vorsitzender dieses Ausschusses. Wenn er glaubt, den Sozialpolitischen Ausschuß zu bestimmten Fragen noch einmal einberufen zu sollen, dann sollten wir ihm das überlassen. Das kann er ja jederzeit machen. Wovor ich aber warnen möchte, ist das, daß wir uns aus perfektionistischen Gefühlen heraus totberaten.

*Heck:* Ich möchte den Vorstand darauf aufmerksam machen, daß es eine ungewöhnlich große Arbeit war, die zunächst völlig auseinanderlaufenden Auffassungen, die sich festgefressen hatten, Stück für Stück wieder abzubauen. Ich würde auch empfehlen, es dem Herrn Lünendonk zu überlassen, ob zu diesem oder jenem Punkt der Sozialpolitische Ausschuß noch einmal gehört werden soll.

*Adenauer:* Sind Sie damit zufrieden, Herr Dr. Zimmer?

*Zimmer:* Ich möchte verhindern, daß gerade in diesem Kreise nachher eine unvermutet starke Opposition aufkommt.

*Cillien:* Ich bin dankbar dafür, daß wir jetzt nicht zu diesen zum Teil neuen Fragen Stellung nehmen. Aber wenn wir es demnächst tun, müssen wir zu dem Ergebnis des Arbeitskreises etwas über die finanziellen Auswirkungen hören. Das ist gar nicht berührt worden. Vorher kann man zu den Dingen doch nichts sagen.

---

<sup>46</sup> Unterlagen in ACDP VII-004-273.

*Adenauer:* Das ist ein wesentlicher Bestandteil. Ich glaube, im Ministerium von Herrn Storch sind gerade in den letzten Wochen über die finanziellen Auswirkungen ausgedehnte Untersuchungen angestellt worden, über deren Ergebnisse wir am Mittwoch hören werden.<sup>47</sup>

*Storch:* Ich habe den Vortrag von Herrn Dr. Heck nicht ganz mit anhören können, ich habe mich aber bei dem Teil, den ich noch hören konnte, davon überzeugen können, daß im wesentlichen die Ergebnisse des Beirates mitverwandt worden sind. Herr Lünendonk hat das große Glück, daß er neben seiner Funktion in unserem Sozialpolitischen Ausschuß auch in diesem Beirat ist und deshalb auch die Meinungen der Sachverständigen von allen Seiten her mitverwenden kann.

Im großen und ganzen kann ich sagen, daß das, was Herr Dr. Heck vorgetragen hat, von mir im wesentlichen gedeckt wird. Ich halte es für dringend notwendig, daß sich zunächst eine kleine Anzahl besonders interessierter Freunde über die Auswirkungen – auch in finanzieller Hinsicht – dessen, was wir wollen, klar wird. Ich würde nichts dagegen haben, wenn hier aus dem Kreise des Parteivorstandes einige Damen und Herren bestimmt würden, die sich in Verbindung mit den Sachbearbeitern meines Hauses alle Auswirkungen des Gewollten klar vor Augen führen ließen.

Ich möchte davor warnen, diese Dinge jetzt schon in die Öffentlichkeit zu geben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokraten am kommenden Sonntag zusammenkommen.<sup>48</sup> Es waren zwei Herren von diesem Kreise, der nun zusammenkommt, bei mir, um sich Material gegen Herrn Professor Schellenberg<sup>49</sup> geben zu lassen. (*Weber:* Hört! Hört!) Ich sage Ihnen in aller Offenheit: In dem Moment, wo wir das von uns Gewollte in die Öffentlichkeit geben, kommt Herr Schellenberg übermorgen und bringt Initiativanträge ein. Wir haben dies bereits im Dezember erlebt. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir jetzt dazu übergehen sollten, die Dinge so durchzuarbeiten, daß wir auf dem kommenden Parteitag eine einheitliche Stellungnahme herausbringen, von der wir uns auch nicht durch Initiativanträge der Sozialdemokraten abbringen lassen sollten. Dann haben wir eine Konzeption, mit der wir auch in die Öffentlichkeit treten können und mit der wir auch Eindruck erwecken.

Die Dinge sind ganz klar. Was die Leute draußen in Wirklichkeit wollen, ist in dem Beirat ausführlich behandelt worden. Ich glaube, daß die wesentlichsten Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, auch dazu beitragen, eine neue und gesunde Konzeption herbeizuführen. Sie muß von uns herausgebracht werden; sie darf nicht über fremde

---

47 18. Januar 1956, Sitzung des „Sozialkabinetts“ (HOCKERTS S. 326–330).

48 Kongreß der SPD am 14. und 15. Januar in Köln, der als Einleitung in den Wahlkampf für 1957 gedacht war (Bericht in der „Welt“ vom 16. Januar 1956; Reden und weitere Zeitungsartikel in ACDP VII-004-189/4; vgl. Nr. 16 Anm. 10).

49 Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), 1945 stv. Leiter der Abt. Sozialwesen beim Magistrat Berlin, dann Direktor der Versicherungsanstalt Berlin und bis 1958 der AOK Berlin, 1946–1948 Professor mit Lehrauftrag für Versicherungswesen sowie Direktor des Instituts für Sozialwesen und Versicherungswesen an der Humboldt-Universität Berlin, 1952–1976 MdB (SPD).

Kanäle nachher in die Hände der anderen laufen, sonst sagen diese, die haben es so gemacht, weil wir einen Initiativantrag eingebracht haben. Wenn sich aus diesem Kreise eine Anzahl von Damen und Herren über diese Dinge orientieren lassen will, dann lade ich sie ein. Wir können in gewissen Zeitabständen zusammenkommen, um Stück für Stück der Grundkonzeption und ihrer Auswirkungen durchzugehen. Wenn wir das täten, könnten wir ein gutes Werk verrichten.

*Adenauer:* Haben Sie aus den Gründen, die Sie angeführt haben, auch Bedenken dagegen, daß man diesem Kreise einen Extrakt dessen, was Herr Heck vorgetragen hat, übermittelt?

*Storch:* Ich bin der Meinung, wenn alle Damen und Herren einen derartigen Extrakt schriftlich in die Hände bekommen, und das kommt nachher irgendwie an die Öffentlichkeit, hat es keinen Sinn mehr; denn dann werden die anderen ähnliche Erklärungen abgeben und sagen, das haben die von uns übernommen.

*Adenauer:* Aus dem, was eben Herr Kollege Storch gesagt hat, habe ich den Eindruck, daß wir ein sehr großes Vertrauen gegenüber den Gremien zeigen müssen, die bis jetzt an der Sache arbeiten. Wir sollten also nur über die ganz wesentlichen Punkte dieses Ergebnisses – wozu auch die finanzielle Seite gehört – diskutieren, weil sonst alles an die Öffentlichkeit kommt. Darin hat Herr Storch recht, weil die Sozialdemokraten, soweit ich weiß, bisher noch nicht zu irgendeiner Konzeption gekommen sind und nur darauf warten, von uns frisches Brot zu bekommen, um damit auf den Markt zu gehen. (*Kaiser:* Morgen und übermorgen tagen die Sozialdemokraten in Köln; dann werden sie wohl auch mit etwas herauskommen.)

*Wackerzapp:* Ich möchte etwas zur Rentenversicherung sagen. Es ergibt sich die Frage, was mit den Leuten geschieht, die nicht versichert sind, nämlich der Mittelstand, der von den Renten seiner Ersparnisse lebt. Er hat gegen den Währungszerfall keinerlei Sicherung und ist durch die Inflationen schon zweimal enttäuscht worden. Der Mittelstand bleibt jedesmal auf der Strecke, aber für die anderen wird gesorgt. Dieses Problem des Mittelstandes hinsichtlich seiner Altersversorgung ist eine sehr bedrückende Angelegenheit.

*Adenauer:* In dem, was Herr Wackerzapp gesagt hat, liegt ein wichtiger Kern. Aber Sie dürfen nicht übersehen, daß Gegenstand der Sozialreform eben diese besprochene Aufgabe ist, aber nicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dem Mittelstand die Vollwertigkeit seiner Ersparnisse erhalten bleibt. Was wollen Sie dagegen tun? Dagegen kann man nichts anderes tun, als eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu betreiben und die Hoffnung auszusprechen, daß die Wirkungen der krisenhaften Jahre, die hinter uns liegen und sich noch fühlbar machen, einmal aufhören und wir zu einer Stetigkeit in der Bewertung des Geldes und anderer Dinge kommen.

Wenn wir dieses Prinzip einführen, daß die Altersrenten nach den Löhnen bemessen werden, dann wird das natürlich für die Lebensversicherungsgesellschaften eine außerordentlich harte Nuß werden, aber schließlich sind wir nicht dazu da, um hier diese Nuß zu knacken, wenn sie überhaupt geknackt werden kann. Wir sind dazu da, für diejenigen zu sorgen, für die die Sozialreform überhaupt gedacht ist.

Ihr Gedanke, Herr Wackerzapp, ist sehr richtig; denn wir erleben es doch immer, die Leute haben gezahlt und Leistungen vollbracht, und dann ist das Geld entwertet. Ihre Rente ist infolgedessen ungenügend zum Leben. Es bleibt dann nichts anderes übrig, daß ihnen dann unter großen Kämpfen nachgeholfen werden muß, so quasi im Wege des Almosens. Dem aber will nun dieser neue Vorschlag einen Riegel vorschieben. Ich würde also vorschlagen, Herr Wackerzapp, diese beiden Probleme gesondert zu behandeln. Lassen wir uns also zunächst diesem Problem hier zuwenden.

*Storch:* Der größte Teil der Leute, die wir als Mittelständler bezeichnen, hat früher entweder in einem Arbeits- oder in einem Angestelltenverhältnis gestanden. Wenn die neue Ordnung kommt, werden Sie sehen, daß diese Leute von dem Recht der freiwilligen Weiterversicherung restlos Gebrauch machen.

*Wackerzapp:* Die Währungsreform hat bewiesen, daß die Sozialrenten wertbeständig geblieben sind, daß aber Privatrenten bis zu 90 % abgewertet worden sind. Und daran wird nichts geändert. Die Sozialrente wird wertbeständig gemacht, aber die Privatrente wird eine entsprechende Erhöhung nicht haben. Man kann also die Sache nicht einseitig behandeln. Der private Mittelstand hat aus eigener Kraft die Gelder erspart.

*Adenauer:* Ich habe eben gesagt, in dem, was Sie sagen, liegt ein berechtigter Kern, und ich würde sagen, wenn das so gemacht wird, dann zieht das andere auch eine andere Entwicklung nach sich. Aber ich würde nicht sagen, wenn man das eine so macht, dann kann man das andere nicht ändern. Ich würde es an Ihrer Stelle gerade begrüßen und auch erwarten, daß dann den anderen auch geholfen wird, und zwar auf eine Weise, die noch überlegt werden muß. Dafür aber jetzt zu sorgen, sind wir ja nicht da.

*Hellwig:* Die Frage hat den Wirtschaftspolitischen Ausschuß veranlaßt, die Bitte anzumelden, daß er vor dem Parteitag sich zu diesen Dingen äußern kann. Ich sehe ein, daß man das nicht in einem großen Kreise, sondern nur in einem kleinen Kreise machen kann. Ich möchte bitten, zu dem Gremium, von dem gesprochen worden ist, auch einige Herren des Wirtschaftspolitischen Ausschusses hinzuzuziehen, um von vornherein eine Diskussion auf dem Parteitag, die von den eigentlichen Zielen abweicht, aufzufangen.

*Adenauer:* Ihre Anregung ist richtig und wichtig, Herr Hellwig.

*Heck:* Es war bei dem Kapitel „sicherungsbedürftige Selbständige“ von zwei Möglichkeiten die Rede: daß entweder für die sicherungsbedürftigen Selbständigen eine eigenständige Einrichtung dieser Art geschaffen werden sollte, oder daß der Personenkreis, der sicherungsbedürftig ist und nicht nachweist, daß er auf der privaten Ebene selber Vorsorge für sein Alter getroffen hat, versicherungspflichtig erklärt wird. Die Frage, die Sie angeschnitten haben, ist nicht nur angeschnitten, sondern bereits mitbehandelt worden.

*Adenauer:* Ich darf folgendes feststellen: Unsere Diskussion schließen wir nunmehr ab. Der Arbeitskreis wird weiterarbeiten und, der Anregung des Herrn Hellwig folgend, zu Sitzungen, wenn es nötig ist, Mitglieder aus dem Wirtschaftspolitischen

Ausschuß heranziehen. Es soll weiter eine enge Verbindung mit einigen Herren aus der Bundestagsfraktion aufgenommen werden. Herr Kollege Storch hat sich bereit erklärt, den interessierten Mitgliedern des Vorstandes eventuell in periodisch laufender Weise die nötigen Auskünfte in seinem Ministerium geben zu lassen. Wir wollen aber vermeiden, daß dieses Material in weitere Hände kommt. Nach dem Verlauf, den die Diskussion genommen hat, möchte ich vorschlagen, daß die Hauptgrundsätze noch nicht in die Hand des Vorstandes kommen, sondern erst soll die Sache bis zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Dann werden wir eine neue Vorstandssitzung so vorbereiten, daß der Vorstand in der Lage ist, zu den Hauptgrundsätzen Stellung zu nehmen. (*Dichtel*: Und das Material?) Ich habe mich etwas allgemein ausgedrückt, ich habe gesagt, eine neue Vorstandssitzung so vorbereiten, daß der Vorstand in der Lage ist, zu den Hauptgrundsätzen Stellung zu nehmen. Dabei bin ich der Auffassung, daß diejenigen Mitglieder des Vorstandes, die sich besonders dafür interessieren, auch vorher von dem Anerbieten des Kollegen Storch Gebrauch machen und sich auch in seinem Ministerium periodisch einfinden werden.

Seien wir uns darüber klar: Keiner von uns kann diese Materie irgendwie beherrschen, das geht gar nicht. Man muß etwas Vertrauen zu den Leuten haben, die wir dazu bestimmt haben, die Sache durchzuarbeiten. Das eine glaube ich Ihnen doch wirklich sagen zu können: Wenn eine Materie sehr gründlich durchgearbeitet worden ist, dann ist es diese Materie. Sie ist zuerst durchgearbeitet worden beim Kollegen Storch, dann bei den vier Professoren, dann bei den „Gegenprofessoren“, dann ist sie gründlich durchgearbeitet worden im Arbeitskreis des Herrn Heck, dem doch wirklich Leute angehören, zu denen wir Vertrauen haben können. Und nun gibt Ihnen der Herr Storch noch die Möglichkeit, in seinem Ministerium Auskünfte zu bekommen. Deshalb meine ich, sollten wir etwas Vertrauen haben, daß die Sache auch gut weitergeht. Die Hauptsache ist doch, daß wir in großen Zügen einig sind. Wenn Sie sich nun vor Augen halten, daß auch noch die ganze Sache im Kabinett beraten werden muß, daß sie dann an den Bundesrat und an den Bundestag kommt und wahrscheinlich dort auch noch geändert wird, dann können wir doch Gott danken, wenn es uns gelingt, wenigstens dieses Hauptstück so rechtzeitig fertigzustellen, daß die neuen Gesetze im Juni 1957 gestartet werden können. Im übrigen kann man dann später immer noch verbessern und ändern. Es handelt sich um eine so schwere und umfangreiche Materie, daß kein Mensch erwarten kann, daß die ersten Gesetze für alle Ewigkeit so bleiben.

Dürfen wir dieses Thema nun verlassen und zum Frühstück gehen? Anschließend hätten wir dann noch zu behandeln den Bundesparteitag 1956, das Bundestagswahlgesetz und die Vorarbeiten für die Bundestagswahl 1957. Ich würde vorschlagen, daß wir eine kleine Änderung vornehmen, und zwar sollten wir sofort mit dem Bundestagswahlgesetz anfangen nach der Mittagspause, weil dann noch zahlreiche Leute hiersein werden; denn bei der Frage des Bundesparteitages und der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 ist eine so zahlreiche Besetzung nicht absolut notwendig. (*Heck*: Der Punkt zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist außerordentlich wichtig.) Wer muß heute abend abreisen? (*Einige Zurufe*: Hier! – *Von Hassel*: Ich muß um

2 Uhr weg, weil ich heute abend in Hannover spreche.) Ich schlage vor, daß wir – abgesehen von Ihnen – doch bis 17 Uhr hierbleiben. Bis dahin können wir diese Punkte erledigt haben.

*Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Die Niedersachsen hatten dringend Wünsche wegen ihres sehr interessanten Landes mit mir zu besprechen. Dürfen wir nun fortfahren mit der Tagesordnung? Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst den Herrn Scharnberg zum Punkt 4 der Tagesordnung anhören. Wie lange brauchen Sie, Herr Scharnberg? (*Scharnberg:* 20 Minuten!)

## BUNDESTAGSWAHLGESETZ

*Scharnberg:* Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen die Situation, wie sie augenblicklich in der Wahlrechtsfrage ist, schildern soll, dann muß ich ausgehen von dem, was zunächst während der Legislaturperiode dieses Parlamentes geschehen ist. Auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers hat Herr Schröder die Koalitionspartner zu Gesprächen eingeladen, um sich zu verständigen.<sup>50</sup> Diese Gespräche führten zu keinem Erfolg, da von der anderen Seite gesagt wurde, für uns kommt nur das 49er oder das 53er Wahlrecht in Frage. Wir dagegen sagten, für uns sind das keine Gegenstände der Verhandlung. Die DP schloß sich unserer Meinung an.

Es kam dann zu dem Antrag der SPD<sup>51</sup> auf 49er Wahlrecht und zu dem Antrag der FDP<sup>52</sup> auf 53er Wahlrecht. Der Antrag von Stücklen und einer Reihe von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sah die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechtes in 400 Wahlkreisen vor.<sup>53</sup> Wir haben dann einen Wahlrechtsausschuß wie beim vorigen Mal eingesetzt.<sup>54</sup> Unsere CDU/CSU-Gruppe in diesem Wahlrechtsausschuß hat darüber beraten, wie sie sich verhalten sollte. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wir nach Ablehnung des Stücklen-Entwurfes, die zu erwarten war, und auch nach der Ablehnung des SPD-Entwurfes und des FDP-Entwurfes den Antrag in der Weise ändern wollten, um das, was in der Presse immer als Grabensystem geschildert wird, einzuführen.

Das bedeutet also, daß wir zu 60 % Mehrheitswahl und zu 40 % Verhältniswahl machen, im Gegensatz zum 53er Wahlrecht, welches ja nicht eine Mischung von

<sup>50</sup> Am 27. Januar 1955. – Vgl. dazu und zum Folgenden LANGE S. 589–710, hier S. 620.

<sup>51</sup> BT-Drs. 1272 vom 16. März 1955 (Ollenhauer und Fraktion).

<sup>52</sup> BT-Drs. 1444 vom 10. Juni 1955 (Dr. Schneider-Lollar, Euler, Dr. Dehler und Fraktion).

<sup>53</sup> BT-Drs. 1494 vom 24. Juni 1955 (Stücklen, Dr. Jaeger, Lücke und Genossen).

<sup>54</sup> Erste Sitzung am 27. Juni 1955, Vorsitzender Hugo Scharnberg (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 576).

Mehrheitswahl und Verhältniswahl war, sondern eine Mischung von Personenwahl und Verhältniswahl, also eine sogenannte personalifizierte Verhältniswahl, und zwar dadurch demonstriert, daß jede Partei genausoviel Mandate bekommen hat, wie ihr zustanden. (*Adenauer*: Wie Stimmen abgegeben worden sind.) Ja! Was bedeutet nun unser Vorschlag, zu dem wir uns dann entschlossen haben? Er bedeutet nach der staatspolitischen Richtung hin eine Weichenstellung auf das Mehrheitswahlrecht hin, was ja unsere Parteiauffassung ist, die auf dem Hamburger Parteitag noch einmal bestätigt worden ist. Es bedeutet zahlenmäßig – wenn ich einmal ein gleiches Wahlresultat wie 1953 unterstelle –, daß die FDP eine Einbuße von gut und gern 10 Mandaten hätte, die CDU aber ein Plus von 50 Mandaten! Die SPD hätte einen Verlust von 27 Mandaten und der BHE einen solchen von 13 Mandaten.

Wir haben uns die Frage vorgelegt, ist dieses Verfahren durchsetzbar oder nicht durchsetzbar? Man muß sich diese Frage bis in die letzten Konsequenzen überlegen, um zu wissen, wie stark ist die eigene Position in den Verhandlungen, die darüber kommen werden. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen solchen Vorschlag mit einigen Stimmen der DP und mit allen Stimmen der CDU/CSU im Bundestag durchziehen könnten.

Dann entsteht die Frage, ob von der Bundesratsseite her ein Veto kommen würde. Das einfache Veto läßt sich zweifellos überstimmen, aber das qualifizierte Veto könnte nicht überstimmt werden. Ich bin der Meinung – die Auffassungen darüber sind nicht ganz einheitlich bei uns –, daß ein qualifiziertes Veto im Bundesrat, selbst wenn die FDP dazu übergang, die Koalition zu diesem Zweck zu sprengen, einfach nicht zustande zu bringen ist, weil die Verfassungen in den einzelnen Ländern im Zusammenhang mit diesem konstruktiven Mißtrauensvotum solche Schwierigkeiten machen würden, daß das nicht hinzukriegen ist. Ich sage das nicht aus dem Grunde, um hier anzudeuten, daß wir die Absicht haben oder es für richtig halten, einen solchen Weg des Kampfes zu gehen, sondern ich sage es deswegen, weil man diesen Kampf und diese Möglichkeit sehen muß, um seine eigene Stärke bei den Verhandlungen über einen Kompromiß zu erkennen. Wir haben also diese Dinge sehr genau durchdacht und unsere entsprechenden Beschlüsse gefaßt.

Es hat dann noch eine Sitzung des Wahlrechtsausschusses der Partei<sup>55</sup> stattgefunden, über die ich Sie kurz unterrichten muß als Vorsitzender des Wahlrechtsausschusses der Partei. In dieser Sitzung wurde mit großer Mehrheit die Richtigkeit des Vorgehens mit diesem Grabensystem bestätigt. Es wurde weiter als wünschenswert bezeichnet, daß das Parlament verkleinert werden soll. Es wurde auch über die Frage, ob man eine Bundesliste neben der Länderliste machen sollte, gesprochen. Das hielt man überwiegend nicht für so unbedingt notwendig.

Es wurde dann noch erwähnt, daß man mindestens bei der Bestimmung über die Aufstellung der Kandidaten die Einwirkungsmöglichkeit, die von seiten der Parteileitung bisher gegeben ist, aufrechterhalten, wenn möglich noch verstärken sollte.

---

55 Unterlagen nicht zu ermitteln.

Dann wurde ein Listenverbindungsverbot abgelehnt. Dann wurde eine Sperrklausel für wünschenswert gehalten. Die Schwierigkeit einer Sperrklausel ist darin, daß wir zwei völlig gleichartige Parteien haben, nämlich die DP und die Bayernpartei. Das Interesse der CDU/CSU besteht darin, daß durch die Sperrklausel die Bayernpartei getroffen wird. Unser Interesse muß natürlich, weil wir ja ohne die DP das Wahlrecht sehr schwer verabschieden können, dahin gehen, daß die Sperrklausel die DP nicht betrifft. Das läßt sich wahrscheinlich – beide Parteien sind gleich groß – technisch dadurch machen, daß man sagt, daß bei listenverbundenen Parteien eine Sperrklausel von vielleicht 10 % eingeführt wird. Dann könnten wir mit der DP eine Listenverbindung machen in der Hoffnung, daß die Bayernpartei keinen Partner für eine Listenverbindung findet. (*Adenauer*: Ich bitte Sie, diese unbefangenen Äußerungen zu vergessen. – *Heiterkeit*.)

Dann wurde über die Einführung einer Wahlpflicht gesprochen. Man war vielfach im Ausschuß der Meinung, daß man, wenn man eine postalische Wahl macht, diese nicht in Verbindung mit einer Wahlpflicht machen soll; denn ein sehr schwieriges Problem ist die dann eventuell notwendig werdende Neueinteilung der Wahlkreise, was nämlich in dem Moment, wo ich echtes Mehrheitswahlrecht in die Sache hineinbringe, notwendig wird, und zwar wegen der großen Differenzen, die allmählich in der Bevölkerungszahl bei den einzelnen Wahlkreisen eingetreten sind. Wir haben, um das nur anzudeuten, Wahlkreise mit 140.000 bis 150.000 und solche mit 360.000 Einwohnern.

Im Wahlrechtsausschuß des Bundestages ging es dann so weiter, daß zunächst die Anträge der SPD wie der Antrag von Stücklen wie auch ein Antrag auf Einführung der absoluten Mehrheitswahl abgelehnt wurden. Wir standen dann vor der Notwendigkeit, unseren Antrag zu stellen. Wir haben uns sehr lange überlegt, ob wir das vermeiden könnten; denn wir waren sehr unangenehm davon berührt, daß dieser Antrag gerade in die Koalitionskrise hineinplatzte. Wir sind aber in Verbindung mit Herrn Krone nach sehr eingehenden und gründlichen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag zu stellen. Wenn wir ihn nicht gestellt hätten und es wäre am 10. zu der Wiederwahl von Dehler gekommen und wir den Antrag erst nachher gestellt hätten, dann würde es geheißt haben: Aha, das ist die Rache der CDU gegen diese Wahl. Wir haben also den Antrag gestellt, damit war leider Gottes die ganze Wahlrechtsfrage in die Koalitionskrise hineingezogen. Das Weitere hat dann die FDP besorgt.

Ich darf ein Wort dazu sage, warum wir gegen das, was vielfach in der Presse getadelt worden ist, noch nicht aufgetreten sind. Wir haben immer gefürchtet, daß, wenn wir in der Presse zu sehr unseren Standpunkt vertreten, damit die Koalitionsverhandlungen verschüttet werden. Das hat uns immer wieder daran gehindert. Wir haben aber eben gehört, daß wir in der nächsten Woche in einer Pressekonferenz unseren Standpunkt in der Wahlrechtsfrage grundsätzlich klarlegen wollen.

Nun die Frage: Was liegt im Moment noch in der Wahlrechtsfrage drin? Die FDP hat es erreicht, die Koalitionskrise und die Wahlrechtsfrage in einen Zusammenhang zu bringen, etwas, was in unserem Sinne durchaus nicht erwünscht ist. Wir müssen

versuchen, diesen Zusammenhang wieder aufzulösen. Ich habe eben mit Herrn Krone und einigen anderen Herren darüber gesprochen; wir sind noch nicht zu einer einheitlichen Auffassung gekommen. Vielleicht gelingt das noch. Wir haben der FDP gegenüber bisher folgenden Standpunkt eingenommen: Das 53er Wahlrecht und das 49er Wahlrecht wollen wir nicht. Das sind beides Verhältniswahlrechte. Wir haben gesagt: Das könnt ihr uns nicht zumuten, nachdem wir auf dem Hamburger Parteitag das Mehrheitswahlrecht gefordert haben. Da wir nunmehr in diesem Parlament eine Mehrheit haben, könnt ihr uns nicht zumuten, in der Wahlrechtsfrage vollständig zu kapitulieren; also bitte, macht ihr Vorschläge.

Die Vorschläge, die von der FDP eventuell gemacht werden könnten, wären z.B. die Einführung des Hamburger Wahlrechtes, das auch in Schleswig-Holstein und in Hessen eine Zeitlang war und eine gewisse Prämierung der Mehrheitsmandate bedeutet und damit unserer Konzeption mehr entspricht. Man könnte auch anstelle der Mischung bei dem Grabensystem – bisher haben wir 60 % Mehrheits- und 40 % Verhältniswahl – eine Möglichkeit finden von 50 : 50 oder  $\frac{1}{4} : \frac{3}{4}$  usw.

Darf ich noch einmal abschließend sagen, worum es geht. Es geht nicht in erster Linie um die Erringung irgendwelcher parteipolitischer Vorteile bei der nächsten Wahl, sondern es geht darum, daß wir das Aufkommen radikaler Gruppen verhindern, daß aber auch die Überbewertung des Gewichtes mittlerer und kleinerer Parteien in einer Koalition – wir haben gerade in den letzten Monaten ad oculos das Zünglein-ander-Waage-Spiel demonstriert bekommen – verhindert bzw. ausgeschaltet wird. Das sind die staatspolitischen Ziele.

Was haben wir zu tun? Der Wunsch, den wir an Sie zu richten haben, ist der, daß Sie unsere Unterhändler der FDP gegenüber unterstützen, indem wir eine einheitliche Front zeigen. Wenn die FDP den Eindruck hat, daß wir nicht geschlossen hinter dem Graben-Antrag stehen – unabhängig davon, ob er durchkommt –, dann haben wir die Schlacht um irgendeine Kompromißlösung von vornherein verloren. Deswegen bringen wir den Wunsch zum Ausdruck, der Parteivorstand möge unser Verhalten in der Wahlrechtsfrage billigen und hinter dem Grabensystem stehen, unabhängig davon, ob der eine oder der andere der Meinung ist, es gäbe schönere Sachen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob allen Herren klageworden ist, worin der Unterschied des sogenannten Grabensystems gegenüber dem 53er Wahlrecht besteht.

*Scharnberg:* Darf ich wiederholen: Das 53er Wahlrecht funktionierte so, daß zum Abschluß der Wahl festgestellt wurde, wieviel Mandate stehen verhältnismäßig jeder einzelnen Partei, auf den gesamten Bund berechnet und auf die 480 Abgeordneten bezogen, zu. Dann wurde festgestellt, wieviel haben diese Parteien in den Wahlkreisen erobert. Diese Mandate wurden ihnen angerechnet, und dann bekamen sie den Rest nach der Liste nachvergütet. Das war bei der CDU so, daß wir 170 Mandate nach Wahlkreisen erobert hatten, und da uns nach dem Verhältnis 240 zustanden, bekamen wir 70 aus der Liste noch nach. Der FDP standen insgesamt 48 Mandate zu. Da sie 14

Mandate in Wahlkreisen erobert hatte, bekam sie noch 34 nach der Liste hinzu. Die FDP hat also fast das Dreifache der Mandate hinzubekommen, während wir nur knapp die Hälfte hinzubekommen haben. (*Adenauer*: Und nach dem Grabensystem?) Die SPD hat 50 Mandate nach Wahlkreisen und 100 Mandate nach der Liste bekommen. Wenn wir das Grabensystem machen, dann werden diese Wahlkreismandate nicht angerechnet. Dann bekommt jede Partei so viel Mandate von der Liste, wie ihr zustehen. Während wir also bisher nur 70 Mandate bekommen haben, würden wir – da wir ungefähr 50 % der Stimmen bekommen haben – von der Liste mit insgesamt 240 Mandaten nunmehr 120 Mandate bekommen. Wir hätten neben unseren 170 noch weitere 120, das wären also 290 statt bisher 240, also 50 Mandate mehr. Das ist der Unterschied.

*Schröder*: Einige Damen und Herren sind optimistisch; ich bin eher entmutigt. Herr Scharnberg hat damit geschlossen, daß er meinte, man solle von hier aus das Grabensystem unterstützen. Ich bin der Meinung, da heute nachmittag diese Verhandlungen sind, die Herr Krone mit den Vertretern der Koalitionsparteien führt<sup>56</sup>, daß der Vorstand heute lieber nichts zu der Sache sagen sollte; denn das wird doch publiziert und verhärtet die Meinungen. Was ich jetzt sage, bringe ich unter dem Vorbehalt, daß heute nichts erklärt wird, um die Sache so zu sehen, wie man sie realistisch sehen muß. Herr Bundeskanzler! Die Vorstandswahl bei der FDP-Fraktion wäre ganz anders ausgegangen, wenn nicht noch in letzter Minute durch Sie ein Brief an die FDP-Fraktion gerichtet worden wäre, der den anderen den Mut gegeben hat, wirklich einen Kandidaten durchzuhalten, den Herrn Wellhausen durchzuhalten, der sich an sich nicht ganz leicht für diese Rolle hingegeben hat.<sup>57</sup> Sie waren am Abend vorher bei Herrn Preusker versammelt; es waren 22 Leute, die dort zusammen waren. Das waren auf den Kopf diejenigen, die am nächsten Tage gegen sehr starken Druck durchgehalten haben in dem Vertrauen darauf, daß sie sich auf das verlassen können, was Sie gerade, Herr Bundeskanzler, oft gesagt haben, daß man unbedingt an der Erhaltung nicht nur dieses Koalitionspartners, sondern auch an der Erhaltung einer liberalen Partei von einem gewissen Gewicht festhalten müsse. Und das bedeutet natürlich etwas in der Wahlrechtsfrage.

Was Herr Scharnberg gerade entwickelt hat und was man sonst entwickeln kann, ist eben vom Standpunkt einer Gruppe wie der FDP – von den kleineren ganz zu

---

56 Von der FDP nahmen teil: Haußmann, Bernhard Leverenz, Nowack, Weyer, Max Becker, Euler, Mende; von seiten der CDU/CSU: Krone, Stücklen, Rasner, Scharnberg; von der DP: Elbrächter, Herbert Schneider (vgl. LANGE S. 676).

57 Adenauer an Dehler vom 22. November 1955. – Teilabdruck in ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 80–82; die dort fehlende Passage lautet: „Ist die Bundestagsfraktion der FDP bereit, zusammen mit der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der DP bis zum Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode im Jahre 1957 so zur Koalition zu stehen und in wichtigen Fragen mit den anderen Koalitionspartnern gemeinsam vorzugehen, daß eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 ausgeschlossen wird?“ (zit. nach KLINGL S. 231). Vgl. auch Adenauer an FDP-Fraktion vom 10. Januar 1956 (LANGE S. 675).

schweigen – eigentlich nur dann zu machen, wenn man dahinter den Gedanken hat, ach, wir kommen doch alle gerne zusammen, und in Deutschland kommen wir zu einem Zweiparteiensystem. Deswegen tun wir gut daran, Herr Krone, die Entschlossenheit aller Kräfte außerhalb der CDU in diesem Punkt nicht zu unterschätzen. Wir haben – oder manche haben es getan – etwas mit dem Gedanken operiert, als ob diese Wahlrechtsfrage, die ein staatspolitisches Prinzip von einer ungeheuren Wirkung ist, nicht so ernst zu nehmen sei. Wer aber ein bißchen an die deutsche Zukunft denkt, hat dabei manche sehr schweren Sorgen.

Wir tun auch gut daran, bei der Haltung der anderen zu berücksichtigen, daß, wie wir um staatspolitisch gesunde Grundlagen kämpfen, die anderen zum Teil um ihre Existenz oder um ihren möglichst schnellen Anteil an der Macht kämpfen. Einige von uns hatten gemeint, es sei möglich, mit der SPD notfalls zu einer Verständigung zu kommen, indem man sage: Wir beiden Großen beschließen das relative oder auch das absolute Mehrheitswahlrecht. Es gab einen Satz in der SPD-Korrespondenz vor einigen Tagen, wonach die SPD durchblicken ließ, daß sie möglicherweise den Graben dieser Sache noch vorziehen würde. Wer die SPD kennt, der wußte, daß das ein Satz ist, der nirgendwo gesagt wurde. Er ist inzwischen auch offiziell dementiert worden.

Die SPD hat sogar durch Herrn Ollenhauer klipp und klar ein ganz großes Bündnisangebot an alle Länder gemacht zum Kampf gegen uns, um eine Einheitsfront gegen uns herzustellen.<sup>58</sup> Das darf man nicht leichtnehmen. Die FDP kämpft nicht nur mit den 27 Dehler-Wählern, sondern genauso mit den 22 plus 4 anderen Wählern in diesem Punkt absolut zusammen, und zwar ein bißchen mit dem Rücken gegen die Wand beinahe. Wir müssen uns zwei Dinge überlegen:

1. Was ist realistisch möglich?
2. Wie lange können wir es vertreten, wenn wir das Jahr 1956 weiter belasten, vielleicht monatelang belasten mit solchen Auseinandersetzungen, bei denen die Öffentlichkeit absolut gegen uns ist?

Die Öffentlichkeit ist instinktiv gegen uns. Derjenige, der mit den Mitteln des Verhältniswahlrechtes in einer bestimmten Konstellation und unter einer großartigen Führung – etwas, was es überhaupt noch nicht gegeben hat in der deutschen Parlamentsgeschichte – eine Mehrheit erreicht hat, der wird deswegen verdächtigt, weil er die Macht hat. Und die Leute halten uns für viel machtbewußter und gefährlicher, als wir in Wirklichkeit sind. Wir sind viel harmloser, als draußen angenommen wird. Aber das ist nicht schlimm, und das macht dem ersten Teil unserer Parteibezeichnung ein gewisses Maß von Ehre.

---

58 Der SPD-Abgeordnete Dr. Walter Menzel hatte ebenfalls angedeutet, eher das Mehrheitswahlrecht zu akzeptieren als das Grabensystem („Die Welt“ vom 7. Januar 1956); neben einer Zurückweisung dieser angeblichen Absicht bot Ollenhauer all denen Unterstützung an, die das Grabenwahlgesetz zu Fall bringen wollten (EBD. vom 11. Januar 1956). Auch war Ollenhauer am 4. Januar 1956 mit Dehler zusammengetroffen, um zu besprechen, wie man zusammen das Grabensystem abwehren könne (LANGE S. 671–674).

Gehen wir zurück zu einer gewissen Analyse der Situation. Herr Bundeskanzler! Es gibt eine einzige Regierung innerhalb der deutschen Länder, die den Konflikt aushalten kann; das ist die Regierung von Rheinland-Pfalz. Die Regierung von Rheinland-Pfalz kann in einem Konfliktsfall durchhalten. Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, was bei einer Gefahr mit einer Stimme – wenn ich nicht irre – diese Situation durchhalten kann. Sie können die Regierungen durchgehen von Kiel über Düsseldorf und Hannover bis zum Süden; dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß wir der Auseinandersetzung im Bundesrat in diesem Punkt unter keinen Umständen gewachsen sind.

Ich will einmal unterstellen, daß wir Leute sind, die blitzschnell handeln können. (*Wuertmeling*: Denkste! – *Heiterkeit*.) Ich will mal das unterstellen. Ich habe vor mir eine Aufzeichnung, in der dargelegt wird, wie schnell man in ganz Deutschland neue Regierungen aufgrund der Verfassungsbestimmungen mit ihrem konstruktiven Mißtrauensvotum usw. usw. bilden kann. Ich habe allen Ernstes an einer Besprechung teilgenommen, wo man diesen Husarenritt mal durchdacht hat mit dem Ergebnis: Wir verabschieden ganz schnell etwas. Das geht dann eins, zwei, drei an den Bundesrat, und der Bundesrat hat zwei Wochen Zeit, etwas zu tun, und so schnell kann also nicht eine Mehrheit zusammengebracht werden, die uns wirklich hindern sollte.

Wenn man das so auf dem Papier betreibt und wenn es sich nicht um schwerfällige Operationen handelt, möchte das wohl gehen. Ich sage das hier nicht, um in den Verdacht zu kommen, als ob ich nicht für einen sehr entschlossenen Willen wäre, wenn es möglich ist, aber ich glaube, wir haben die Verpflichtung, uns selbst und unsere Freunde davor zu bewahren, sich für etwas einzusetzen und stark zu machen, wovon wir letzten Endes herunter müssen.

Ich werde nie vergessen, was wir 1953 erlebt haben. 1953 haben wir einen sehr schwierigen Exkurs auf diesem Gebiet gemacht. Wir haben ihn bis zur zweiten Lesung durchgehalten; alle von uns waren im Grunde der Überzeugung, selbstverständlich werden wir in der zweiten Lesung gewinnen. Aber wir gewannen nicht einmal in der zweiten Lesung, und die Sache hat dann einen sehr erschwerten Weg genommen.<sup>59</sup> Wenn wir durch Verordnung morgen in Deutschland relatives Mehrheitswahlrecht einführen könnten, sollten wir die Verordnung sofort machen. Wir wissen aber, daß wir es nicht können. Deswegen hat man einfach abzuwägen, ob man sich weiter sehr stark macht. Ich spreche nicht dagegen, daß man über gewisse Modifikationen verhandelt, aber ich will es Herrn Krone nicht irgendwie schwermachen; wenn man ein bißchen herausholen kann, ist das schon etwas wert. Aber die Frage ist doch die, daß wir uns im großen und ganzen darüber klarwerden, ob wir dieses Faktum relativ schnell abzuschließen haben und ob wir es uns einfach der großen Ziele unserer Politik wegen erlauben können, diese Angelegenheit über Monate hindurchzuziehen. Ich bin der Meinung, daß die Sache nur dann etwas wert

---

<sup>59</sup> Zu Einzelheiten sowie zur zweiten und dritten Lesung des Wahlgesetzes zum 2. Bundestag vgl. LANGE S. 552–563.

ist, wenn sie schnell abgeschlossen wird. Es kommt darauf an, daß man jetzt die Grundlagen für das legt, was sich nach 1957 ereignen soll. Wenn wir glauben, wir könnten davon absehen, mag man sich anders verhalten. Aber alles, was ausgeführt ist, bedeutet, daß man gerade der großen Ziele unserer Innen- und Außenpolitik wegen darauf angewiesen ist, diese Koalition in irgendeiner Weise zusammenzuhalten, damit sie nicht alle paar Wochen nun wieder das ruiniert, auch im internationalen Aspekt gesehen, was wir vorher mühselig gemacht haben.

Deswegen glaube ich, daß man hier dazu kommen muß, in einer – von unserer Seite aus gesehen – sicherlich sehr großzügigen Art und Weise mit der FDP jetzt zusammenzugehen. Ich finde, Herr Bundeskanzler, jeder Tag, den wir gewinnen, wenn wir die Geschlossenheit der Regierungskoalition wiederhergestellt haben, ist für das, was wir an wichtigen Dingen zu erledigen haben, von ganz großer Bedeutung, nicht etwa im Interesse der anderen, sondern im Interesse der gemeinsamen Sache. Deswegen bin ich dafür, daß wir an diese Verhandlungen herangehen mit wirklichem Realismus und nicht mit einer Vorstellung von unerfüllbaren Illusionen.

*Krone:* Wir müssen damit rechnen, daß die Wahl, die vor uns steht, nicht von der Geschlossenheit getragen sein wird wie die Wahl 1953. Wir haben die Tendenz bei der FDP – nicht ohne Grund heißt es im Brief des Herrn Bundeskanzlers von dem Zusammenhalten bis zu den Wahlen<sup>60</sup> –, die Sache gemeinsam zu verteidigen. Das wird aber nicht von allen Mitgliedern geteilt. Wir haben bei der Deutschen Partei die Tendenz einer konservativen Partei. Bei mir war vorgestern der Herr Zürcher<sup>61</sup> aus Freiburg und hat die Volksbegehrensache angemeldet und erklärt, der Herr Professor Brühler<sup>62</sup> von der Deutschen Partei interessiere sich sehr dafür. Das ist das eine Faktum, das wir sehen müssen.

Zweitens müssen wir damit rechnen, daß in unserer Koalition und noch mehr in der CSU eine sehr starke Bewegung da ist für ein Mehrheitswahlrecht, also nicht nur des reinen Proporz. Es ist eine Realität. Nun haben wir mit diesem Grabensystem einen Vorschlag gemacht, den die Presse nur zum Teil aufgegriffen hat. Die Presse ist weitgehend liberal, sie meint, wir wollten uns die Herrschaft damit stabilisieren. Wir wollen schon eine Gewähr dafür, daß unsere Politik fortgesetzt werden kann. Wir haben sofort gesagt: FDP, wenn du andere Vorschläge hast, dann bitte, bring sie uns vor, wir sind für solche Vorschläge immer offen. Ich bin der Meinung, wir sollten auf

---

60 Vgl. Anm. 57.

61 Dr. Paul Zürcher (1893–1980), Mitgründer der BCSV, 1946 Ministerialdirektor für Justiz Baden, 1947–1948 Mitglied des Badischen Landtages (CDU), 1948–1955 Oberlandesgerichtspräsident. – Vgl. Karl-Heinz KNAUBER: Paul Zürcher – CDU-Politiker, Oberlandesgerichtspräsident und Präsident des Badischen Staatsgerichtshofes in: BADISCHE BIOGRAPHIEN N.F. Bd. 2. Stuttgart 1987 S. 322–325.

62 Dr. Ernst-Christoph Brühler (1891–1961), 1925 Schulprofessor; 1931–1933 Mitglied des Badischen Landtages (Deutschnationale Front), nach 1945 Direktor der Evangelischen Pädagogischen Akademie Freiburg, 1953–1957 MdB (DP, 14. März 1957 DP/FVP), ab 1955 Fraktionsvorsitzender der DP (vgl. „Deutsche Stimmen“ vom 18. September 1955).

der Koalitionsebene ein Wahlrecht schaffen, das ein faires Kompromiß – und das ist es m.E. – bringt. Wenn das nicht möglich ist, sollte man, sobald das erkennbar ist, sagen, dann das andere. Aber noch sollten wir verhandeln. Die Fraktion hat unsere Unterhändler gestützt, indem sie keinen Beschluß gefaßt hat, sondern die Dinge nur zur Kenntnis genommen hat.

Ich unterstütze den Vorschlag von Herrn Dr. Schröder, heute keinen Beschluß zu fassen, weil er unsere Verhandlungen erschwert. Wir sollten versuchen, im Interesse der Fortführung unserer Koalitionspolitik und damit nicht irgendwo Gruppen entstehen, die sich der radikalisierten Bauern z.B. annehmen oder eine neue Partei bilden wollen, ein Wahlrecht zu schaffen mit der Koalition, das solche Versuche soweit wie möglich unterbindet.

*Scharnberg:* Meine Damen und Herren! Herr Schröder hat gesagt, er warnte vor einer Wiederholung des Wahlrechtes von 1953. (*Schröder:* Nicht des Wahlrechtes, sondern der parlamentarischen Verhandlungen!) Dazu möchte ich zunächst einmal sagen: Wenn wir 1953 unterlegen sind, so ist das wirklich noch kein hinreichender Beweis dafür, daß wir auch jetzt vollkommen unterliegen müssen. Im übrigen kann ich nur sagen, Herr Schröder, daß es nicht nur einmal, sondern mehrere Male bei parlamentarischen Verhandlungen 1953 an einem seidenen Faden gehangen hat, daß wir gewonnen haben. Es stimmt auch nicht, daß wir in der zweiten Lesung gewonnen haben, sondern wir haben in der zweiten Lesung verloren.<sup>63</sup> (*Schröder:* Das habe ich doch gesagt!) Es ist nicht richtig, daß Sie hier eine Idee in die Diskussion hineinwerfen, die etwas kompliziert ist, und diese Idee mit zwei Sätzen, wie Sie es versucht haben, darlegen wollen. Das ist ja doch erheblich anders, und das hat auch ganz andere Voraussetzungen. Wenn nun diese Idee in diesem Kreise dargelegt werden soll, dann bitte ich doch sehr, das mir zu überlassen. (*Schröder:* Lese ich denn, was Herr Mommer sagt, nicht auch?) Das ist nicht richtig. Das kann man nicht machen. Dann muß ich selber schließlich diese Idee hier vortragen. Ich halte das für ein bißchen zu kompliziert. Das kann ich hier nicht vorbringen, um diese Idee in aller Klarheit durchzusprechen.

Herr Schröder, was Ihre Haltung betrifft, so kann ich Sie wirklich nicht verstehen. Sie sind, das wissen wir alle, aufgrund Ihrer Artikel, die vor acht oder zehn Jahren erschienen sind, ein leidenschaftlicher Anhänger des Mehrheitswahlrechtes.<sup>64</sup> Und jetzt sagen Sie, die Partie ist von vornherein verloren. Und weil sie von vornherein verloren ist, sollen wir entgegen dem, was wir uns auf dem Hamburger Parteitag versprochen und vorgenommen haben, sofort kapitulieren. Das kann ich wirklich nicht für richtig ansehen, daß wir von vornherein kapitulieren. Ich halte es auch in jedem Falle [für] falsch. Ich halte es zunächst einmal aus der Gesamtkonzeption unserer

---

63 Zu Einzelheiten vgl. LANGE S. 552–563.

64 Z.B. Vorgeschichte der Gemeindewahlen in der britischen Zone. In: Wie wird gewählt? Düsseldorf 1946 S. V–XIV; Reformbedürftiges Wahlrecht in „Weser-Kurier“ vom 4. Dezember 1946; Wahlen zur Nationalversammlung in „Die Welt“ vom 11. Mai 1948.

Haltung, aus dem, was wir unseren Leuten versprochen haben, für verkehrt, jetzt zu sagen, nunmehr sind wir Anhänger des Verhältniswahlrechtes.

Ich halte es aber auch aus dem Grunde für falsch, weil ich davon überzeugt bin, daß in der Sache noch etwas drinliegt, und wenn nichts anderes drinliegen sollte, als daß wir durch diese Geschichten die FDP ein bißchen an die Kandare kriegen, so ist das auch schon etwas wert.

Ich halte aber nichts davon, daß man der FDP sagt, wir wollen ein Geschäft machen, wir gehen auf ein Verhältniswahlrecht ein, dafür versprecht ihr uns, euch anständig zu benehmen. Die nächsten Sonntagsreden von ihnen werden bestimmt unanständig sein. Deswegen meine ich, wir sollten die Leute an der Kandare halten.

*Adenauer:* Ich darf mir einige Bemerkungen erlauben: Sehen Sie mal, Herr Scharnberg, es ist ein großer Unterschied, ob eine Partei, die eine schwache Mehrheit hat, ein Wahlrecht durchsetzt, oder ob eine Partei, die keine Mehrheit hat, ein Wahlrecht proklamiert. Die Partei, die mit wenigen Stimmen Mehrheit ein Wahlrecht gegen alle anderen Parteien durchsetzt, wird bei der nächsten Wahl durch die öffentliche Meinung einen so schweren Schlag erhalten, daß sie unterliegt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Man darf nie vergessen, daß den Ausschlag bei jeder Wahl diese großen Stimmen von Leuten geben, die keiner Partei angehören. Und wenn man diese Leute aus irgendeinem Gefühl heraus, wie „Dem Unterdrückten muß man helfen“ oder „Diese Leute sind rücksichtslos in der Ausübung ihrer Macht“, gegen uns bringt, dann werden wir verlieren. Das muß man doch berücksichtigen.

Sie sprechen davon, die Leute an der Kandare zu halten. Das ist sehr gut, wenn man das kann. Aber ich möchte Sie bitten, die Situation bei der FDP einmal unter folgendem Gesichtspunkt zu betrachten: Die Vorstandswahl hat ergeben, daß ein schwerer Riß durch diese ganze Partei geht. Ich begrüße das! (*Lebhafte Heiterkeit.*) An sich sollte man sagen, vom Koalitionsstandpunkt aus ist das nicht gut. Ich will es unter einem ganz anderen Gesichtspunkt versuchen. Ein Teil der FDP ist dem nationalistischen Einfluß unterlegen. Jetzt handelt es sich für uns doch darum, daß entweder die Partei auseinander springt, oder aber, daß die Nichtnationalisten darin die Stärkeren werden. Ich fürchte aber, wenn wir hart auf hart dort verhandeln, dann werden wir um diese Partei, die einen Riß bekommen hat, ein Band herumschmieden, so daß sie wieder geschlossen ist, und dann wird diese Partei – selbst die 22 werden das tun – sagen: Was hilft das, wir müssen jetzt mit den anderen mitmachen, mit Dehler und Konsorten, sonst kommen wir unter die Stiefel.

Ich möchte hinzufügen, warum ich das Weiterbestehen einer echten liberalen Partei für notwendig halte. Bei uns in Deutschland ist es so, daß eine große Zahl von Wählern vorhanden ist, die nicht sozialdemokratisch wählen will, aber auch eine Partei, die das Wort „christlich“ in ihrem Namen trägt, nicht wählen will. Und diesen Leuten soll man eine Unterkunft in einer Weise bieten, indem man sie dadurch, daß man mit ihnen eine Koalition macht, an sich bindet. Über aller Wahlrechtstheorie steht schließlich doch die Praxis. Vielleicht ist das etwas vermessen ausgesprochen, was ich jetzt sage: Ich würde den Herrn Krone nicht beglückwünschen, wenn er Vorsitzender

einer Fraktion von mehr als 300 Mann würde. Aber ich würde nicht nur den Herrn Krone nicht beglückwünschen, sondern ich würde auch die ernstesten Befürchtungen haben, daß in einer so großen Fraktion Spaltungen und Risse entstehen würden, so daß der Zusammenhalt, das Zusammenfinden ausgeschlossen wäre.

Wir müssen doch immer bedenken, daß der große Vorzug, aber auch die Schwäche unserer Partei darin besteht, daß sie auf dem Boden der christlichen Grundanschauung alles in sich vereint: die Bauern, die Gewerbetreibenden, den Mittelstand, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und daß es ihr so schließlich gelingt, weil alle Teile auf diesem Boden stehen, die Gegensätze zu überbrücken. Das kann man aber nicht mehr fertigkriegen, wenn eine Fraktion zu groß ist. Sie ist jetzt schon, Herr Krone, doch manchmal ungemütlich groß.

Wenn Herr Schröder vor acht Jahren ein begeisterter Anhänger des Mehrheitswahlrechtes war ... (*Schröder*: Ich bin das auch heute noch, Herr Bundeskanzler!) Gut, selbst wenn das damals offiziell proklamiert worden ist, lassen Sie ihn doch, da steckt doch nichts drin! Wir müssen jetzt Vertrauen zu Herrn Krone haben. Wer geht noch mit Ihnen, Herr Krone? (*Krone*: Die Herren Stücklen, Scharnberg und Rasner<sup>65</sup>.) Das ist ein gut zusammengesetzter Kreis. Und mit wem verhandeln Sie? (*Krone*: Es kommen die Herren Euler, Mende<sup>66</sup> und zwei von den Ministern, die bei Ihnen waren, und von der Deutschen Partei Herr Elbrächter<sup>67</sup>.) Kein Dehler-Mann? (*Krone*: Nowack<sup>68</sup> und Haußmann<sup>69</sup>!) Bei Haußmann weiß man nichts; den Herrn Nowack kennen wir ja. Wir wissen, wie er ist. Es wäre gut, wenn Sie zu irgendwelchen positiven Ergebnissen kämen. Die FDP hat es verstanden, die große und die kleine Presse während der ganzen Koalitionszeit für uns in bezug auf das Wahlrecht ungünstig zu beeinflussen. Es besteht da schon eine Animosität gegen uns wegen unserer angeblichen Attentatsversuche. (*Zurufe*: Machtgier!) Die Meinung ist da, ob berechtigt oder nicht berechtigt, sie ist da, und wenn sich so etwas festgesetzt hat, ist es sehr schwer, nachher durch eine Pressekonferenz das wieder aus den Köpfen der Leute herauszubringen. Sie glauben es nicht.

Ich bin der Auffassung wie die Herren Krone und Schröder; wir sollten hier keinen Beschluß fassen. Sie können ruhig sagen, daß in der Parteivorstandssitzung sich ein starker Zug zum Mehrheitswahlrecht deutlich gemacht hat, und zwar in dem Augenblick, wo Sie es für nötig halten, das zu sagen. Sie können überhaupt über die Stimmung hier das sagen, was Sie für richtig und nötig halten. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

---

65 Will Rasner (1920–1971), 1946 stv. Chefredakteur des „Flensburger Tageblatts“, 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion).

66 Dr. Erich Mende – vgl. Nr. 5 Anm. 50.

67 Dr. Alexander Elbrächter (geb. 1908), 1953–1969 MdB (DP, 1957 DP/FVP, 1957–1958 DP, ab 1958 CDU).

68 Dr. Wilhelm Nowack (geb. 1897), vor 1933 DDP/DStP, 1947–1958 MdL Rheinland-Pfalz (FDP), 1951–1958 (Rücktritt) Minister für Finanzen und Wiederaufbau, 1949–1952 MdB.

69 Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. – Vgl. PROTOKOLLE I S. 588 Anm. 14.

Sie werden immer das Richtige treffen! (*Erneute Heiterkeit.*) Gehen Sie also an die ganze Sache heran mit Ruhe und mit Prinzipien; die muß man immer haben. Aber man ist nicht immer in der Lage, seine Prinzipien sofort durchzusetzen.

*Zimmer:* Ich bitte Sie, es nicht als unbescheiden auszulegen, wenn ich darauf hinweise, daß der Herr Bundeskanzler schon einen wesentlichen Teil meiner Ausführungen, die ich machen wollte, vorweggenommen hat. Es wird Herrn Scharnberg interessieren, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß die Ausführungen von Herrn Dr. Schröder haarscharf identisch sind mit unseren Vorstellungen und mit dem, was wir wollen. Ich stimme ihm in vollem Umfange zu hinsichtlich der Beurteilung der taktischen Lage. Da Sie in Bonn nicht immer genau spüren, was draußen in der Provinz die kleinen Leute denken, möchte ich einiges von dem unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn die Presse so leicht auf die Vorstellungen der FDP eingegangen ist, dann deshalb, weil die politische Mentalität der weitesten deutschen Bevölkerung – ob wir das für richtig oder für falsch halten, kann dahingestellt bleiben – nicht der Vorstellung eines so gemanagten Mehrheitswahlrechtes entspricht. Da gehen sogar viele Leute von uns nicht mit. Das ist die Wand, da können wir einfach nicht durch. Ich bin mit Herrn Scharnberg der Meinung, daß man in etwa versuchen muß, Erfolge zu erreichen. Ich möchte sagen, daß vielleicht das Prämiensystem stärker ausgebaut werden müßte. Die bisherigen Überhangmandate reichen nicht aus, die großen Parteien zu stärken. 1. Es gibt eine Art aufsteigendes Prämiensystem. Ich will darauf nicht näher eingehen. 2. Listenverbindungen müssen abgelehnt werden. 3. Die 5%-Klausel muß in ihrer Anwendung soweit wie möglich verschärft werden, so daß die 5 % nicht nur in den einzelnen Bezirken oder Ländern, sondern auch auf der Bundesebene Voraussetzung für die Zuteilung von Mandaten sein müssen. Dann kann sich die FDP auch nicht sperren; denn sie hat ja selbst das größte Interesse daran, daß rechts von ihr keine radikale Partei entsteht.

Ich befinde mich in Übereinstimmung mit unserem Landespartei Vorstand, der mich ausdrücklich ermächtigt hat, hier diese Gesichtspunkte zur Sprache zu bringen. Ich brauche es im einzelnen nicht zu tun, nachdem Herr Schröder das schon in ausgezeichneter Weise getan hat. Eines darf nochmals von mir unterstrichen werden: Die bisherige Art der Diskussion hat uns erheblichen Schaden zugefügt, und bei den weiteren Verhandlungen wollen Sie sehen, daß Sie nicht noch mehr Gelände unter den Füßen verlieren. Unser Volk ist empfindsam in diesen Dingen. Das deutsche Volk ist ein Gerechtigkeitsfanatiker. (*Adenauer:* Das will ich nicht sagen!) Herr Bundeskanzler! Ich muß es von der idealen Seite aus sehen. (*Adenauer:* Sie sind etwas sentimental.) Ich möchte Herrn Scharnberg bitten, möglichst ohne Schaden aus der Sache herauszukommen, selbstverständlich möglichst auch etwas in der Richtung, wie ich gesagt habe, zu erreichen.

*Pferdmenges:* Ich will nur ein Wort sagen zur Spaltung in der FDP, weil ich gestern darüber einiges erfahren habe. Vor dem Hineinbringen des Wahlgesetzes in die Diskussion war in der FDP eine Mehrheit für Wellhausen, und zwar 29 Stimmen. 24 Leute, die jetzt für Dehler gestimmt haben, hatten sich vorher verpflichtet, anders

zu stimmen. Nach dem Einbringen des Wahlgesetzes sind sie umgefallen. Herr Wellhausen selbst – ich bitte Sie, das vertraulich zu behandeln – hat einen Brief an den Herrn Bundespräsidenten geschrieben und gesagt, er glaube auch jetzt noch an die Einheit der Partei; aber wenn dieses Wahlgesetz käme im Interesse der Erhaltung der liberalen Partei, müsse er von seiner Wahl zurücktreten.

Der Bundespräsident hat ihm schriftlich geantwortet, er bäte darum, diesen Schritt nicht zu tun, sondern sich aufstellen zu lassen. Sie sehen, das ist ein sehr harter Kampf, und wir würden die FDP-Leute, die die Adenauer-Politik unterstützen, vor den Kopf stoßen, wenn wir so handelten, daß ein Bruch entstände; denn dann träten die Leute wieder geschlossen zusammen, wie mir gestern von maßgebender Seite versichert worden ist.

Herr Scharnberg, wenn wir Ihre Politik weiterführten, dann würden wir einen furchtbaren Kuddelmuddel in die ganze Geschichte hineinbringen. Wir würden die ganzen Länderregierungen auf die Palme bringen, und das Endresultat wäre, daß wir durch eine politische Niederlage nachgeben müßten, und das wäre das Schlimmste, was uns geschehen könnte.

*Adenauer:* Herr Wellhausen soll am Montag nachmittag, weil ihm beigebracht worden ist, daß er durch seine Kandidatur die ganze FDP in Gefahr bringe, nach Bonn mitgeteilt haben, daß er seine Kandidatur nicht mehr aufrechterhalte. Es habe dann großer Mühe bedurft, um ihn zu veranlassen, das doch zu tun. Und der Brief, den ich der FDP-Fraktion in ihre Fraktion hineingeschickt habe, ist von mir aus diesem Grunde hingeschickt worden.<sup>70</sup>

Es war übrigens – ich möchte das betonen – mit unseren Freunden vorher abgestimmt. Keiner von ihnen hat sich geäußert. Aber Herr Scharnberg hat sich geäußert, ich glaube, ziemlich ablehnend, nämlich über die Frage der Bundesliste. Das ist eine wichtige Frage. Herr Krone ist vielleicht der richtige Mann, um über diese Frage hier einige Worte zu sagen.

*Krone:* Das ist ein heißes Eisen. Ich stoße natürlich in diesem Kreise auf scharfen Widerspruch. (*Adenauer:* Das wissen Sie nicht!) Ich will Ihnen sagen, weshalb Sie es sich überlegen sollten, um dem zuzustimmen. Wir wollen ganz offen sprechen. Wir sind eine Partei aus den beiden christlichen Bekenntnissen. Aber wir wissen auch ganz klar, wie schwer es in vielen Fällen ist, evangelische Kandidaten auf der Ebene des Landeswahlkreises oder des Landes durchzubringen. Wir leben und sterben davon, daß wir wirklich aus beiden Lagern die besten Menschen für unsere Politik gewinnen. Ich sehe daher in einer Bundesliste ein Mittel, das zu garantieren. Die Bundesliste gibt gut die Möglichkeit, für einige Abgeordnete, die im Wahlkreis oder auf der Landesliste schwer unterzubringen sind, einen Platz zu schaffen. Dafür wäre eine Bundesliste in einem beschränkten prozentualen Ausmaß das Richtige.

Das sind die beiden für mich ausschlaggebenden Gesichtspunkte, die uns bewegen sollten, diesem Gedanken positiv gegenüberzustehen.

---

<sup>70</sup> Vom 10. Januar 1956. – Vgl. Anm. 57.

*Adenauer:* Ich glaube, dagegen ist kaum etwas zu sagen. (*Weber:* Was eben für die Konfessionen gesagt worden ist, gilt in einer anderen Beziehung auch für die Frauen.) Man kann also feststellen, daß der Gedanke der Bundesliste nicht anstelle der Landesliste, wohl aber auf Kosten der Landesliste – aber nur in beschränktem Umfang – hier Anklang findet.

*Schröder:* Ich wollte das unterstützen. Ich darf nochmals etwas Realistisches sagen, und zwar zwei Dinge: Wir wissen, welche Schwierigkeiten es macht, einen gewissen Einfluß auf Landesverbände usw. in der Richtung auszuüben, daß alle wesentlichen Kräfte einigermaßen bedacht werden. Wo wir stärker in der Liste sind, ist es relativ leicht. Der Landesvorsitzende hatte zuletzt ein Veto. Kam die Sache zurück, dann war es einfach so, daß dieses Veto praktisch nicht viel wert war. Der andere Gedanke ist der: Wir sind noch nicht zu Ende darüber gekommen, wie groß die Zahl der Abgeordneten sein wird. Es wurde bisher immer gesagt, nicht mehr 484, sondern nur noch 400. Herr Bundeskanzler! Wenn man das lange Zeit, bevor die Vorarbeit eingesetzt hat, sagt, dann stimmen dem alle zu. Und die deutsche Öffentlichkeit liegt sicher auf dieser Linie. Aber für das Wahlgesetz brauchen wir nachher unsere Fraktionsfreunde. Und je näher der Tag herankommt, desto mehr rücken die Leute von X bis Y wieder davon ab. Selbst wenn das Wahlergebnis so ausfallen sollte wie 1953, wird in diesem Falle die Fraktion um 20 % – also um 50 Leute – geringer werden. Andererseits haben wir – ich sage das zugunsten der Bundesliste – einen gewissen Operationsspielraum gewonnen, indem man zwar zunächst alles auf den niedrigen Satz festlegt, aber man könnte vielleicht doch diese 20 % dazu verwenden, um die Bundesliste leichter zu bekommen, egal, ob es nun 20 oder 10 % sind.

*Scharnberg:* Was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß man das Wahlrecht nicht mit einer kleinen Mehrheit machen sollte, das ist zweifellos völlig richtig, aber ich bin trotzdem nicht der Meinung, daß man daraus nun von vornherein die Losung ziehen sollte, zu kapitulieren, um gewissermaßen damit den Grundsatz zu statuieren, daß das Wahlrecht von der Minderheit gemacht werden muß. Das ist eine zu weitgehende Konsequenz. Im übrigen bin ich bestimmt mißverstanden worden, wenn man glaubt, ich verträte die Meinung, man sollte mit einer Stimme Mehrheit ein Wahlgesetz durchpeitschen. Das stimmt ja nicht. Das ist nicht das Ziel meiner Verhandlungen, sondern mein Ziel ist, daß man herausholt, was man herausholen kann. Am Beginn von Verhandlungen kann keiner sagen, was man herausholen kann. Eines ist sicher, wenn man sofort sagt, ich will von vornherein kapitulieren, dann kann man nichts herausholen. Und nur darum geht es.

Ich bin bestimmt Ihrer Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß eine FDP erhalten bleiben soll. Im übrigen würde ich die Befürchtung, daß man diese zweifellos in sich kontroverse Partei dadurch zusammenführt, daß man nicht von vornherein kapituliert, im Moment nicht für so furchtbar tragisch ansehen; denn, Herr Bundeskanzler, die Leute gehen sowieso, da sie in sich total kontrovers sind, auseinander. Wir sollten also nicht so sehr befürchten, daß wir die Leute dadurch zusammenschmieden, daß diese Wahlrechtsfragen nicht sofort nach den Wünschen der Herren geregelt werden. Herr

Pferdmenges meint, wenn wir die Wahlrechtsfrage nicht gemacht hätten, dann hätten wir statt Herrn Dehler Herrn Wellhausen. (*Pferdmenges*: Heute schon!) Ich gebe zu, daß in dieser These etwas Wahres steckt. Aber was hätte man in Hamburg gesagt, wenn man die Frage gestellt hätte: Wollt ihr das Mehrheitswahlrecht mit Dehler oder das Verhältniswahlrecht mit Wellhausen? Dann hätte man gesagt, das ist nicht so eine wichtige Angelegenheit. (*Schröder*: Das ist auch gar keine richtige Fragestellung.) Ich will hier nicht eine wilde Sache gegen die FDP machen. Ich will aber aus den Verhandlungen das herausholen, was herauszuholen ist.

*Adenauer*: Das ist ein Mißverständnis. Die Sache ist, soweit ich im Bilde bin, folgendermaßen. Herr Weyer<sup>71</sup> hat in einer sehr forschen Art gesagt bei den Verhandlungen: Ist das ein Ultimatum, ein letzter Entschluß, oder ist das eine taktische Maßnahme? Darauf habe ich dem Herrn Weyer geantwortet, ich würde die Frage nicht so stellen, sondern ich würde sagen: Läßt sich jetzt noch weitersprechen oder nicht? Und wenn Sie mir die Frage so stellten, würde ich sagen: Natürlich läßt sich noch weitersprechen. Das ist auch der Standpunkt des Herrn Krone. Die Leute sind von mir zu ihm gegangen und haben auch über das Wahlrecht gesprochen. Sie werden auch, wie abgesprochen ist, wieder zu mir zurückkommen nach dieser Verhandlung. Herr Krone wird ihnen sagen: Dann macht uns einen Gegenvorschlag. (*Krone*: Den wollen sie heute machen!) Das ist doch dann eine Verhandlung. Natürlich würde es falsch sein zu sagen: Hier stehe ich, hier falle ich, Gott helfe mir! Amen.

*Cillien*: Zu der Angelegenheit der Abgeordneten! Ich gehöre zum Wahlrechtsauschuß. Dort ist der Antrag gestellt worden: Reduzierung auf 400 Abgeordnete. Und alle waren dafür. Dabei wußten alle, daß sie das nicht durchhalten würden. Davon bin ich überzeugt. Jedenfalls müssen wir die Sache so behandeln, daß nicht wir den Antrag stellen. Unser Volk draußen erwartet eine Minderung, aber wir müssen darauf warten. Hoffentlich findet sich einer, der höher hinaufsteigt.

*Wuermeling*: Ein Wort zu dieser Frage! Ich will keine Philippika zugunsten des Mehrheitswahlrechtes halten. Ich bin mir darüber klargeworden, daß wir nicht mit dem Kopf durch die Wand kommen, auch nicht mit einer Stimme oder zwei Stimmen im Wahlrecht durchziehen sollten. Ich möchte aber, daß nicht das Gefühl entsteht für unsere Verhandlungspartner, wir hätten ihnen sämtliche Korsettstangen ausgezogen für die weiteren Verhandlungen, und sie seien ermächtigt, bis zum Nullpunkt nachzugeben.

Wir wollten ursprünglich – jedenfalls nach dem Parteiprogramm – ein volles Mehrheitswahlrecht für sämtliche Abgeordneten. Jetzt haben wir nachgegeben in der Relation von 60 : 40 %. Das ist ein ungeheuer großes Nachgeben. Was sich aber die Öffentlichkeit, auch der Rundfunk, leistet mit der Beurteilung dieses Nachgebens, das

---

71 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954, 1958–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1954 MdB, 1954–1956 Wiederaufbau-, 1956–1958 Finanz-, 1962–1975 Innenminister, 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1974–1986 Präsident des Deutschen Sportbundes.

sei ein ad hoc manipuliertes System, um den Wahlkampf zu gewinnen, das ist das Unerhörteste, was man sich vorstellen kann.

Deswegen meine Bitte, den anderen klarzumachen, daß wir die Hälfte der Volksstimmen ausmachen und daß der Wille der Hälfte des Volkes zum Mehrheitswahlrecht doch nicht hundertprozentig von der Minderheit, die für das Verhältniswahlrecht ist, überfahren werden darf. Und bei loyaler Verhandlungsweise der Partner können die anderen nichts anderes, als uns eine Zustimmung zum Mehrheitswahlrecht zu geben.

*Sievekling:* Ich verstehe vollkommen, daß unsere Unterhändler den nötigen Verhandlungsspielraum haben müssen. Ich habe aber vom Standpunkt der Landesregierungen aus eine Bitte, nämlich diese Verhandlungen bald zu einem Abschluß zu bringen. Diese Sache erschwert unsere Position, denn wir sind als erste dran mit der Wahl nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Wir müssen bald ein Ergebnis bekommen, so oder so. Ich persönlich teile die Ansicht von Herrn Dr. Schröder, aber eins möchte ich dabei sagen: Ich warne Sie davor, die Schwierigkeiten im Bundesrat zu unterschätzen. Auch wir, die wir die Regierung in Hamburg führen, würden in einen ganz schweren Konflikt kommen, wenn Sie hier mit der FDP auseinandergerieten. Das würde dazu führen, daß in Hamburg die SPD wieder an die Macht käme.

*Adenauer:* Sind Sie damit einverstanden, daß wir jetzt die Debatte ohne Beschlußfassung beenden? (*Zurufe:* Ja!) Gut! Dann kommen wir zum Punkt 3 unserer Tagesordnung, wozu ich Herrn Heck das Wort erteile.

#### BUNDESPARTEITAG 1956 UND WAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

*Heck:* Es war auf der letzten Sitzung des Vorstandes beschlossen worden, den Parteitag zwischen Ostern und Pfingsten abzuhalten. Es war weiter von der Fraktion aus klar und deutlich erklärt worden, daß eine Verlegung des Arbeitsplanes der Fraktion nicht in Frage käme, so daß also der Parteitag in der arbeitsfreien Woche des Parlaments stattfinden solle. Folgende Termine kamen als möglich in Betracht: 1. in der Woche vom 1. bis 8. April, 2. zwischen dem 22. und 29. April und 3. die Woche vor Pfingsten, also zwischen dem 13. und 19. Mai.

Wir sind der Auffassung, daß die Woche unmittelbar nach Ostern sich kaum eignet, weil viele katholische Freunde durch den Weißen Sonntag in der Familie festgehalten sind. Die Woche vor Pfingsten dürfte sich auch nicht gut eignen, so daß lediglich die Woche vom 22. bis 29. April übrigbleibt. Es war ursprünglich vorgesehen, den Parteitag in Baden-Baden abzuhalten. Es ist nun so, daß im April die Räumlichkeiten für die Durchführung des Parteitages nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir haben daraufhin in Stuttgart und in Freiburg Erkundigungen angestellt und festgestellt, daß in diesem Zeitraum der Parteitag sowohl in Stuttgart wie auch in Freiburg abgehalten werden kann.

Der Parteivorstand muß heute eine Entscheidung treffen 1. über den Termin und 2. über den Ort, da wir mit den Vorbereitungen technischer Art beginnen müssen.

*Adenauer:* Es kommt wohl als Termin in Frage die Zeit zwischen dem 22. und 29. April. Wir wollten damals nach Baden-Württemberg gehen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen dort. Die Wahlen sind dann aber gewesen. Jetzt ist die Frage: Freiburg oder Stuttgart? Was sagt Herr Dichtel dazu? (*Dichtel:* Der fügt sich der demokratischen Entscheidung.) Das ist aber merkwürdig, denn das wollen wir doch den Baden-Württembergern überlassen. (*Dichtel:* Ich würde das Ihrer Meinung und der Meinung der Herren hier überlassen!) Für den Fall, daß die Wahl ungünstig ausfällt in Stuttgart, ist das nicht gerade gut; denn dann wird man uns sagen: Wäret ihr früher gekommen, dann wäre sie gut ausgefallen.

*Wirsching:* Die Unterbringungsmöglichkeiten in Stuttgart sind besser als in Freiburg, weil Freiburg noch große Zerstörungen aufzuweisen hat. Dieser Grund spricht also mehr für Stuttgart.

*Adenauer:* Die Mehrheit scheint für Stuttgart zu sein. – Gut!

*Heck:* Ich darf zu den Wahlen in Baden-Württemberg folgendes sagen:

1. Fastnacht ist dieses Jahr am 13. Februar. Am 4. März sind die Wahlen, so daß für den Wahlkampf praktisch nur zweieinhalb Wochen zur Verfügung stehen. Diese Wahl in Baden-Württemberg ist in mannigfacher Hinsicht bedeutsam. Es sind die ersten Wahlen in Deutschland nach der Wahl in Frankreich. Ich glaube, daß diese Wahlen vom Ausland, vor allen Dingen von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, sehr sorgsam beachtet werden. Ich war damals gerade in den Vereinigten Staaten, als die Landtagswahl in Niedersachsen stattfand.<sup>72</sup> Ich war erstaunt, daß in sämtlichen Zeitungen der Vereinigten Staaten über dieses Wahlergebnis nicht nur berichtet, sondern auch kommentiert wurde.

2. Es handelt sich bei diesen Wahlen um die letzten Wahlen vor der Bundestagswahl 1957. Das Ergebnis, das sich hier abzeichnen wird, wird nicht ohne erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung sein.

3. Vom Lande selber her gesehen könnten die Herren von der Regierung sagen, wenn die Stärkeverhältnisse so bleiben wie bisher, dann wird auch die Möglichkeit zu regieren weiterhin so beschränkt bleiben, wie sie bisher beschränkt war, weil die CDU immer unter dem Damoklesschwert steht, daß sich SPD und FDP plus BHE zusammenfinden.

4. Möchte ich darauf hinweisen, daß in Baden-Württemberg eine ganz klare Chance gegeben ist, den BHE zu beseitigen. Wenn der BHE in Baden-Württemberg nicht mehr im Landtag erscheint, dann werden auch die Dinge in Bayern langsam in Bewegung geraten. Ich möchte deswegen dringend darum bitten, daß die hier anwesenden Damen und Herren sich soweit wie möglich für den Einsatz bei Kundgebungen zur Verfügung stellen. Ich habe mich mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen und ihre Wünsche entgegengenommen, welche Redner sie haben wollen. Ich habe den Herrn Bundeskanzler gebeten, ein entsprechendes Schreiben an die Damen und Herren zu richten, damit sie sich nach Möglichkeit freimachen für diesen Wahlkampf.

---

<sup>72</sup> Am 24. April 1955.

Darüber hinaus möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen: Ich halte es für falsch, daß immer nur die prominenten Herren von Bonn bei den Landtagswahlen eingesetzt werden. Diese Prominenten gehen im allgemeinen nur in die Großstädte und zu Kundgebungen, wo die Teilnehmerzahl die 1.000 übersteigt. Der Stimmengewinn kann aber in viel größerem Umfange vom Lande her geholt werden. Wenn es also gelänge, daß sich – dort unten sind 70 Wahlkreise – über die beiden Wochenenden zwischen dem 13. Februar und dem 4. März je 70 Abgeordnete für den Wahlkampf zur Verfügung stellten, dann könnten wir diese Herren in den Landgemeinden einsetzen, um dort ohne weiteres sechs oder sieben Versammlungen jeweils abzuhalten.

Ich glaube, ein solcher Einsatz würde mehr Stimmen einbringen als die Kundgebungen in den Städten, wo man im Wahlkampf nicht mehr viel ändern kann. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die Lage in den Dörfern dort unten ist nämlich so, daß die Wahlbeteiligung hier nur zwischen 35 und 40 % liegt. Wenn aber ein Bundestagsabgeordneter angekündigt wird, dann kommen die Leute. Ich möchte also darum bitten, daß Sie Ihren Einfluß geltend machen, und den Herrn Bundeskanzler möchte ich bitten, diesen Brief zu schreiben.

*Dichtel*: Herr Bundeskanzler! Wir haben heute morgen – Herr Heck und noch einige andere Herren von Baden-Württemberg – die technischen Fragen besprochen. Das eine ist richtig, daß dieser Wahl eine sehr entscheidende Bedeutung zukommt, weil es die letzte Wahl vor der Bundestagswahl ist. Wir haben in Baden-Württemberg in der CDU 50 von den insgesamt 120 Mandaten im Landtag. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir seinerzeit gerade von Baden-Württemberg aus den Versuch erlebt haben, daß die SPD und die FDP mit Hilfe des BHE unter Führung von Ministerpräsident Reinhold Maier eine Regierung gegen die stärkste Partei des Landes bildeten. Von hier aus [ist] diese Bewegung ausgegangen. Das wurde zunächst erfunden im südwestdeutschen Raum.

Sie wissen, daß diese Konzeption von Reinhold Maier mit einer SPD-Koalition Ihnen gerade auf außenpolitischem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten gemacht hat, wenn auch Reinhold Maier in der letzten Minute eingeschwenkt ist. Seitdem aber diese neue Regierung besteht – sechs Stimmen gehören der CDU und sechs Stimmen den anderen Parteien an –, ist eine konstante Politik mit der Bundespolitik festzustellen. Sie werden sich nach dieser Seite über uns sicher nicht zu beklagen haben. Ich glaube, daß wir gerade in unserem Raum sehr stark darauf hinweisen können. Für diese Formulierung hat unsere Bevölkerung Verständnis; denn sie weiß, daß diese Wahl nicht nur eine Landtagswahl ist, sondern daß sie im tiefen Sinne nach der Seite der Bundespolitik hin eine entscheidende Bedeutung hat.

Nun bemüht sich die SPD sehr, unter allen Umständen die Bundespolitik aus diesem Landtagswahlkampf herauszubringen. Während in Bayern, Niedersachsen, Hessen usw. der Landtagswahlkampf von der SPD nur unter dem Gesichtspunkt der Bundespolitik geführt worden ist, wird bei uns das Gegenteil getan. Man erklärt dort, es ist eine Landeswahl, die nur mit der Landespolitik bestritten werden sollte. Wir sind der Meinung, daß wir bei dieser Wahl doch das politische Kapital des

Bundeskanzlers, aber auch das Kapital der Außenpolitik, der gesamten Bundespolitik, mit in die Waagschale werfen sollten.

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich bereit erklärt haben, in Karlsruhe und in Stuttgart zu reden.<sup>73</sup> Ich möchte Ihnen um Gottes willen nicht mehr zumuten, als Sie tun können. Aber schön wäre es doch, Herr Bundeskanzler – darf ich das einmal aussprechen aus ganz bestimmten Gründen –, wenn es Ihnen vielleicht möglich wäre, uns in allen vier Landesteilen, in Südbaden, Nordbaden, Süd-Württemberg und Nord-Württemberg, zu helfen und je auf einer Versammlung dort zu sprechen. Wenn es nicht möglich ist, müssen wir es auch so hinnehmen.

Eine Bitte habe ich noch, und das wäre die – daß sich die prominenten Herren zur Verfügung stellen, sehe ich als selbstverständlich an –, daß auch eine Anzahl von Bundestagsabgeordneten aus den anderen Gebieten zu uns kommt. Wenn ich für jedes der vier Gebiete 20 Bundestagsabgeordnete bekommen könnte, so könnten wir damit in sehr nachhaltiger Weise diese Gebiete politisch bearbeiten.

Wir haben über Emnid eine Befragung durchgeführt. Ich will es Ihnen nur wiedergeben, um Ihnen die Freude auch zu machen! Was hinterher kommt, wissen wir ja nicht. Danach würden also bekommen: CDU 54 % aller Stimmen, SPD 28 % aller Stimmen, FDP 10 % aller Stimmen, BHE 5 % aller Stimmen.<sup>74</sup>

Danach würde also der BHE, was bedauerlich wäre, seine 5 % erreichen und somit leider noch einmal politisch etwas mitzuwirken haben. Ich mache kein Hehl daraus, unsere große Sorge ist, daß sich dort unten die SPD mit der liberalen Gruppe der FDP, mit Reinhold Maier, zusammentut. Das ist das Gegenstück zu Dehler, daß sich unter Maiers Mitarbeit dieser Kreis gegen die CDU findet. Das wäre für den neuen Landtag und das Land ein Verhängnis.

Ich bitte also nicht um eine materielle, sondern um die ideelle Unterstützung. Jede gewonnene Stimme wird dem Herrn Maier Abbruch tun, den der Herr Bundeskanzler besonders liebt!

*Heck:* Ich habe die Ergebnisse der demoskopischen Umfrage bewußt nicht bekanntgegeben, weil die Interpretation dieses Ergebnisses etwas sorgfältiger gemacht werden muß, als das vielfach geschieht. Es ergibt sich in Baden-Württemberg klar, daß die FDP, die bei der letzten Landtagswahl 23 % der Stimmen hatte, auf über die Hälfte reduziert erscheint bei diesem Bild. D.h. aber nicht, daß diese 13 %, die verärgert sind über ihre Partei, von ihrer Verärgerung bei der demoskopischen Umfrage Ausdruck verliehen haben; es besagt nur, daß hier ein Einbruch geschieht zu unseren Gunsten. Ich möchte aber von vornherein aufgrund der gegebenen Tatsachen erklären, daß nach meiner Überzeugung von den 54 % ein Abstrich von 4,5 % gemacht werden muß.

Der BHE liegt etwa bei 5 % in Baden-Württemberg. Es ergab sich interessanterweise folgendes: Von den 5 %, die sich bereit erklärt haben, den BHE zu wählen,

---

73 Kundgebungen waren am 2. Februar (Karlsruhe) und am 3. Februar 1956 (Stuttgart).

74 Wahlergebnis: CDU 42,6 %, SPD 28,9 %, FDP 16,6 %, GB/BHE 6,3 %.

haben bei der Frage nach dem fähigsten Politiker in der Bundesrepublik 20 % Herrn Kraft und Herrn Oberländer genannt. Nachdem der Herr Bundeskanzler jetzt die Entscheidung gefällt hat, daß die Minister Kraft und Oberländer im Kabinett bleiben, und die beiden Herren bereit sind, sich für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen, halte ich es für gesichert, daß der BHE unter 5 % gehalten werden kann. (Zuruf: In welcher Eigenschaft? Als CDU-Leute? – Adenauer: Persönlich!<sup>75</sup>)

Adenauer: Die Wahlen in Baden-Württemberg sind tatsächlich von einer sehr großen Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl, sondern auch im Hinblick auf die innenpolitische Spannung bei uns mit der FDP. Die FDP in Baden-Württemberg ist, soviel ich weiß und das beurteilen kann, ebenfalls stark gespalten. Die Reinhold-Maier-Partei und auf der anderen Seite die jüngeren FDP-Leute sind, wie ich zuverlässig glaube zu wissen, absolut anti Dehler. Ich würde es deswegen sehr begrüßen, wenn wir diese Wahlrechtsfrage rechtzeitig vor der Wahl in einer fairen Weise erledigen könnten, damit sie dort aus dem Wahlkampf herausbleibt und bei der Abstimmung keine Rolle spielt.

Ich habe eine Versammlung in Stuttgart und eine in Karlsruhe übernommen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Herren von unserer Fraktion dafür sorgten, daß unsere Bundestagsabgeordneten auch dort tätig werden. Können wir damit diesen Punkt verlassen? – Ich stelle das fest. Dann kommen wir zum letzten Punkt unserer Tagesordnung.

## VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHL 1957

Heck: Es mag vielleicht etwas verfrüht erscheinen, über die Bundestagswahl 1957 zu sprechen. Aber ich halte dieses Gespräch für notwendig. Jedoch bin ich nicht der Meinung, die kürzlich im Kreise von Abgeordneten vertreten wurde, es sei ein Skandal, daß wir noch keine Wahlparole hätten. Das halte ich für verfrüht. Ich glaube, es ist zweckmäßig, den Vorstand darüber zu orientieren, was von uns bisher zur Vorbereitung der Bundestagswahlen getan worden ist. Es ist notwendig, daß vom Vorstand zu einigen Punkten der organisatorischen Vorbereitung der Bundestagswahl heute Beschluß gefaßt werden muß. Unmittelbar nach der Bundestagswahl 1953 haben wir auf der Bundesgeschäftsstelle eine genaue Analyse dieser Wahl, und zwar unter soziologischen Gesichtspunkten, durchgeführt. Dabei wurden die Wahlergebnisse ländersweise nach folgenden Gesichtspunkten errechnet:

---

75 Adenauer hatte in einem gleichlautenden Schreiben vom 12. Januar 1956 beide gebeten, ihre Ämter weiterzuführen (Druck: UiD vom 20. Januar 1956). – Beide traten am 20. März 1956 der CDU/CSU-Fraktion bei; am 11. August 1955 waren sie aus der Fraktion des BHE ausgetreten.

1. Das Verhältnis der Konfessionszugehörigkeit und die politische Entscheidung.
2. Das Verhältnis der Berufszugehörigkeit und die politische Entscheidung. Dabei konnten nur zwei Gruppen, nämlich die Bauern und die Arbeiter, berücksichtigt werden, weil die übrigen Berufsgruppen nicht geschlossen in Stimmbezirken auftreten.
3. Die Zugehörigkeit zu den Gemeinden verschiedener Größe und die politische Entscheidung. Dabei wurden die Gemeinden in folgende Größen unterschieden:  
unter 500 Einwohnern,  
zwischen 500 und 1.000 Einwohnern,  
zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern,  
zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern,  
zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern,  
zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern,  
zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern,  
zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern,  
über 100.000 Einwohnern.
4. Einheimische und nach 1945 in das Bundesgebiet Zugewanderte und die politische Entscheidung.

Das war notwendig, weil es eine große Anzahl von Stimmbezirken gibt, in denen die Heimatvertriebenen konzentriert und geschlossen auftreten.

Weiter war es aufgrund von Sonderregelungen, die in verschiedenen Ländern und Städten durchgeführt wurden, möglich, festzustellen, wie sich die verschiedenen Altersgruppen – und hier wieder getrennt nach Geschlechtern – zur politischen Entscheidung verhalten. Aus den gleichen Erhebungen war auch zu ersehen, wie sich der Familienstand auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Ergänzend zu dieser soziologischen Wahlanalyse wurde gesondert nach den Ländern und Regierungsbezirken die Entwicklung der politischen Parteien seit 1871 zusammengestellt, da wir vermuteten – was auch die Untersuchungen bestätigt haben –, daß diese Entwicklung noch in mancher Hinsicht für die parteipolitischen Verhältnisse bestimmend ist.

Nach Abschluß dieser Arbeiten hat die Bundesgeschäftsstelle damit begonnen, die darauffolgenden Landtagswahlen in gleicher Weise zu analysieren. Abgeschlossen sind diese Arbeiten für die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die übrigen Länder sind noch in Bearbeitung. Mit der Fertigstellung dieser Analyse ist bis zum 1. Juni d.J. zu rechnen.

Neben dieser Analyse, die nur auf Landesebene durchgeführt wurde, haben wir seit einem Vierteljahr die Analyse für die einzelnen Wahlkreise in Arbeit. Für sämtliche Bundestagswahlkreise werden Mappen zusammengestellt, und zwar für jeden Wahlkreis Übersichten, in denen jede einzelne Gemeinde gesondert behandelt ist. Aus dieser Übersicht für die einzelnen Gemeinden geht hervor die soziologische Zusammensetzung der Gemeinden, d.h. die Einwohnerzahl, die Zahl der Haushalte, die Zahl der Heimatvertriebenen, die Zugehörigkeit zu den Konfessionen, die Berufszugehörigkeit, unterschieden nach Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft,

Industrie, Handel, öffentlicher Dienst, Handwerk, und das Beschäftigtenverhältnis, wiederum unterschieden nach Beamten, Angestellten, Arbeitern und selbständigen Berufen.

Für jede Gemeinde ist das Ergebnis der Landtags- und Bundestagswahlen seit 1945 zusammengestellt. Diese Analysen werden für die Wahlkreise in fünffacher Ausfertigung hergestellt und wie folgt verteilt: Je ein Exemplar erhalten Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstelle, Bundestagsabgeordneter bzw. Kandidat des Wahlkreises, Kreisvorsitzender, Kreisgeschäftsführer.

Diese Analysen für die Wahlkreise werden voraussichtlich bis zum 1. Mai für sämtliche Bundestagswahlkreise fertiggestellt sein und können dann ausgeliefert werden.

Alle diese Vorarbeiten haben an sich nur dann einen Sinn und können nur dann voll ausgewertet werden, wenn es uns gelingt, in diesem Jahr die Partei so durchzuorganisieren, daß wir in jeder Gemeinde bzw. größeren Gemeinde und in jedem Stimmbezirk zwei aktive Vertrauensleute haben. Um das zu erreichen, scheint mir folgendes notwendig zu sein:

1. Die vorhandenen Mitglieder der Union müssen aktiviert werden. Es kann nicht weiterhin so bleiben, daß Ortsverbände nicht einmal innerhalb eines Jahres eine Versammlung abhalten.
2. Es muß eine intensive Mitgliederwerbung erfolgen, vor allen Dingen in den Gebieten, in denen es praktisch noch keine CDU gibt.

Es gibt in der Bundesrepublik ganze Kommunalkreise, in denen teilweise gar nichts oder allenfalls nur ein kommissarischer Kreisvorsitzender ohne Gefolgschaft existiert. Die Mitgliederwerbung wie die Aktivierung der Mitglieder kann aber nicht weiterhin wie bisher nur den hauptamtlichen Kräften überlassen bleiben. Wenn sich in diesem Jahre – ich bitte Sie, mir die offene Sprache nicht übelzunehmen, es muß einmal gesagt werden – die politisch führenden Persönlichkeiten der Partei nicht entschließen, sich aus eigenem Willen auch den organisatorischen Aufgaben der Partei zu widmen, dann ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, m.E. nicht zu lösen!

Ich möchte hier sehr ernst darauf aufmerksam machen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, daß diese Aufgaben im Grunde überflüssig seien und daß es genüge, sich in den Parlamenten, in der Bundesregierung und in den Länderregierungen um eine ordentliche Politik zu bemühen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Union in ihrem jetzigen organisatorischen Zustand eine stärkere Belastungsprobe nicht so durchhalten wird, daß wir weiterhin in der Lage sind, die Grundlinien der deutschen Politik zu bestimmen.

Ich erlaube mir, im einzelnen folgende Vorschläge zu machen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darüber diskutierten und dann zu einer Beschlußfassung kämen:

1. Die Landesverbände sind durch Beschluß des Parteivorstandes bzw. des Parteiausschusses zu verpflichten, im Laufe dieses Jahres dafür zu sorgen, daß in jeder Gemeinde, in jedem Stimmbezirk, zwei Parteifreunde, wenn möglich ein älterer und ein jüngerer, als Vertrauensleute gewählt bzw. bestimmt werden und diese

Vertrauensleute bei den Wahlkreisgeschäftsstellen, bei den Landesgeschäftsstellen und bei der Bundesgeschäftsstelle aktenmäßig erfaßt werden.

2. In sämtlichen Landesverbänden sind Tagungen durchzuführen, an denen sämtliche Mitglieder der Landesvorstände, der Landessozialausschüsse, die Kreisvorsitzenden, die Bundestagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten teilnehmen. Auf diesen Tagungen soll ausdrücklich über die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung gesprochen werden. Es soll darüber beraten werden, welche Methoden in den verschiedenen Kreisen am zweckmäßigsten zur Anwendung kommen.

3. Sämtliche Teilnehmer sind zu verpflichten, sich in den kommenden Monaten für die Mitgliederwerbung zur Verfügung zu stellen. Die Landesgeschäftsführer sind bereits aufgerufen worden, Erfahrungsberichte an die Bundesgeschäftsstelle zu senden. Die Auswertung dieser Erfahrungsberichte wird sämtlichen Landesverbänden mit entsprechenden Vorschlägen, die sich aus der Auswertung ergeben, zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus halte ich es für zweckmäßig, daß bis spätestens 1. Mai in sämtlichen Bundestagswahlkreisen und in den Landesverbänden Ausschüsse gebildet werden, deren ausschließliche Aufgabe es ist, die Bundestagswahl 1957 vorzubereiten. Die in diese Ausschüsse zu entsendenden Parteifreunde werden von uns dann regelmäßig zusammengefaßt werden zu Wochenend-Tagungen, in denen die Vorbereitungen der Bundestagswahl bis ins Detail durchgesprochen werden.

Ich halte es auch für notwendig, daß sich die Bundestagsabgeordneten bzw. die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen wesentlich stärker als bisher an der Vorbereitung der Bundestagswahl schon jetzt beteiligen. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn ich über dieses Thema einmal mit konkreten Vorschlägen vor der Fraktion sprechen könnte.

Ich bitte zum Schluß den Vorstand noch einmal dringend, über diese drei Vorschläge nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern sie zu beraten und, wenn irgend möglich, zu Beschlüssen zu kommen.

*Adenauer:* Auch ich bin der Auffassung, daß für den Erfolg einer Wahl die Parteiorganisation ganz wesentlich ist. Es kommt hinzu, ich habe das eingangs unserer heutigen Sitzung gesagt, daß höchstwahrscheinlich unsere Situation bei der Bundestagswahl 1957 sehr viel kritischer ist, als sie im Jahre 1953 war. Darum müssen wir das, was dann vielleicht fehlen sollte – man kann die Entwicklung nicht voraussehen –, mindestens wettzumachen suchen durch eine größere Organisation. Ich weiß nicht, ob mein Urteil zu pessimistisch ist, aber ich habe manchmal den Eindruck, als wenn keine Partei in Deutschland, aufs Ganze gesehen, eine so – ich will mich vorsichtig ausdrücken – wenig genügende Organisation hat wie die unsrige. Ich habe manchmal den Eindruck, daß der über Erwarten große Erfolg, den wir im Jahre 1953 gehabt haben, nicht dazu beigetragen hat, etwa in unserer Organisation Fortschritte zu machen, sondern genau im Gegenteil, daß man sich gesagt hat, es geht prima, warum sollen wir uns anstrengen.

Darum halte ich die Initiative von Herrn Heck für sehr richtig. Man kann nicht früh genug damit anfangen. Ich sehe es Ihren Gesichtern an, daß wir ihm alle zustimmen und daß wir ihm sehr dankbar sind, wenn er sich mit ganzer Kraft für diese organisatorischen Fragen einsetzt und sich darum bemüht. Ich möchte mir nur einen kleinen Vorschlag erlauben, Herr Heck. Sie haben eingangs gesagt: Der Parteivorstand bzw. der Parteiausschuß usw. Bitte streichen Sie einstweilen das „bzw. der Parteiausschuß“, sonst können Sie es nicht herausgehen lassen. Lassen Sie es beim „Parteivorstand“! Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Parteiausschusses können Sie dann setzen: „Bericht über die organisatorischen Vorbereitungen“. Sind Sie damit einverstanden?

*Wackerzapp:* Es ist alles sehr richtig, was gesagt worden ist, aber ein wesentlicher Punkt ist nicht berührt worden, nämlich die finanzielle Frage. Wir müssen aber das notwendige Geld zur Verfügung haben.

*Adenauer:* Das ist wohl nicht so ganz richtig. Natürlich gehört auch Geld dazu, aber wir müssen doch auch etwas anderes leisten! Es handelt sich nicht darum, daß bezahlte Geschäftsführer usw. angestellt werden, sondern um die Mitgliederwerbung. Es handelt sich darum, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich jetzt schon, und zwar ohne Geld dafür zu bekommen, für die Wahl einsetzen sollen. Herr Wackerzapp, Sie können nicht verlangen, daß wir im Januar 1956 schon einen Plan, einen Finanzplan vorlegen für die Wahl im September des Jahres 1957.

*Wackerzapp:* Meine Sorge geht dahin, daß diese Dinge in unserer Partei etwas sehr großzügig behandelt werden und daß wir letzten Endes Geld brauchen, wenn wir tüchtige Kräfte haben wollen. Es ist doch vielfach so: Tüchtige Leute können nicht gehalten werden, weil wir sie finanziell nicht genügend bezahlen können.

*Adenauer:* Das ist ein neues Thema. Lassen wir es zunächst bei dem einen.

*Heck:* Ich habe bewußt nur drei Vorschläge gemacht und dabei davon abgesehen, Deckungsvorschläge zu unterbreiten, weil häufig auf die finanzielle Seite hingewiesen wird. Aber das ist nicht der einzige Grund. Es ist einer politischen Partei sehr leicht, die Faulheit durch sehr viel Geld zu decken! Und das müssen wir uns abgewöhnen! Es wird bei den Wahlen sinnlos Geld verpulvert, weil Jahre vorher alles versäumt worden ist. Ich will mich vornehm ausdrücken! (*Adenauer:* Drücken Sie sich kräftig aus!) Für die Tagungen, die wir mit den Ausschußmitgliedern usw. in den Kreisen durchführen, werden wir sorgen, daß die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

*Adenauer:* Herr Heck, ich weiß nicht, ob ich etwas überhört habe. Aber ich meine, von der Jungen Union hätten Sie nichts gesagt. (*Krone:* Ein älterer und ein jüngerer!) Wenn die Junge Union Rechte hat – und sie nimmt Rechte für sich in Anspruch –, dann soll sich die Junge Union auch bei der Vorbereitung dieser Bundestagswahl einsetzen.

*Heck:* Die Junge Union hat sich bereit erklärt, soweit wie möglich für jede Gemeinde und jeden Stimmbezirk einen jüngeren Mann im Rahmen dieses Ausbaus des Vertrauensleute-Systems zu benennen. Die Beteiligung der Frauen ist insoweit besonders wichtig, im Gegensatz zu den Männern – das muß einmal gesagt werden

–, weil die Frauen bereit sind, politische Dinge zu tun, ohne unbedingt anschließend die Quittung mit dem Anspruch auf ein Mandat vorzulegen.

*Zimmer:* Ich möchte mit großem Nachdruck die Vorschläge von Herrn Heck unterstreichen. Die „Freiheit“, die in der Pfalz erscheint, bringt folgende Nachricht:

„Das tausendste neue SPD-Mitglied in der Pfalz. Am letzten Tag des Jahres 1955 konnte der Bezirk der SPD dem Parteivorstand in Bonn telegrafisch das tausendste neu aufgenommene Mitglied melden. Die am 1. Oktober 1955 im ganzen Bundesgebiet angelaufene Mitgliederwerbaktion hat in der Pfalz ein besonders starkes Echo gefunden und zu Erfolgen geführt, die beispielgebend sind für die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung ... usw.

Schon heute liegt die SPD Pfalz mit dem stolzen Werbeergebnis an erster Stelle im Bundesgebiet. Sie konnte ihre bisherige Mitgliederzahl um 7 % erhöhen.“

Daraus bitte ich zu entnehmen, daß die SPD in den letzten Monaten konzentrisch im ganzen Bundesgebiet eine geschlossene Mitgliederwerbung durchgeführt hat. Sie werden meine Bitterkeit verstehen. Das ist das, was ich im vorigen Frühjahr für die CDU verlangt habe, was aber leider nicht durchgeführt worden ist. Wir müssen mit Bitterkeit zusehen, wie die SPD mit einem Bienenfleiß und einer vorbildlichen Hingabe für ihre Partei, trotz der schlechten Politik, die sie in diesen Jahren gemacht hat, viele Leute an sich zieht.

Ich bin deshalb so sehr dankbar, daß heute Herr Heck die Initiative ergriffen hat, um einen ähnlichen Vorstoß zu unternehmen. Ich bin auch dankbar dafür, daß er an die führenden Mitglieder unserer Partei appelliert. Es geht nicht mehr, daß wir das auf den hauptamtlichen Kräften liegen lassen. Das müßte wirklich für alle eine Ehrensache sein. Verzeihen Sie, ich schließe mich selbstverständlich ein. Ich appelliere auch an mich und kritisiere mich selber. Wir müssen uns verpflichten! Und wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und haben eine gute Wirkung aufzuweisen, dann müßte es doch möglich sein, daß wir endlich den qualitativen und quantitativen Stand bekommen, den wir nötig haben. Es ist ein Jammer, wenn man das miterleben muß, wie die Aufstellung der Kandidaten für die Kreistage, für die Stadtverordnetenversammlungen aus einer kleinen Gruppe von Leuten, die zum Teil ehrgeizig sind, zum Teil nichts können und zum Teil glauben, ihren Anspruch anmelden zu können, weil sie einen Titel haben – auch in unserem Lande –, vor sich geht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern durchgeführt wird. (*Zuruf:* Nicht besser!) Ja, es ist immer dasselbe. Man scheut sich, auch mal andere tüchtige Leute aufzustellen; man will eben alles selber machen. Die Leute aber wollen irgendwie auch mal angesprochen sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es wäre ein nettes Geburtstagsgeschenk für Sie gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn Ihnen die Landesverbände ein paar hunderttausend Mitglieder hätten melden können. Aber was nicht ist, kann noch werden.

Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Heck voll und ganz an. Es kommen für unsere Partei sehr schwere Stürme, und wenn wir denen gewachsen sein wollen, dann ist es höchste Zeit, mit dieser Arbeit zu beginnen. Die SPD hat uns ein Beispiel gegeben. Trotz ihrer schlechten Politik hat sie es in großartiger Weise

fertiggebracht, neue Mitglieder zu bekommen, obwohl sie gar nicht an der Regierung ist. Wie lange eigentlich? (*Zurufe*: Sieben Jahre!) Ja, und nur ganz unwesentlich hat ihr Widerstand nachgelassen.

Herr Heck hat mir aus der Seele gesprochen. Ich verpflichte mich, in unserem Landesverband alles zu tun, um wirklich in dieser Beziehung weiterzukommen.

*Adenauer*: Herr Heck, haben Sie eine Ahnung davon, wie es mit der Mitgliederzahl von Mädchen und jungen Frauen in der Union ist?

*Zimmer*: Herr Bundeskanzler! Die Junge Union ist in unserem Lande im allgemeinen vorbildlich. Sie arbeitet sehr gut, und wir sind mit ihrer Arbeit – nicht immer mit ihren Reden – sehr zufrieden.

*Adenauer*: Es ist mir bekannt, daß die Junge Union in Rheinland-Pfalz tatsächlich viel lebendiger ist als in allen anderen Ländern.

*Weber*: Ich wollte nur noch anmelden, daß der Bundesfrauenausschuß am 28. und 29. zusammentritt und dieses Thema „Anteilnahme am Wahlkampf“ besprechen wird. Anschließend machen wir Ihnen dann die entsprechenden Vorschläge, Herr Bundeskanzler.<sup>76</sup>

*Cillien*: Herr Dr. Heck hat unter den Maßnahmen für die Vorbereitung der Wahl die Bundestagsabgeordneten selbst nicht genannt. (*Mehrere Zurufe*: Doch! Haben Sie nicht gehört!) Ganz zweifellos sollen diese besonders tätig werden. Ich hoffe, daß es so sein wird. Jeder sollte in seinem Wahlkreis sprechen und Versammlungen abhalten. Wie ist es nun mit den Damen und Herren, die über die Landesliste gewählt werden? Wir haben es so eingeteilt, daß alle diejenigen, die über die Landesliste gewählt werden, genauso einen Wahlkreis betreuen müssen wie die direkt Gewählten.

*Bitter*: Was Herr Heck bezüglich der Mitarbeit ausgeführt hat, bedarf wohl insofern einer Ergänzung, als wir eigentlich das beste Material für diesen Zweck praktisch in den Gemeindevertretungen haben. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU ist jetzt seit vielen Jahren tätig, um landauf, landab auch die kleinsten Dörfer in bezug auf ihre Organisationsleistungen mit dem Kreisgeschäftsführer und dem Kreisvorsitzenden der Partei zu besuchen. Diese Kleinarbeit, die wir hier leisten, hat die Überzeugung bei uns gefestigt, daß der Parteiapparat als Ganzes in keiner Weise intakt ist. Das gilt einmal von den Kreisvorsitzenden – das muß ich ganz offen aussprechen –, die sich sehr gern wählen lassen und die gern präsentieren, die aber, sobald die Kleinarbeit geleistet werden muß, versagen.

Wir haben z.B. festgestellt, daß die Leute zum großen Teil in der ersten Zeit der Existenz der Partei rein zufällig zu diesen Ämtern gekommen sind und jetzt da sitzen, und es gibt kaum jemand, der den Mut hat, den Leuten zu sagen, ihr habt versagt. Wir können so nicht weitermachen. Das müssen wir aber bei diesen Leuten einmal ganz klar aussprechen. Es gibt auch in der Qualität der Kreisgeschäftsführer Unterschiede wie Tag und Nacht. Es gibt in manchen Ländern ganz ausgezeichnete

---

<sup>76</sup> Bericht über die Arbeitstagung des Ausschusses in Königswinter in UiD vom 4. Februar 1956.

Leute, vom ersten bis zum letzten, es gibt aber auch Länder, wo man die Dinge am besten kassieren sollte. Die Dinge klappen einfach nicht.

Ich bin gerne bereit, verehrter Herr Heck, ganz konkrete Angaben darüber zu machen. Ich glaube, daß es sich verlohnen würde, einen Tag mit der Kommunalpolitischen Vereinigung zusammensitzen, um auch einmal die persönlichen Dinge durchzusprechen. Wir haben im Bundesgebiet einige 10.000 Gemeindevertreter. Wenn wir diese 10.000 Gemeindevertreter 1. zu Mitgliedern der Partei machen und 2. zu Mitgliedern dieses Vertrauensapparates, dann haben wir die beste Organisation, insbesondere auf dem Lande, die man sich überhaupt vorstellen kann. Das setzt aber voraus, daß dieses glänzende Referat, das Sie uns in Würzburg gehalten haben gegen den Indifferentismus der sogenannten Wählerlisten<sup>77</sup>, auch Gemeingut unserer Freunde im Bundesvorstand, in den Landesvorständen und Kreisvorständen wird. Solange wir glauben, diese indifferenten Leute tolerieren zu müssen oder zu können, und zwar aus grundsätzlicher Bequemlichkeit, weil die Dinge nun einmal so geworden sind – darüber dürfen Sie sich nicht täuschen –, kommen wir mit der Partei, insbesondere auf dem flachen Lande, nicht weiter!

Hier liegt einer der wesentlichsten Punkte, wo wir ansetzen müssen. Dabei bin ich nicht naiv genug zu sagen, Sie können in das kleinste Kuhdorf gehen und dort Leute hinsetzen, aber das eine ist jedenfalls sicher, der Apparat, der uns hier vom Gesetzgeber, möchte ich mal sagen, insbesondere von der Selbstverwaltung der Bürgermeister an die Hand gegeben ist, wird längst nicht in dem Maß von den Landes- und Kreisparteien gestellt, wie es an sich möglich wäre. Wir haben insbesondere festzustellen, daß die Qualität der so bestellten Selbstverwaltungsvertreter im Ehrenamt erheblich nachgelassen hat gegenüber der Qualität der Bürgerschaftsvertreter, die wir in der Vornazizeit gehabt haben. Über die Gründe brauchen wir nicht zu reden, aber den Tatsachen muß man ins Auge sehen und sie feststellen.

Hier gibt es letzten Endes nur eins: daß sich jeder Kreisvorsitzende die Mühe macht, sich nicht nur mit der großen Politik des Bundes und des Landes zu beschäftigen, sondern er sollte sich auch mit der mühseligen Kleinarbeit der Kommunalpolitik befassen. Wer in seinem Kreis die Dinge kommunalpolitisch in Ordnung hat, Herr Bundeskanzler, braucht sich für die Wahl keine Sorgen zu machen. Das ist meine Überzeugung, die ich mir in jahrzehntelanger Tätigkeit nicht nur im Hauptberuf, sondern auch im Nebenamt erworben habe.

Wir haben in der Kommunalpolitischen Vereinigung aus den Mitteln unserer Mitglieder eine Organisation auf die Beine gestellt, von der ich einfach sagen kann, daß sie klappt. Sie ist auch mustergültig. Wir haben unser eigenes Organ. Die „Kommunalpolitischen Blätter“ haben heute eine starke Beachtung in allen Spitzenverbänden, auch bei den Behörden, und es gibt keinen Minister, der nicht unsere Blätter liest; ja, er studiert sie sogar. Hier haben Sie das typische Beispiel

---

77 Nicht zu ermitteln.

dafür, was aus privater Initiative geschaffen werden kann. Wir haben von keinem dafür den Auftrag bekommen!

Wir haben in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen, insbesondere der persönlichen Bildung unserer ehrenamtlichen Leute in der Selbstverwaltung mehr Beachtung zu schenken als bisher. Der Beschluß lautete: Es wird ein Bildungsreferat nicht nur auf dem Papier statuiert, sondern wir wollen einige lebende Leute haben. Und was hat sich gezeigt? Wir haben in Blättern, die uns politisch und weltanschaulich nicht nahestehen, inseriert, um festzustellen, wie das Echo solcher Leute sein würde. 80 hochqualifizierte Leute haben sich gemeldet. Das ist der Beweis, daß wir aus der Enge unserer Sicht etwas heraustreten müssen.

Das Reservoir, das wir zur Verfügung haben, um zu einer höheren Qualifikation unserer Kreisgeschäftsführer zu kommen, ist noch längst nicht erschlossen. Ich bin gerne bereit, Ihnen das Material über die Leute zur Verfügung zu stellen, die hier sichtbar werden. Man wird erstaunt sein, wie insbesondere Leute aus der jungen Akademikerschaft, sowohl Juristen als auch Philologen, sich zur Verfügung stellen, um diese Arbeit zu tun. Ich sehe hier, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer freundlichen Genehmigung, daß hier einer der Hauptpunkte hinsichtlich der Existenz unserer Partei aufgezeigt werden muß. Wir erleben diese Dinge in unserem Landesverband mit der persönlichen Unterstützung des Ministerpräsidenten, der das ebenso vorbildlich macht wie Ihr Ministerpräsident, Herr Minister Zimmer, und wie Sie selbst. Wo der Landesvorsitzende und die Minister selbst in die aktive Kommunalpolitik eingreifen, klappen die Dinge. Aber es gibt auch Länder, wo diese Dinge einfach nicht getan werden, sondern wo wir von Dorf zu Dorf gehen müssen, um die Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Der Zeitpunkt, wo wir nur eine Wählerpartei waren, muß endlich vorbei sein, und er muß abgelöst werden durch die Tatsache, daß wir auch eine Mitgliederpartei werden. Es ist höchste Zeit, daß wir damit auf der kommunalen Ebene anfangen. In dem Maß, wie uns das gelingt, unterbauen wir auch die gesamte Parteiorganisation. *(Beifall.)*

*Adenauer:* Wir sind allen Rednern, die zu diesem Thema gesprochen haben, insbesondere aber Ihnen, Herr Bitter, von Herzen dankbar. Ich weiß, wir stimmen darin überein, daß die kommunalpolitische Arbeit die beste Vorbereitung für die weitere politische Arbeit und Tätigkeit ist und daß dort wirklich ein Reservoir ist, um junge Leute heranzuziehen und einzusetzen.

Herr Heck hat mir gesagt, daß die Fühlung zwischen Ihnen bestünde. Ich wäre Herrn Heck dankbar, wenn er dieses Angebot von Ihnen aufgriffe und zu verwirklichen versuchte.

Sie haben, Herr Bitter, gesagt, wir müssen aus einer Wählerpartei zu einer Mitgliederpartei werden. Sie haben vollkommen recht damit. Man konnte vielleicht zunächst verstehen, daß die Menschen damals sagten, nie wieder in eine Partei! Man kann auch verstehen, daß sie gegenüber der CDU als einer ganz neuen Partei sagten, lassen wir erst einmal abwarten. Nun existieren wir aber seit 1945, und wir haben

inzwischen eine gute Arbeit getan. Jetzt müssen wir auch attraktiv werden! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sind Ihnen von Herzen dankbar, Herr Heck, und arbeiten alle mit, wenn Sie die Frage der Organisation der Partei mit aller Kraft in Angriff nehmen. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat den großen Vorzug, daß ihre Mitglieder aus der CDU und CSU kommen. Keine andere Abteilung oder Parteiorganisation ... (*Zurufe*: Die Junge Union, die Sozialausschüsse!) Nun, meine Freunde, ich wollte dem Herrn Bitter eine Freude machen. (*Heiterkeit*.) Wir wollen wenigstens sagen: An erster Stelle. (*Bitter*: Und zwar in sehr starkem Umfange, Herr Bundeskanzler, das haben die anderen nicht.)

Meine Damen und Herren! Damit hätten wir die Tagesordnung erschöpft. Wir haben jetzt genau, wie heute morgen abgesprochen, 5 Uhr. Ehe ich die Sitzung schließe, möchte ich den Herrn Bundestagsabgeordneten Stücklen, den Vorsitzenden der CSU-Arbeitsgruppe im Bundestag, herzlich willkommen heißen bei uns. Ich bin davon überzeugt, daß auch er gerade den Ausführungen über die organisatorischen Fragen mit Aufmerksamkeit gelauscht hat; denn diese Organisationsfrage ist immer in christlichen Parteien, wie es scheint, eine gewisse Schwierigkeit.

Nun bin ich ja für Gottvertrauen, aber nur in beschränktem Umfang, weil Gott dem Menschen freien Willen gegeben hat und Gott nicht lediglich verlangt, Vertrauen zu ihm zu haben, sondern er will auch den freien Willen und die eigene Arbeit des Menschen. Und damit möchte ich unsere heutige Sitzung schließen.

## 12

Bonn, 24. Februar 1956

*Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Dichtel, von Fisenne, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Johnen, Kiesinger, Krone, Lemmer, Meyers, [Müllenbach], Müller, Pferdenges, Samsche, Schäffer, Schröder, Seidel, [Steinmetz], Frau Weber, Zimmer.*

*Bericht und Beratung über die innenpolitische Lage; Sturz der Regierung Arnold; Verhältnis zur FDP.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 19.25 Uhr*

*Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst die Liste der Entschuldigten bekanntgeben. Es sind die Herren Dr. Wurmeling, Dr. Süsterhenn,*